

Die abredewidrige Ausfüllung von Blankowechseln

unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsbehelfe
des Blankettgebers

Inauguraldissertation

zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors
der Rechte

der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von

Franz Möller

aus Bramsche Kreis Lingen/Ems

1958



1. Berichterstatter: Prof. Dr. Schumann

2. Berichterstatter: Prof. Dr. Westermann

Dekan: Prof. Dr. Wolff

Tag der mündlichen Doktorprüfung: 28. 11. 1958

Gliederung:

Einleitung:

Überblick über Wesen und Bedeutung des Blankowechsels

§ 1 Was ist ein Blankowechsel?	1
§ 2 Die Bedeutung des Blankowechsels im heutigen Wirtschaftsleben . .	3

1. Abschnitt:

Die abredewidrige Ausfüllung und ihre Folgen nach Art. 16 WG.

§ 1 Die Ausfüllung durch den ersten Nehmer (Blankettnehmer)

I. Die Ausfüllung eines Wechselblanketts	4
1. Theorie, die Ausfüllung sei Willenserklärung des Ausfüllenden . .	5
2. Theorie, die Ausfüllung sei Willenserklärung des Blankettgebers	6
3. Theorie, daß der Ausfüllende sowohl eine eigene Erklärung als auch eine Erklärung des Blankettgebers äußere	7
4. Eigener Standpunkt	7
II. Die abredewidrige Ausfüllung eines Wechselblanketts	9

1. Erster Fall:

Der erste Nehmer eines Blankowechsels füllt anders aus, als er mit dem Blankettgeber vereinbart hat und behält den vervollständigten Wechsel 9

- a) Die Angabe einer falschen Wechselsumme 10
- b) Die Angabe eines nicht vereinbarten Verfalltages 13
- c) Die Angabe einer höheren Wechselsumme und einer falschen Verfallzeit 14
- d) Das Hinzufügen eines Domizilvermerks 16

2. Zweiter Fall:

Der erste Nehmer füllt abredewidrig aus und begibt den Wechsel weiter

- a) Weitergabe an einen gutgläubigen Dritten 17
- b) Weitergabe an einen bösgläubigen Dritten 19

§ 2 Die Ausfüllung durch einen legitimierten Dritten 19

Erster (dritter) Fall:

Der erste Nehmer gibt den Blankowechsel unausgefüllt an einen zweiten Nehmer weiter unter Mitteilung der tatsächlichen vereinbarten Ausfüllungsbedingungen

- 1. Die Übertragbarkeit des Ausfüllungsrechtes 19
- 2. Der zweite Nehmer füllt richtig aus 23
- 3. Der zweite Nehmer füllt bösgläubig falsch aus 23

Zweiter (vierter) Fall:

Der erste Nehmer gibt den Blankowechsel unausgefüllt an einen zweiten Nehmer weiter unter Mitteilung von falschen Ausfüllungsbedingungen

1. Der zweite Nehmer füllt gutgläubig aus 24
2. Der zweite Nehmer füllt bösgläubig falsch aus 26

Dritter (fünfter) Fall:

Der zweite Nehmer füllt mit falschem Inhalt aber gutgläubig aus (Fall 2/4) und begibt den Wechsel weiter 27

§ 3 Die Ausfüllung durch einen unbefugten Dritten

Erster (sechster) Fall:

Das Blankett wird dem Blankettgeber gestohlen und von dem Dieb ausgefüllt 28

Zweiter (siebter) Fall:

Der Dieb gibt nach Ausfüllung des Blanketts den Wechsel weiter 29

1. Weitergabe an einen gutgläubigen Dritten 29
2. Weitergabe an einen bösgläubigen Dritten 31

Dritter (achter) Fall:

Der Dieb gibt das Blankett unausgefüllt an einen Dritten weiter 31

Vierter (neunter) Fall:

Der Blankettzeichner wird durch arglistige Täuschung oder Irrtum zur Hingabe des Blanketts veranlaßt, und der Nehmer füllt abredewidrig aus 32

§ 4 Sonderfälle der abredewidrigen Ausfüllung durch den ersten Nehmer

- I. Ausfüllung nach Ablauf der Ausfüllungsfrist 33
- II. Der erste Nehmer füllt zunächst abdegemäß aus und ändert nachträglich (aber vor Weiterbegebung) den Inhalt (und umgekehrt) . . 34

§ 5 Die Ausfüllung im Konkurs 36

- I. Das Ausfüllungsrecht im Konkurs des Blankettgebers 37
- II. Das Ausfüllungsrecht im Konkurs des Ausfüllungsberechtigten . . . 37

§ 6 Das Ausfüllungsrecht im Falle des Todes des Ausfüllungsberechtigten 38

2. Abschnitt:

Andere rechtliche Möglichkeiten des Blankettgebers

§ 1 Weshalb andere Möglichkeiten? 39

§ 2 Liegt in der abredewidrigen Ausfüllung eines Blanketts eine Vollmachtüberschreitung oder ist sie eine Verletzung einer Ermächtigung? 40

I. Überblick über die vielen älteren Theorien	40
II. Vollmachttheorie	41
III. Ermächtigungstheorie	42
IV. Eigener Standpunkt	43
§ 3 Möglichkeiten der Anfechtung	46
I. Anfechtung der Blanketthingabe	46
II. Möglichkeit der Anfechtung der Blanketterklärung	47
1. Allgemein:	
Die Möglichkeit der Anfechtung von Wechselserklärungen	48
2. Besonders:	
Die Anfechtung der Blanketterklärung	49
a) Irrtumsanfechtung gemäß § 119 BGB	51
b) Anfechtung nach § 120 BGB	52
c) Bedeutung der Anfechtung auf die wechselfähige Haftung . .	57
3. Die Anfechtung, wenn ein gutgläubiger Dritter im Besitz des Wechsels ist	57
4. Die Anfechtung, wenn ein bösgläubiger Dritter im Besitz des Wechsels ist	58
§ 4 Die Möglichkeiten für eine Rückforderung eines falsch ausgefüllten Wechsels	
I. Die Rückforderung vom ersten Nehmer	59
1. Rückforderungsanspruch aus Wechselrecht	59
2. Rückforderungsmöglichkeit wegen positiver Vertragsverletzung . .	62
3. Ansprüche des Blankettgebers nach § 812 BGB	63
4. Die falsche Ausfüllung als Urkundenfälschung und die zivilrecht- lichen Folgen	64
II. Die Rückforderung von Dritterwerbfern	65



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Literaturverzeichnis

I. Grundlagen

Comptes rendus. Societé des Nations. Comptes rendus de la Conférence internationale pour l' unification du droit internationale en matière de lettres de change, billets à ordre et cheques, tenue a Genève du 13. Mai au 7. Juin 1930. (Première Session. Lettres de change et billets à ordre.) Völkerbundsdrucksache C. 360. M. 151. 1930. II. (zit. C. R.) (Veröffentlichungen der Genfer Konferenz von 1930, enthaltend die Redaktionsberichte und Protokolle.)

Motive zum Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches.

Amtliche Ausgabe Band 1. 1888.

II. Kommentare und Lehrbücher

Baumbach-Hefermehl: Wechsel- und Scheckgesetz mit Nebengesetzen. 4. neubearbeitete Auflage. München und Berlin 1933. 5. Auflage 1957.

Bernstein, Wilhelm: Allgemeine Deutsche und Allgemeine Oesterreichische Wechselordnung. Breslau 1898.

Bernstein, Wilhelm: Vorlesungen über das Deutsche Wechselrecht. Tübingen 1909.

Biermann, Johannes: Bürgerliches Recht, 1. Band. Berlin 1908.

Breit: Kommentar zum Deutschen Scheckgesetz, 1. Teil. Berlin 1929.

Bernburg, Heinrich: Das bürgerliche Recht des Deutschen Reiches und Preußens, 1. Band. Halle 1902.

Ehrenzweig, Armin: System des österreichischen allgemeinen Privatrechts, 1. Band. 1. Hälfte. 2. Auflage. Wien 1951.

Enneccerus-Nipperdey: Allgemeiner Teil des bürgerlichen Gesetzbuches, 2. Halbband. 14. Bearbeitung durch Nipperdey. Tübingen 1955.

Erman, Walter: Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Münster 1952.

Esser, Josef: Lehrbuch des Schuldrechts, 1. Auflage. Karlsruhe 1949.

Gareis, v., Karl: Wechselgesetz und Wechselsteuergesetz mit ausführlichen Erläuterungen. 17. Auflage von Erwin Riezler. München-Berlin 1934.

Gierke, v., Julius: Das Recht der Wertpapiere. Berlin 1954.

Grünberg, Siegmund: Grundzüge des neuen Wechsel- und des Scheckrechtes. Wien 1933.

Grünhut, C. S.: Lehrbuch des Wechselrechts. Leipzig 1900. zitiert: Grünhut Lehrbuch.

Grünhut, C. S.: Wechselrecht. 1. und 2. Band. Leipzig 1897. zitiert: Grünhut Wechselrecht.

Haase, Albert: Wechselsteuergesetz mit Durchführungsbestimmungen und einschlägigen Vorschriften. Köln-Berlin 1955.

Hellmann: Lehrbuch zum deutschen Konkursrecht. Stuttgart 1891.

Hueck, Alfred: Recht der Wertpapiere. 7. Auflage. München 1957.

Hupka, Josef: Das einheitliche Wechselrecht der Genfer Verträge, Wien 1934.

Jacobi, Ernst: Die Wertpapiere im bürgerlichen Recht. 2. Auflage. Leipzig 1917. zitiert: Jacobi Wertpapiere.

- Jacobi, Ernst: Grundriß des Wechsel- und Scheckrechts mit einem Anhang über die wirtschaftliche Bedeutung von Wechsel und Scheck von Dr. Hanns Linhardt. Leipzig 1926. zitiert: Jacobi Grundriß.
- Jacobi, Ernst: Wechsel- und Scheckrecht unter Berücksichtigung des ausländischen Rechts. Münsterische Beiträge zur Rechts- und Staatswissenschaft. Berlin 1954. zitiert: Jacobi 1954.
- Jaeger: Kommentar zur Konkursordnung. 1. Band. Auflage 1931.
- Keßler: Wechselgesetz. Kommentar. Mannheim, Berlin, Leipzig 1933.
- Klausing, F.: Wechsel- und Scheckrecht einschließlich der Grundbegriffe des allgemeinen Wertpapierrechts. Berlin, Wien 1930.
- Knur-Hammerschlag: Kommentar zum Wechselgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung. Bonn 1949.
- Kohler, Josef: Lehrbuch des bürgerlichen Rechts. Band 1. Berlin 1906.
- Lehmann, Heinrich: Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches. 8. Auflage. Berlin 1954.
- Lehmann, H. O.: Lehrbuch des deutschen Wechselrechts. Stuttgart 1886.
- Lehmann, Karl: Lehrbuch des Handelsrechts. 2. Auflage. Berlin 1912.
- Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch. Band 2. Berlin 1951.
- Lenhoff, Artur: Einführung in das einheitliche Wechselrecht. Wien und Berlin 1933.
- Leonhard, R.: Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches (in seinem Einfluß auf die Fortentwicklung der Rechtswissenschaft). Berlin 1900.
- Locher: Das Recht der Wertpapiere. Tübingen 1947.
- Michaelis, Richard: Wechselrecht-Kommentar. Berlin-Leipzig 1932.
- Oertmann: Kommentar zum bürgerlichen Gesetzbuch und seinen Nebengesetzen. Band 1. 3. Auflage. 1927.
- Oetker: Konkursrechtliche Grundbegriffe. Band 1. Stuttgart 1871.
- Palandt: Bürgerliches Gesetzbuch. Kurzkommentar. 14. Auflage. München-Berlin 1956.
- Planck: Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz. Herausgegeben von Dr. E. Strohal. 4. Auflage. I. Band. Allgemeiner Teil. Berlin 1913.
- Quassowski-Albrecht: Wechselgesetz. Unter besonderer Berücksichtigung der amtlichen Materialien. Berlin 1934.
- Regelsberger: Pandekten. 1. Band. Leipzig 1893.
- Rehfeldt, Bernhard: Wertpapierrecht. Ein Studierbuch. München-Berlin 1950.
- Rilk, Otto: Kommentar zum Wechselgesetz vom 21. Juni 1933. Leipzig 1933. zitiert: Rilk Kommentar.
- Rosenthal: Bürgerliches Gesetzbuch. Gemeinverständlich erläutert unter Berücksichtigung der Rechtsverhältnisse des täglichen Lebens. Neubearbeitet von Komnitzer, Bohnenberg. Köln-Berlin 1953.
- Schönke-Schröder: Kommentar zum Strafgesetzbuch. 7. Auflage. München-Berlin 1954.
- Schumann, Hans: Handelsrecht. Grundriß in zwei Bänden. Band II: Handelsgeschäfte und Wertpapiere. Wiesbaden 1954.

- v. Schwerin: Wechsel- und Scheckrecht einschließlich der Grundbegriffe des Wertpapierrechts. 2. Auflage des Rechtes der Wertpapiere. Berlin-Leipzig 1934.
- Soergel: Bürgerliches Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz; Kommentar. Stuttgart-Köln 1952.
- Staub-Stranz: Kommentar zum Wechselgesetz. 13. Auflage. 1. Band. Berlin-Leipzig 1934.
- Staudinger: Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Band I. Allgemeiner Teil. 11. neubearbeitete Auflage. Berlin 1957.
- Stranz-Stranz: Wechselgesetz, Kommentar: ursprünglich bearbeitet von Dr. J. Stranz und Dr. M. Stranz. 14. Auflage, erläutert von Martin Stranz. Berlin 1952.
- Ulmer, Eugen: Das Recht der Wertpapiere. Stuttgart-Berlin 1938.
- Warneyer: Kommentar zum Wechselgesetz. 1934.
- Zitelmann, Ernst: Internationales Privatrecht. 2. Band. München-Leipzig 1912.

III. Einzelschriften und Aufsätze

- Adler, Karl: Der Umlauf des Wechselblanketts. In: ZHR. Band 60, Seite 111ff.
- Bernstein, Wilhelm: Anmerkung zu einer Entscheidung des Reichsgerichts. In: JW. 1930/3752.
- Bettermann, Karl-August: Verpflichtungsermächtigung und Vertrag zu Lasten Dritter. In: Juristenzeitung 1951, Seite 331 ff.
- v. Caemmerer, v. Bargen, Späth: Internationale Rechtsprechung zum Genfer Einheitlichen Wechsel- und Scheckrecht. Berlin-Tübingen 1954.
- Fenkart: Wesen und Ausübung der Gestaltungsrechte. In: Zeitschrift für ausländisches und internationales Recht.
- Gähler, Rudolf: Die Einwendungen des Schuldners nach dem neuen Wechsel- und Scheckgesetz. Berlin 1935.
- Hacman, Max: Beiträge zum Wechselrecht mit besonderer Berücksichtigung des unlauteren Wechselverkehrs. Breslau 1913.
- Haußmann, Fritz: Das Blankett, insbesondere der Blankettmißbrauch unter dem Gesichtspunkt des Rechtsscheinprinzips. In: Gruchot, Band 58, Seite 289 ff.
- Haußmann, Fritz: Die Blankozession des Kuxes unter besonderer Berücksichtigung der Kuxverpfändung im Blankoverkehr. In: ZHR., Band 73/203 ff.
- Hueck, Götz: Bote-Stellvertreter im Willen - Stellvertreter in der Erklärung. In: AcP, Band 152/436.
- Hupka: Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht. Leipzig 1903. zitiert: Hupka Stellvertretung.
- Jacobi, Ernst: Wertpapier als Legitimationsmittel. München 1906. zitiert: Jacobi Legitimationsmittel.
- Köhler, Otto-Adolf: Findet die Lehre von der Einziehungsermächtigung im geltenden bürgerlichen Recht eine Grundlage? Mainz 1954.
- Krückmann, Paul: Die Ermächtigung und der Rechtbesitz nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. In: Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben. Festgabe der juristischen Fakultäten zum 50-jährigen Bestehen

- des Reichsgerichts. 3. Band, Seite 79. Berlin-Leipzig 1929. zitiert: Krückmann Festgabe.
- Krückmann, Paul: Ermächtigung. In: AcP, Band 137/167.
- Langen, Arnold: Der Schutz beim Erwerb von Wechselrechten nach dem Haager Wechselrechtentwurf. In: Festschrift für Zitelmann. München-Leipzig 1913. zitiert: Langen Festschrift.
- Langen, Arnold: Die Kreationstheorie im heutigen Reichsrechte. Berlin 1906. zitiert: Langen Kreationstheorie.
- Langheineken, P.: Anspruch und Einrede nach dem Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch. Leipzig 1903.
- Lehmann, Heinrich: Die Unterschrift im Tatbestand der schriftlichen Willenserklärung. Bonn 1904. zitiert: Lehmann Unterschrift.
- Ludewig, Wilhelm: Die Ermächtigung nach bürgerlichem Recht. Marburg 1922.
- Mansfeld: Über den Schutz des guten Glaubens beim Erwerb von Wechselblanketten. In: Leipziger Zeitschrift 1909, Seite 177.
- v. Mayr: Der Bereicherungsanspruch des deutschen bürgerlichen Rechts. Leipzig 1903.
- Meyer, Herbert: Das Akzept. Die Annahme des Wechsels und der Anweisung. Berlin 1918.
- Oertzen, Otto: Der Blankowechsel. In: Archiv für bürgerliches Recht. Band 33, Seite 135 ff. Berlin 1909.
- Quassowski: In: Zeitschrift für internationales und ausländisches Privatrecht. 1930. Seite 777.
- Regelsberger: Über Siegels „Blanketterklärung“. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Band 48, Seite 406ff.
- Riezler, Erwin: In: ZHR. Band 64, Seite 410.
- Riezler, Erwin: Die Blankettunterschrift. In: AcP. Band 95, Seite 357 ff.
- Rosenberg, Leo: Stellvertretung im Prozeß. Berlin 1908.
- Rüdiger, Eberhard: Der Blankowechsel im neuen Wechselgesetz. In: Juristische Rundschau 1934, Seite 181 ff.
- Schlickum, W. R.: Verpflichtungstatbestand und Einreden im Wechselrecht. Bonn, Köln, Berlin 1932.
- Schloßmann, Siegmund: Die Lehre von der Stellvertretung, insbesondere bei obligatorischen Verträgen. I. Band. Leipzig 1900.
- Schumann, Hans: Die Fälschung nach dem neuen Wechsel- und Scheckgesetz. Berlin 1935. zitiert: Schumann Fälschung.
- Seckel: In: Festschrift für Richard Koch. Seite 210 ff.
- Siegel, Julius: Die Blanketterklärung. Ihre juristische Konstruktion und ihre Behandlung nach dem materiellen Recht und dem Prozeßrecht. München 1908. zitiert: Siegel Blanketterklärung.
- Siegel, Julius: Einige Bemerkungen zur Lehre von den Blanketten. In: Leipziger Zeitschrift 1909, Seite 531 ff.
- Siegel, Julius: Die privatrechtlichen Funktionen der Urkunde. In: AcP, Band 111, Seite 1.
- Stanzl, Gustav: Böser Glaube im Wechselrecht. Graz 1950.
- v. Tuhr, Andreas: Die unwiderrufliche Vollmacht. Tübingen 1908.

- Ullmann: Die Genfer Abkommen über Wechselrecht. In: Bankarchiv 1929/430.
- Voss: Die Anfechtbarkeit von Blanketterklärungen wegen mißbräuchlicher Ausfüllung nach dem Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches. In: Iherings Jahrbücher, Band 56, Seite 412 ff.
- Wellspacher, Moritz: Das Vertrauen auf äußere Tatbestände im bürgerlichen Rechte. Wien 1906.
- Wieland: Der Wechsel und seine zivilrechtliche Grundlage. Basel 1901.
- Wolff, Martin: Über den Verkehrsschutz im neuen Wechselrecht. In: Beiträge zum Handelsrecht. Festgabe für Carl Wieland. Basel 1939.

IV. Dissertationen

- Bornemann, Joachim: Die Blankobürgschaft. Marburg 1934.
- Brammertz, Hans: Blankogeschäfte. Eine Untersuchung auf neuester theoretischer Grundlage unter besonderer Berücksichtigung der Vollmachttheorie. Köln 1923.
- Daseking, Georg: Die Anfechtbarkeit einer Wechselerklärung. Göttingen 1921.
- Herzberg, Paul: Das Ausfüllungsrecht beim Blankoakzept. Erlangen 1910.
- Latz: Das Blankoakzept. Erlangen 1897.
- Müller, Karl-Heinz: Die Blanketterklärung in ihrer Bedeutung für das bürgerliche Recht. Rostock 1930.
- Narjes, Wolfgang: Die Zulässigkeit der Blankozession bei verbrieften Grundstückspfandrechten. Göttingen 1938.
- Nischik: Das Blankett im Bürgerlichen Gesetzbuch. Marburg 1936.
- Rilk, Otto: Die Blankounterschriften beim Wechsel unter besonderer Berücksichtigung des unredlichen Gebrauches von Blankounterschriften. Erlangen 1927.
- Sulzbach: Zur Lehre vom Blankoakzept. Erlangen 1912.
- Voigtländer-Tetzner: Das Blankett zur Herstellung einer mit Namensschrift verzeichneten, privaten, rechtsgeschäftlichen Urkunde. Leipzig 1908.
- Wächter, Waldemar: Die Blankobürgschaft und die Folgen der mißbräuchlichen Ausfüllung. Köln 1940.
- Wilde, Günther: Mängel in Unterschrift und Inhalt des Wechsels, insbesondere die Wechselfälschung nach dem neuen Wechselgesetz vom 21. Juni 1933, 1937.

V. Zeitschriften, Entscheidungen, Abkürzungen

- Archiv für bürgerliches Recht A. f. b. R.
- Archiv für zivilistische Praxis AcP.
- Bankarchiv, Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen. Goldschmidts Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht ZHR.
- Gruchots Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts . . . Gruchot.
- Höchstrichterliche Rechtsprechung HRR.
- Iherings Jahrbücher für Dogmatik des bürgerlichen Rechts . . . Ihr. Jahrb.

Juristenzeitung	JZ.
Juristische Rundschau	JR.
Juristische Wochenschrift	JW.
Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft	Krit. Viert. Jahr. Schr.
Leipziger Zeitschrift für Handels- und Konkursrecht	LZ.
Neue Juristische Wochenschrift	NJW.
Das Recht, Rundschau für den deutschen Juristenstand . .	
Zeitschrift für ausländisches und internationales Recht . .	
Zeitschrift für internationales und ausländisches Privatrecht	

Überblick über Wesen und Bedeutung des Blankowechsels

§ 1

Was ist ein Blankowechsel?

Das Wechselgesetz vom 21. Juni 1933 gibt keine genaue Begriffsbestimmung des Blankowechsels. Der einzige Artikel, der den Blankowechsel erwähnt, spricht von einem Wechsel, der „bei Begebung unvollständig war“. Unvollständig ist ein Wechsel, wenn ihm mindestens ein wesentlicher Bestandteil (Art. 1 u. 2 WG) fehlt¹⁾. Unfertig kann die Urkunde, die später zu einem formgültigen Wechsel werden soll, in Bezug auf Wechselsumme, Datum, Verfallzeit, Zahlungsort oder Person des Remittenten sein²⁾. Der häufigste und bekannteste Fall eines Blankowechsels ist das sog. Blankoakzept, bei dem der Annehmer seine Unterschrift auf ein noch ganz unausgefülltes Wechselformular setzt und zwecks späterer Ausfüllung einem Dritten aushändigt³⁾. Denkbar und möglich ist auch eine „in-blanco“ abgegebene Unterschrift des Ausstellers. Sie wird Blankotratte genannt. Doch kommt sie in der Praxis des Wirtschaftslebens bei weitem nicht so häufig vor wie das Blankoakzept.

Damit eine Urkunde als Blankowechsel bezeichnet werden kann, ist erforderlich, daß sie mit der Bestimmung übergeben wird, zu einem Wechsel vervollständigt zu werden⁴⁾.

Aber diese Bestimmung macht mit der vorhandenen Aussteller- oder Annahmeunterschrift allein ein Stück Papier noch nicht zu einem Blankowechsel. Es ist vielmehr anzunehmen, daß ein Papier, das nur die Namenszeichnung des Gebers trägt, nicht dem Begriff des Blankowechsels genügt, sondern daß die Urkunde schon in ihrem unvollständigen Inhalt als Wechselurkunde erscheinen muß⁵⁾. Zwar will die überwiegende Meinung in der Literatur auf die Hinzufügung der Wechselklausel verzichten mit dem Hinweis, daß Art. 10 WG keinerlei Unterscheidung zwischen den verschiedenen Bestandteilen eines Wechsels mache. Dieser Ansicht ist zuzugeben, daß nach dem Wortlaut des WG wirklich kein Unterschied zwischen den in Art. 1

1) Staub-Stranz Art. 10 Anm. 2.

2) Karl Lehmann Handelsrecht Seite 641 Anm. 3.

3) Stranz-Stranz Art. 10 Anm. 3.

4) Nach OLG Frankfurt (NJW 54/803 ff) ist das Bewußtsein der Unvollständigkeit nicht erforderlich. Selbst wenn dieses Bewußtsein fehle, sei die Blankourkunde als Blankowechsel gültig, wenn durch Auslegung des Begebungsvertrages anzunehmen sei, daß der Wechselgeber zur Ausfüllung des Blanketts den Nehmer ermächtigt habe. Diese Ansicht des OLG führt zu weit und widerspricht dem Wesen des Blankowechsels. Vgl. dazu Hefermehl in NJW 54/803.

A. A. ebenfalls: RGZ 164/12 ff, Stranz-Str. Art. 102, Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 1.

5) Gareis-Riezler WG Art. 10 Anm. 1.

WG genannten und für einen gültigen Wechsel erforderlichen Bestandteilen besteht. Aber die Grundhaltung des Wechselgesetzes ist der Schutz gutgläubiger Erwerber von Wechseln. Gerade deshalb ist auch in Art. 1 WG gefordert, daß ein gültiger Wechsel unbedingt die Bezeichnung als Wechsel enthalten muß, um so die Sicherheit des Verkehrs zu gewährleisten, indem auf diese Weise auch äußerlich die Wechsel von anderen Urkunden leicht zu unterscheiden sind ⁶⁾).

Ein Blatt Papier, das nur die Unterschrift einer bestimmten Person als Antragsteller oder Annehmer trägt, kann noch kein Blankowechsel sein, auch dann nicht, wenn zwischen Geber und Nehmer die Ausfüllung verabredet worden ist. Unbeteiligte Dritte, die von den Abmachungen nichts wissen, werden, wenn sie in den Besitz des Papiers kommen, den Schein als einen wertlosen Fetzen Papier oder vielleicht als Autogramm betrachten. Kein Mensch wird aber dabei auf den Gedanken kommen, daß das Papier möglicherweise ein Wechsel werden soll. Hat aber jemand ein vorgedrucktes Wechselformular oder ein sonstiges die Bezeichnung „Wechsel“ enthaltendes Schreiben unterzeichnet, so ist damit ein seine Haftung begründender Rechtsschein gegeben ⁷⁾. Ohne die Wechselklausel ist aber ein solcher Rechtsschein nicht vorhanden. Außerdem ist die Gefahr, daß ein beliebiges unterschriebenes Papier in einen Wechsel verwandelt werden kann, sehr groß ⁸⁾).

Deshalb ist aus Gründen der Verkehrssicherheit und nicht aus enger Wortinterpretation des Art. 10 WG (Wechsel, der unvollständig war) zu fordern, daß ein Blankowechsel neben der Unterschrift zumindest auch die Wechselklausel enthalten muß. Erst wenn das Wort Wechsel auf der Urkunde enthalten ist, werden unwissende Dritterwerber aufmerksam und vorsichtig sein, weil sie von da an wissen, daß ein Wechsel vorliegt oder jedenfalls ein Wechsel entstehen kann, durch dessen Zeichnung sie sich verpflichten können. Wir kommen demnach zu folgendem Begriff des Blankowechsels:

Der Blankowechsel ist eine Urkunde, die bei ihrer Begebung außer der Unterschrift des Blankettzeichners (Aussteller oder Akzeptant) und der Wechselklausel nicht alle Bestandteile eines gültigen Wechsels enthält und einem Dritten (Blankettnehmer) mit der Bestimmung übergeben wird, sie zu einem vollständigen und formgültigen Wechsel zu machen ⁹⁾.

6) Staub-Stranz Art. 10, Anm. 3, Baumbach-Hefermehl Art. 10, Anm. 1, Stranz-Stranz Art. 10 Anm. 3, Quassowski-Albrecht Art. 10 Anm. 2, Ulmer S. 198, Jacobi 1954 S. 479.

7) Brütt, Abstr. Forderung S. 254 f.

8) Lenhoff S. 8.

9) Für die Hinzufügung der Wechselklausel: Gareis-Riezler WG Art. 10 Anm. 1, Knur-Hammerschlag Art. 10 Anm. 1, Hupka: Einheitsl. Wechselrecht S. 37 Anm. 3, v. Gierke S. 46. Vgl. auch § 4 Abs. 2 Satz WStG., nach dem die Vereinbarung zur Vervollständigung einer unvollständigen Urkunde (unvollständiger Wechsel) dann vermutet wird, wenn die Urkunde als Wechsel bezeichnet wird. Wechselsteuerliche Folgen treten demnach in 1. Linie ein, wenn die Urkunde die Wechselklausel enthält. Vgl. dazu: Haase WStG § 4 Anm. 4, Judeich WStG § 4 S. 40.

Die Bedeutung des Blankowechsels im heutigen Wirtschaftsleben

Blankounterschriften im Wechselverkehr sind heute keine ständige Erscheinung mehr, sie kommen dennoch im Wirtschaftsleben nicht gerade selten vor, wenn auch an die Stelle des Blankowechsels als Sicherungsmittel im Laufe der letzten Jahre andere Möglichkeiten getreten sind.

Blankowechsel finden in erster Linie zu Kautions- und Sicherungszwecken Verwendung. Auf diesem Gebiet liegt ihre eigentliche wirtschaftliche Bedeutung.

Kaufleute, die sich zu einem Syndikat vereinigt haben, können sich für den Fall des Verstoßes gegen die Satzungen des Syndikats zur Zahlung einer Konventionalstrafe verpflichten. Da das Beitreiben der Strafe oft auf Schwierigkeiten stößt, wird in der Regel vereinbart, daß Wechselformulare — meistens Blankoakzepte — hinterlegt werden, damit man auf diesem Wege ohne langwierigen Prozeß durch Ausfüllung der Wechselblankette die verwirkte Strafe Beitreiben kann. Auch Banken haben sich des öfteren des Blankowechsels bedient, wenn jemand ein ziffernmäßig noch unbestimmtes Darlehen aufnahm, ohne über entsprechenden Realkredit verfügen zu können. Die Bank hat dann zur Sicherheit Wechselformulare mit einer Blankounterschrift verlangt, die nach Zuweisung bestimmter Darlehensbeträge zu fertigen Wechseln umgestaltet werden konnten. Diese Möglichkeit der Darlehenssicherung hat sich der Kaufmann selbst schaffen müssen, während das Bürgerliche Gesetzbuch dem Grundstückseigentümer durch die sog. Höchstbetragshypothek des § 1190 zu Hilfe kam. Sie hat jedoch in den letzten Jahren anderen Sicherungsmitteln, wie der Bürgschaft, Platz machen müssen.

Weitere Verwendung findet der Blankowechsel im Kontokorrentverkehr. Wenn feststeht, daß sich für den einen Geschäftspartner bei der Saldoziehung eine Forderung ergeben wird, so wird sich dieser schon vorher ein Blankett aushändigen lassen, um so eine bessere Sicherung und eine günstigere Einziehungsmöglichkeit zu haben. Er kann den Blankowechsel bei Ziehung des Kontokorrentsaldos entsprechend ausfüllen und dem Schuldner präsentieren. Auf diese Weise ist er von der Beweisführung über die tatsächliche Forderung entbunden.

Eigentlich nennenswerte Bedeutung hat der Blankowechsel jedoch erst in der Nachkriegszeit — insbesondere in der Zeit nach der Währungsreform — auf dem Gebiete der Bauwirtschaft erlangt. Es ist bekannt¹⁰⁾, daß in der Bauwirtschaft ein großer Wechselumlauf besteht, da gewöhnlich Materialien und Löhne kurzfristig fällig sind. Für den erforderlichen Zwischenkredit werden zwangsläufig bis zum Eintreffen der eigentlichen Baugelder Wechsel angefordert und verlangt. Dies insbesondere dann, wenn es sich um größere Bauvorhaben handelt. Da die endgültige Summe meistens erst später festgestellt werden

10) wie mir von verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften schriftlich mitgeteilt wurde.

kann, werden Blankowechsel genommen, die dann jeweils entsprechend der Forderung ausgefüllt werden können. Auch bei der Restfinanzierung kann diese Zahlungsweise wiederholt werden, wenn auf Grund der geleisteten Arbeiten Sicherheiten verlangt werden müssen. Die Wechsel werden verwahrt und nach Jahres- bzw. Zweijahresfrist zurückgegeben, wenn sich keine Beanstandungen ergeben. Die Verwendung von Blankowechseln hat jedoch auf auf diesem Wirtschaftssektor in letzter Zeit nachgelassen, da nach § 17 Teil B der Verdingungsordnung für Bauleistungen in der Fassung von 1952 Sichtwechsel genommen werden sollen^{10a}). Sichtwechsel haben auf diese Weise den Blankowechsel verdrängt, obwohl mit den Sichtwechseln nicht alle Erfordernisse der Bauwirtschaft erfüllt werden können. Der Rückgang im Gebrauch von Blankowechseln ist in der verständlichen Abneigung der Bauherren zu sehen, die sich nur ungern und zögernd wechselrechtlich binden wollen, ohne die genaue Verpflichtungssumme zu kennen. Trotz dieses Rückganges ist aber der Blankowechsel nicht als überflüssig zu bezeichnen. Er ist im Laufe der Zeit zu einem wesentlichen Bestandteil des Wechselverkehrs geworden.

1. ABSCHNITT:

Die abredewidrige Ausfüllung eines Blankowechsels und ihre Folgen nach Art. 10 WG.

§ 1

Die Ausfüllung durch den ersten Nehmer (Blankettnehmer)

I. Die Ausfüllung eines Wechselblankettes

Artikel 10 WG behandelt nur die Frage, welche Einwendungen dem Inhaber eines bei Begebung unvollständigen Wechsels entgegengehalten werden können. Es ist dabei aber nicht gesagt, was unter „Nichteinhaltung der Vereinbarung“ zu verstehen ist und von wem das Blankett ausgefüllt werden muß, um die in Art. 10 WG aufgezeigten Folgen zu haben. Schon bei der Erörterung der Frage, wie die Handlung des Ausfüllenden zu erklären ist, gehen die Meinungen stark auseinander. Da die Beantwortung dieser Frage zur Durchführung dieser Arbeit von Bedeutung ist, soll zunächst versucht werden, das Wesen der Handlung bei der Ausfüllung zu erklären. Dabei mag zunächst der Eindruck entstehen, als wenn in nicht gerade sinnvoller Weise vorgegangen wird, denn bevor über die rechtliche Bedeutung und das Wesen der Blanketthingabe gesprochen wird, die notwendigerweise der Ausfüllung vorangeht, wird die Ausfüllung genauer

10a) § 17 Abs. 5 im Teil B der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) lautet: Durch Hinterlegung von Wechseln kann Sicherheit nur geleistet werden, wenn die Wechsel bei Sicht zahlbar sind und außer dem Auftragnehmer mindestens ein vom Auftraggeber als zahlungsfähig anerkannter Wechselschuldner haftet.

geprüft. Dabei sprechen außer dem hier gewählten Aufbau auch andere Gründe für ein solches Vorgehen. Viele Autoren haben sich bereits intensiv damit beschäftigt, das Wesen der Blanketthin-gabe und des Ausfüllungsrechtes darzulegen und unter einen vom Gesetz anerkannten Ausdruck zu fassen. Vernachlässigt wurde aber fast immer, die Ausfüllung selbst zu betrachten. Wenn das jedoch geschah, dann hatte man bereits die Blanketthingabe erklärt ohne zu merken, daß Widersprüche entstanden waren.

Um solche Widersprüche zu vermeiden und um der Lösung der mit dem gestellten Thema verbundenen Fragen näherzukommen, soll hier also zunächst die Ausfüllung eines Blanketts besonders ins Auge gefaßt werden, denn ohne diese theoretischen Erörterungen ist eine erschöpfende und klare Darlegung der rechtlichen Folgen der ab-redewidrigen Ausfüllung nicht möglich.

Hat jemand einen Blankowechsel (auch: Wechselblankett) — sei es eine Blankotratte oder ein Blankoakzept — von demjenigen erhalten, dessen Unterschrift als Aussteller oder Akzeptant die Urkunde trägt, so hat er damit die Befugnis erlangt, die fehlenden Bestandteile einzufügen, sofern die Urkunde mit dieser Bestimmung begeben worden ist. Er hat damit ein Recht erlangt, über dessen Wesen viele Theorien streiten. Allgemein anerkannt ist, daß dieses Recht seine Wirksamkeit darin zeigt, daß der Ausfüllungsberechtigte durch die Ausfüllung eine Handlung für den Blankettgeber vornimmt¹¹⁾. Bei einer gewöhnlichen Wechselbegebung obliegt diese Tätigkeit dem Geber selbst, indem er alle wesentlichen Teile des Wechsels einfügt. Bei einem Blankowechsel hingegen ist streitig, ob der Ausfüllende durch die Vervollständigung des Wechsels eine eigene Willenserklärung äußert, oder ob er eine Willenserklärung des Blankettgebers (Ausstellers) zur Wirksamkeit verhilft oder ob er einen eigenen und einen fremden Willen äußert.

Alle drei Ansichten gehen von dem richtigen Standpunkt aus, daß in der Aushändigung des Blanketts der Wille des Gebers zum Ausdruck kommt, durch die Tätigkeit eines anderen verpflichtet zu werden. Der Empfänger erhält von dem Geber die Befugnis, aus einer unvollendeten Urkunde durch Ausfüllung der leergelassenen Stellen einen formvollendeten Wechsel zu schaffen¹²⁾. Insoweit stellt sich die Tätigkeit des Blankettnehmers als eine Handlung für den Geber dar. Bei der rechtlichen Betrachtung gehen aber die Meinungen auseinander.

1. Theorie, die Ausfüllung sei Willenserklärung des Ausfüllenden

Die Vertreter dieser Theorie¹³⁾ sehen in dem Handeln des Ausfüllenden eine Erklärung des eigenen Willens, mit der Besonderheit, daß der Blankettgeber diese Erklärung eines anderen gegen sich gelten lassen muß. Bei der Blankettausfüllung hat man es nach dieser Meinung „mit einem Nacheinander von selbständigen und

11) Siegel: Blanketterklärung S. 28, Rilk Diss, S. 53 ff.

12) Hacman S. 101.

13) Voss S. 417 f., Bornemann Diss. S. 31, Voigtländer-Tetzner Diss. S. 20.

im Verhältnis zueinander mit selbständiger Verantwortlichkeit auftretenden Willensentschlüssen ¹⁴⁾“ zu tun, bei denen der Ausfüllende nicht als unselbständiger Schreibgehilfe das Blankett im Dienste des Gebers vervollständigen, sondern mit der Selbständigkeit eigenen Entschlusses ergänzen will. Man sagt, er wolle nicht die maßgebende Tätigkeit des Ausstellers auf mechanischem Wege unterstützen, sondern nach eigenem Ermessen für ihn handeln. Bei diesem Handeln komme der Blanketturheber nicht zum Vorschein, weil sein Erklärungswille, aus dem zu vervollständigenden Wechsel haften zu wollen, durch denjenigen des Ausfüllenden abgelöst werde ¹⁵⁾. — Der Blankettnehmer habe also die tatsächliche und rechtliche Möglichkeit, das Blankett auszufüllen oder aber nicht auszufüllen. Bei der Ausübung dieser ihm eingeräumten Befugnis höre der Erklärungswille des Gebers auf, der durch den eigenen Entschluß des Ausfüllungsberechtigten ersetzt werde.

Nach dieser Theorie wird also der Unterzeichner eines Blanketts nicht durch eine eigene Erklärung wechselrechtlich verpflichtet, sondern durch die Willenserklärung eines anderen.

2. Theorie, die Ausfüllung sei Willenserklärung des Blankettgebers

Die wohl überwiegende Meinung in der Literatur geht dahin, daß in der Ausfüllung der Blankourkunde eine Willenserklärung des Blankettgebers liegt. Man geht dabei von folgenden Überlegungen aus:

Der Grundgedanke des § 126 BGB sei es, daß derjenige, der eine Urkunde unterschreibe, den Inhalt des darüber stehenden Textes erkläre, d. h. daß er den über seiner Namensunterschrift stehenden Inhalt als von ihm stammend anerkenne. Bei einem Blankett liege aber noch keine wirksame Willenserklärung vor. Erst dadurch, daß eine Unterschrift einen Text (sog. Kontext) aufnehme, werde eine Willenserklärung nach außenhin sichtbar. Text und Unterschrift seien für sich allein keine selbständigen Willenserklärungen. Die Blankettunterschrift ohne einen Text erkläre keinen rechtsgeschäftlichen Willen. Sie könne höchstens durch Ergänzung oder Hinzufügung eines Textes zur Willenserklärung werden. Diese Ergänzung nehme anstelle des Blankettgebers selbst ein Dritter (der Ausfüllungsberechtigte) vor. Er stelle eine formgültige Wechselurkunde her. Mit der Hingabe eines Blanketts wolle der Geber seinen Willen nicht beendet sein lassen, um dadurch der Willenserklärung des Blankettnehmers Platz zu machen, sondern er bezeuge damit nur, daß er die Absicht habe, den später darüber gesetzten Text innerhalb eines bestimmten Rahmens anzuerkennen. Er erkläre dadurch, daß die vervollständigte Urkunde seine Willenserklärung sei ¹⁶⁾.

14) Voss S. 417.

15) Bornemann Diss. S. 24, Voss S. 417/426. Vgl. auch Riezler: AcP 95/358, der Blankettunterschriften allgemein ablehnt.

16) Enneccerus-Nipperdey § 155 I 2c, H. Lehmann: Lehrb. S. 205, Müller Diss. S. 27, Nischik Diss. S. 18, Klingmüller Diss. S. 15, Jacobi 1954 S. 114, v. Tuhr Allg. Teil II 1 S. 415, ders. Unwiderrufl. Vollm. S. 93, vgl. auch Regelsberger: Kr. Viert. JSchr. 48/510, Riezler: ZHR 64/410.

Nach der Ansicht von Brammertz ¹⁷⁾ liegt weder eine Erklärung des Textausfüllers noch eine des Blankettgebers vor. Eine Erklärung des Blankettgebers deshalb nicht, weil eine Unterschrift nicht gegeben worden sei. Im Augenblick der Namenszeichnung seitens des Blankettgebers sei ein solcher Wille einfach nicht möglich, weil in diesem Zeitpunkt ein vollständiger Wechsel nicht vorliege. Deshalb müsse eine Fiktion angenommen werden. Die Lebensauffassung stelle im Wege der Fiktion zwei an sich verschiedene Tatbestände einander gleich, indem sie auf die Zeitfolge von Text- und Unterschrift kein Gewicht lege. Der entsprechende Wille bekomme seinen Ausdruck in der Hingabe des Blanketts an den Ausfüllungsberechtigten. Durch diese Aushändigung des Blanketts erkläre er sich damit einverstanden, daß nach Textausfüllung seiner Namensschrift die Bedeutung als Unterschrift zuteil werde.

3. Theorie, daß der Ausfüllende sowohl eine eigene Erklärung als auch eine Erklärung des Blankettgebers äußere

Siegel ¹⁸⁾ scheint die Meinung zu vertreten, daß in der Ausfüllung durch den Blankettnehmer zwei rechtlich nebeneinander bestehende Vorgänge zu sehen seien. Zwar sei die vervollständigte Urkunde eine Willenserklärung des Blankettgebers, daneben gebe aber der Ausfüllende noch selbständig eine eigene Willenserklärung ab. Siegel wird scheinbar durch eine Entscheidung des Reichsgerichts ¹⁹⁾ bestätigt, welches die Möglichkeit erwähnt, daß eine Unterschrift gleichzeitig als von dem Schreiber im eigenen Namen und in Vertretung abgegeben werden könne.

4. Eigener Standpunkt

Die Meinung, es handle sich bei der Ausfüllung des Blanketts um eine Willenserklärung des Blankettnehmers kann nicht befriedigen. Der Ausfüllende will nicht selbst eine Erklärung abgeben, sondern nur durch eine in die äußere Erscheinung tretende Handlung den Blankettgeber verpflichten. Der Blankettgeber hingegen gibt durch seine Namenszeichnung lediglich zu erkennen, daß er eine Wechselverbindlichkeit eingehen will, aber den Inhalt seiner Verpflichtung zu beschreiben, überläßt er demjenigen, den er mit der Ausfüllung des Blanketts betraut. Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Nehmer die Möglichkeit hat, den Wechsel zu vervollständigen, oder — was von noch größerer Wichtigkeit sein kann — ihm einen anderen Inhalt zu geben, als verabredet, kann das nicht dazu führen, von einem rechtsgeschäftlichen Willen des Nehmers zu sprechen. Er will zwar nicht eine rein mechanische Handlung vornehmen, aber sein Wille geht dahin, selbst keine rechtsgeschäftliche Erklärung abzugeben, sondern den ihm von dem Blankettgeber mitgeteilten Willen durch die Ausfüllung des Blanketts zur Kundgabe nach außen und damit zur Wirksamkeit zu verhelfen.

17) Brammertz Diss. S. 33, ähnlich zunächst auch H. Lehmann: Unterschrift S. 25.

18) Siegel ArchZivPr. 111/113.

19) RG JW 1910/998.

Der Ansicht von Brammertz ²⁰⁾ ist entgegenzuhalten, daß die Willenserklärung des Gebers nicht fingiert wird, sondern daß die Ausfüllung tatsächlich Erklärung des Blankettgebers ist. Es kann keine Fiktion sein, weil man unter dem Begriff Fiktion eine Unterstellung zu verstehen hat, bei der ein nicht vorhandener Umstand als vorhanden oder ein vorhandener Umstand als nicht vorhanden angenommen wird. Die Ausfüllung durch den Nehmer ist aber in Wirklichkeit eine Erklärung des Gebers und soll es auch sein. Durch die Unterschrift, die der Geber auf das Papier gesetzt hat, gibt er zu erkennen, daß er den jetzigen und den später hinzuzufügenden Text als von ihm erklärt ansehen will. Der Ausfüllende kann nur auf seine Weisung hin tätig werden und hat nur eine botenähnliche Stellung, da er eine fremde Willenserklärung durch eigenes — nicht-rechtsgeschäftliches — Handeln wirksam werden läßt ²¹⁾. Außerdem bleibt Brammertz darauf eine Antwort schuldig, wer die Willenserklärung — und eine solche liegt ohne Zweifel in dem Wechsel vor — eigentlich abgegeben haben soll. Er sagt, daß es weder der Blankettgeber noch der Nehmer sei. Aber einer muß es doch sein. Eine Willenserklärung ohne Person des Erklärenden ist undenkbar.

Auch der Auffassung von Siegel ²²⁾ kann nicht gefolgt werden. Wie bereits erwähnt, ist der Ausfüllende mit einem Boten zu vergleichen, der eine fremde Willenserklärung übermittelt. Dabei liegt es ihm fern, selbst rechtsgeschäftlich tätig zu werden. Außerdem ist nicht ersichtlich, worauf sich seine Willenserklärung richten soll, da er sich nicht selbst, sondern den Geber verpflichten will. Siegel geht davon aus, daß der Blankettnehmer stellvertretend für den Geber handelt. Selbst wenn man in der Blanketthingabe eine Vollmacht sehen will ²³⁾, so ist damit noch nicht gesagt, daß in der Ausfüllung eine Willenserklärung des Ausfüllenden zu erblicken ist. Jedenfalls scheitert die Theorie Siegels an der Tatsache, daß Stellvertretung und Botenschaft zwei sich ausschließende Begriffe sind. Stellvertreter und Bote kann man nicht in ein und demselben Vorgang sein.

Man kommt also bei Berücksichtigung all dieser Umstände zu dem Ergebnis, daß in der Ausfüllung eines Blankowechsels nur eine Erklärung desjenigen zu sehen ist, dessen Unterschrift die vervollständigte Urkunde trägt. Bei der Abgabe der Willenserklärung wirkt der Blankettnehmer mit. Durch sein äußeres Handeln wird die Erklärung endgültig. Bis zur Vervollständigung des Wechsels durch den Blankettnehmer, der sich damit als Erklärungsgehilfe des Ausstellers betätigt, liegt eine vollwirksame Erklärung des Gebers noch nicht vor.

20) Brammertz: siehe oben S. 7.

21) Hätte Br. seine Fiktionstheorie konsequent und folgerichtig zu Ende geführt, dann hätte er nicht zu einer Anfechtung der Blanketterklärung kommen dürfen. Sein Bestreben geht gerade dahin, über die Annahme einer Fiktion der Willenserklärung zur Anfechtung zu gelangen. Eine fingierte Willenserklärung ist jedoch begrifflich grundsätzlich nicht anfechtbar. Enn-Nip. I 2 § 169 III 3.

22) siehe oben S. 7.

23) siehe unten S. 41.

Mit der Blankettunterschrift unterwirft er sich dem Handeln des Nehmers und dokumentiert dadurch, daß er den später einzufügenden Text als seine Erklärung anzuerkennen bereit ist. Der Ausfüllende selbst wird nicht rechtsgeschäftlich tätig.

II. Die abredewidrige Ausfüllung eines Blanketts

Nach diesen theoretischen Erörterungen über die Bedeutung der Ausfüllung eines Blanketts kann dazu übergegangen werden, die abredewidrige Ausfüllung und ihre Folgen zu prüfen.

Zunächst liegt es nahe, daß der erste Nehmer des Blanketts, d. i. derjenige, dem der Blankettzeichner das Blankett übergeben hat, den Blankowechsel der getroffenen Vereinbarung zuwider ausfüllt. Er kann den vervollständigten Wechsel behalten, aber auch an einen Dritterwerber weitergeben.

Weiter besteht die Möglichkeit, daß ein Erwerber des von dem ersten Nehmer noch nicht ausgefüllten Blanketts einen anderen Inhalt gibt, als zwischen dem Blankettgeber und dem ersten Nehmer vereinbart worden ist.

Die Frage, welche Folgen eintreten, wenn ein nicht-berechtigter Inhaber den Blankowechsel nach seinem Willen ausfüllt, ist in diesem Rahmen ebenfalls zu erörtern.

Erster Fall:

Der erste Nehmer eines Blankowechsels füllt anders aus, als er mit dem Geber vereinbart hat und behält den vervollständigten Wechsel²⁴⁾

Bevor ein Blankett dem Nehmer überreicht wird, setzt der Blankettgeber seinen Namen auf den Wechselvordruck und gibt dadurch zu erkennen, daß er aus der später vervollständigten Wechselurkunde haften will.

Mit der Übergabe dieses mit der Unterschrift des Gebers versehenen Blanketts wird dann in der Regel dem Nehmer das Recht eingeräumt, einen formgültigen Wechsel herzustellen. Gleichzeitig werden dabei die Einzelheiten über die Ausfüllung (Höhe der Wechselsumme, Verfalltag, Domizilvermerk oder sonstige Abmachungen) besprochen. Die Hingabe eines Wechselblanketts ist stets gefährlich, sie setzt ein großes Vertrauen in die Person des Nehmers voraus, das leider oft mißbraucht wird.

Dabei kann die abredewidrige Ausfüllung in verschiedener Weise geschehen — je nach den dabei verfolgten Zwecken. So ist es möglich, daß eine falsche Summe angegeben, ein unrichtiges Verfalldatum eingefügt oder beides falsch eingesetzt wird. An diese verschiedenen Möglichkeiten knüpfen sich unterschiedliche Folgen, so daß sie einzeln zu betrachten sind.

24) Einige Fälle der abredewidrigen Ausfüllung von Blankowechseln gibt: Wilde Diss. S. 58.

a) Die Angabe einer falschen Wechselsumme

Der häufigste und wohl auch folgenschwerste Fall des Blankettmißbrauches ist das Einsetzen einer falschen Wechselsumme. Dabei kann man unter „falsch“ sowohl eine niedrigere als auch eine höhere Wechselsumme verstehen. Der letztere Fall ist natürlich der eigentliche Fall der Blankettfälschung und wird daher im Folgenden in erster Linie erörtert.

Hat der Blankettnehmer sein Recht, den Blankowechsel zu vervollständigen, ausgeübt und die fehlenden Bestandteile eingefügt, dann liegt ein vollgültiger Wechsel vor, da alle nach Art. 1 und 2 WG notwendigen Erfordernisse eines Wechsels vorhanden sind.

Selbst wenn eine falsche Wechselsumme angegeben ist, kann man von einem vollgültigen Wechsel sprechen, denn für die äußere Gültigkeit eines Wechsels kommt es lediglich auf das Vorhandensein der notwendigen Bestandteile an²⁵⁾.

Aber die Frage, ob der Ausfüllende einen Anspruch in der Höhe erlangt hat, wie sie aus dem Wechsel ersichtlich ist, oder ob er nur in der Höhe der Abmachung berechtigt ist oder ob der Blankettgeber gar nicht haftet, weil er zur Schaffung eines solchen Wechsels nicht die Befugnisse erteilt hat, muß nach anderen Regeln gelöst werden.

Der Umfang der Haftung des Blankettgebers bestimmt sich zunächst nach Maßgabe des ausgefüllten Wechsels, denn durch die Ausfüllung ist die Gestalt eines Wechsels endgültig festgestellt²⁶⁾. Bei einem skripturrechtlichen Wertpapier, wie es ein Wechsel ist, ist in erster Linie immer der Inhalt maßgebend. Deswegen läge es nahe, dem Blankettnehmer einen Wechselanspruch zuzubilligen, wie er sich aus der Urkunde ergibt. Wollte man diese Folgerung ziehen, so würde das dennoch nicht bedeuten, daß der Ausfüllende diesen Anspruch auch durchsetzen könnte, denn durch die abredewidrige Ausfüllung hat er ein Verhalten an den Tag gelegt, durch das die „unmittelbaren Beziehungen“ zwischen Geber und Nehmer berührt werden, daß also der Geber als Wechselschuldner die Abredewidrigkeit der Ausfüllung als Einrede dem Nehmer entgegenhalten könnte.

Aber eine Wechselverbindlichkeit entsteht nicht schon durch die bloße Unterschrift (so die Kreationstheorie, die als überwunden betrachtet werden kann²⁷⁾), sondern zu ihrer Begründung ist ein Begebungsvertrag notwendig²⁸⁾, d. h. es muß ein Vertrag zwischen Geber und Nehmer über die Schaffung einer Wechselobligation geschlossen werden. Bei der abredewidrigen Ausfüllung (z. B. Abmachung: fünfhundert DM, wirklicher Inhalt der Urkunde: tausend DM) ist hingegen ein Vertrag über die in dem Wechsel enthaltene Höhe der Wechselsumme nicht zustandegekommen, denn die vertraglichen Abmachungen hatten einen anderen Inhalt als die Wechselurkunde wiedergibt. Es kann

25) Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 2 A.

26) Staub-Sranz Art. 10 Anm. 9.

27) statt vieler Jacobi 1954 S. 94 ff, Baumbach-Hefermehl WG Einl. V 3.

28) Staub-Sranz Allg. Einleit. Anm. 18.

also eine wechselmäßige Haftung nicht in der Höhe entstanden sein, wie sie sich aus dem Wechsel ergibt.

Gegenüber dieser Folgerung taucht sofort die Frage auf, ob denn der Blankettgeber vielleicht überhaupt nicht haftet, weil er die Befugnis zur Schaffung eines solchen Wechsels nicht erteilt hat. Dieser Einwand scheint dann begründet zu sein, wenn in Wirklichkeit ein ganz anderer Wechsel vorliegt. Die Rechtsprechung²⁹⁾ zur Wechselordnung und die Kommentare und Lehrbücher³⁰⁾ zum Wechselgesetz haben diese Folgerung ohne nähere Begründung abgelehnt, sondern sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Blankettnehmer bei abredewidriger Angabe der Wechselsumme in der Höhe der getroffenen Vereinbarung anspruchsberechtigt sei.

Bei strenger Beachtung des Wesens des skripturrechtlichen Wertpapiers mag diese wohl überwiegende Meinung inkonsequent sein, denn über die vereinbarte Höhe liegt ein Wechsel nicht vor, so daß auch ein Anspruch in dieser Höhe zumindest kein Wechselanspruch sein kann. Aber diese Folgerung ist überspitzt. Soweit braucht der skripturrechtliche Charakter der Wertpapiere nicht zu gehen. Angebracht erscheint es vielmehr, auf den Willen der Beteiligten abzustellen, der trotz der erforderlichen Schriftgemäßheit des Wechsels nicht außer Betracht gelassen werden darf. Nach dem Willen und der getroffenen Vereinbarung will der Geber sich nur in einer bestimmten Höhe wechselrechtlich verpflichten, wenn er den Nehmer mit der Ausfüllung betraut hat. Dieser weiß genau, daß darüberhinaus ein Wechselanspruch nicht zur Entstehung gebracht werden soll. Es liegt bei der Blanketthingabe in beiderseitigem Willen, einen Wechsel mit einer genau bestimmten Wechselsumme herzustellen, so daß man sagen kann: Es ist ein Wechselvertrag in der Höhe der Abmachung zustandegekommen. Es ist nämlich nicht einzusehen, warum der Blankettgeber von der Haftung ganz frei sein sollte, da er sich doch zu einer bestimmten Wechselverbindlichkeit bereiterklärt hat. Er hat kein gerechtfertigtes Interesse, die Haftung im Rahmen der geschlossenen Vereinbarung abzulehnen³¹⁾.

Staub-Stranz versuchen dieses Ergebnis damit zu begründen, daß die abredewidrige Ausfüllung eine Vollmachtüberschreitung sei³²⁾, was nach der hier vertretenen Auffassung vom Wesen der Blanketthingabe nicht richtig ist³³⁾. Selbst mit dieser Annahme ist Staub-Stranz nicht viel gedient, weil sie auf Art. 8 WG zurückgreifen müssen, der ebenfalls nicht eindeutig ausspricht, welche Folgen bei Verletzung der Vertretungsmacht eintreten, so daß man auch dort auf Auslegungen angewiesen ist.

Viel einfacher und der tatsächlichen Lage entsprechend ist es, wenn man den Willen der Beteiligten berücksichtigt, so wie es hier geschehen ist, so daß man zu dem Ergebnis kommt: Überschreitet die in das

29) RG JW 1903/402 f, RG HRR 34/1461.

30) Staub-Stranz Art. 10 Anm. 13, Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 2 A, Quassowski-Albrecht Art. 10, Anm. 14.

31) u. 32) Staub-Stranz Art. 10 Anm. 13.

33) siehe dazu unten S. 41 ff.

Blankett später eingesetzte Summe das vereinbarte Maß, so kann der Wechselschuldner (d. i. der Blankettgeber) sich wohl dem weiterreichenden Anspruch widersetzen, aber bis zur Höhe der vereinbarungsgemäß einzufügenden Wechselsumme ist der Wechselanspruch begründet.

Ob anders zu entscheiden ist, wenn das Blankett so ausgefüllt wird, daß es von dem verabredeten Inhalt völlig abweicht, ist später zu erörtern. Es sei hier nur noch die Meinung von Schumann³⁴⁾ angeführt. Nach ihm ist ein Wechsel dann nicht mehr als ein Wechsel des Blankettgebers anzuerkennen, wenn der Blankowechsel statt in der vorgesehenen Währung in einer anderen Währung ausgefüllt ist. Jacobi³⁵⁾ meint dagegen einwenden zu müssen, daß das eine schwierige Unterscheidung sei, da Art. 10 WG zunächst nicht unterscheide, ob der Inhalt der Ausfüllung viel oder wenig von der erteilten Ausfüllung abweiche. Er fragt, ob sich Wechsel, die auf 100 Schweizer Franken lauten statt auf 100 DM wirklich mehr unterscheiden, als der Wechsel von 100 DM und der von 1.000.000 DM. Dieser Einwand mag zunächst stichhaltig erscheinen, doch besteht tatsächlich ein beträchtlicher Unterschied zwischen diesen beiden Fällen. Ein Wechsel mit einer fremden Währung (selbst in Schweizer Franken) ist etwas, was im täglichen Leben – und darauf muß man abstellen – selten vorkommen wird, so daß man einen solchen Wechsel als etwas Außergewöhnliches betrachten wird. Man kann jedoch diese Frage nicht allgemeingültig entscheiden, vielmehr muß man dabei den Einzelfall berücksichtigen. Jedenfalls kann man dann von einem anderen Wechsel sprechen, wenn die Wechselurkunde für alle erkennbar als ausländischer Wechsel erscheint³⁶⁾, während er als Wechsel mit deutscher Fassung und Währung gedacht war. Bei einem solchen Wechsel kann eine Haftung des Blankettgebers nicht entstanden sein – zumindest hat der Ausfüllende selbst einen Anspruch nicht erworben³⁷⁾.

Verfahrensrechtliches:

Wenn der Blankettnehmer einen Anspruch in der vereinbarten Höhe erlangt hat, obwohl der Wechsel einen anderen Inhalt beurkundet, so ergeben sich daraus besondere verfahrensrechtliche Folgerungen. Im Wechselprozeß (§§ 592–603 ZPO) wird der Inhaber in der angegebenen Höhe als tatsächlich legitimierter Anspruchsberechtigter angesehen. Gegen einen solchen formell ordnungsmäßigen Klagewechsel, der das Akzept des Beklagten (hier Blankettgeber) trägt, trifft diesen die volle Beweislast für den Einwand, der Wechsel dürfe zu einem Teil infolge abredewidriger Ausfüllung nicht gegen ihn geltend gemacht werden³⁸⁾. Ob ihm dieser Beweis im Wechselprozeß mit den nur beschränkt zulässigen Beweismitteln gelingen wird, mag normalerweise zweifelhaft erscheinen, selbst wenn man berücksichtigt, daß auch Privaturkunden zum Urkundenbeweis genügen³⁹⁾. Dem Schuldner

34) Schumann: Fälschung S. 100.

35) Jacobi 1954 S. 494.

36) Schumann: Fälschung S. 100.

37) Über die Frage, ob Dritterwerber einen Anspruch erlangen siehe S. 17 ff.

38) RG HRR 1939/1401, Rilk Art. 10 Teil III Anm. 3.

39) Stein-Jonas-Schönke § 592 Anm. V 1.

verbleibt aber die Möglichkeit, im Nachverfahren seinen Beweis mit anderen Mitteln anzutreten. Im Urkunden- (Wechsel) -Prozeß hat er aber immer den Nachteil, daß sich der legitimierte Inhaber auf eine formgültige Wechselurkunde berufen kann.

b) Die Angabe eines nicht vereinbarten Verfalltages

Eine andere Möglichkeit der abredewidrigen Ausfüllung liegt darin, daß der Blankettnehmer ein anderes als das vereinbarte Verfalldatum in das Blankett einsetzt. Dabei kann sowohl ein früherer als auch ein späterer Termin angegeben werden. Die Angabe eines früheren Verfalltages kann den Zweck verfolgen, früher als vereinbart in den Besitz der in der Urkunde angegebenen Geldsumme zu kommen. Bei den handelsüblichen Wechseln tritt gewöhnlich nach drei Monaten die Fälligkeit ein (sog. Drei-Monats-Akzept). Wenn nun der Blankettakzeptant dem Nehmer sein „Akzept“ mit der Bestimmung gegeben hat, daß der Wechsel nach drei Monaten fällig werden soll, und trägt der Nehmer einen um zwei Monate vordatierten Verfalltag ein, so hat er – nur den Inhalt der Urkunde betrachtet – bereits zwei Monate früher einen Wechselanspruch erlangt, da er als Wechselgläubiger legitimiert erscheint.

Ob nun die Angabe einer früheren Fälligkeit den gesamten Wechsel unwirksam macht oder ob der Blankettgeber trotz dieser Abweichung von den Vereinbarungen zu zahlen verpflichtet ist, kann zweifelhaft sein. Ist man der Ansicht, daß die frühere Fälligkeit den Wechsel zu einer neuen Urkunde und damit zu einem neuen Schuldverhältnis macht, dann ist eine Haftung des Blankettgebers nicht eingetreten, da es nicht mehr der Wechsel ist, zu dem er dem Nehmer die Ausfüllbefugnis erteilt hat. Wollte man diese Folgerung ziehen, so wäre das ein Widerspruch zu der oben angeführten und erörterten Lösung über die Angabe einer höheren Wechselsumme. Wenn selbst bei der Ausfüllung mit einer falschen Summe der Wechsel nicht als ein anderer Wechsel angesehen wird, dann kann das bei einer früheren Fälligkeit auch nicht der Fall sein. Weder die abredewidrige Ausfüllung mit einer falschen Geldsumme, noch Angabe eines früheren Verfalltages machen den Wechsel zu einem neuen „anderen“ Wechsel. Beide Fälle bringen zwar für den Geber schwerwiegende Nachteile mit sich, doch trägt er selbst zu einer solchen Entwicklung das gewöhnliche Risiko.

Die frühere Fälligkeit schließt eine Haftung des Blankettgebers aber nicht aus. Sie ist ein Fall der schwereren Schuld, wie Staub-Stranz diese Variante nennen ⁴⁰⁾. Der Blankettnehmer hat jedoch trotz seiner formalen Rechtsstellung als Wechselgläubiger einen Wechselanspruch mit der in dem Wechsel angegebenen Fälligkeit nicht erlangt, denn der Blankettgeber ist nur nach den getroffenen Vereinbarungen aus dem Wechsel verhaftet. Er muß aus dem Wechsel zahlen, aber erst an dem vereinbarten Tag der Fälligkeit ⁴¹⁾. Ihm obliegt auch der Beweis, daß der Wechselinhalt mit den Vereinbarungen nicht über-

40) Stranz-Stranz Art. 10 Anm. 13.

41) RG 23/110, Jacobi 1954 S. 494.

einstimmt und daß die Fälligkeit an einem anderen Tag eintreten sollte.

Für den Fall, daß nicht ein früherer sondern ein späterer Verfalltag eingesetzt worden ist, glaubte das Reichsgericht ⁴²⁾ eine wechselfmäßige Haftung des Blankettgebers ablehnen zu müssen. „Füllte sie (die Klägerin) die Lücke später aus, so erzeugte sie zwar einen Wechsel, aber keine Wechselobligation des Beklagten“. Mit dieser Entscheidung ist das Reichsgericht allein geblieben. Es scheinen Urteile in diesem Sinne nicht mehr ergangen zu sein. Mit gutem Recht ist diese Meinung auch abzulehnen ⁴³⁾, denn ein Wechsel mit einem späteren Verfalltag ist noch weniger ein anderer, fremder Wechsel als ein Wechsel mit überhöhter Wechselsumme. Für den Blankettgeber ergeben sich zwar Nachteile insofern, als er für eine nicht vereinbarte Zeit Zinsen zu entrichten hat und er die Wechselsumme zu einer Zeit bereit halten muß, die er möglicherweise nicht einkalkuliert hat. Aber auch für den Blankettfälscher sind Nachteile nicht zu verkennen, wenn er einen späteren als den vereinbarten Verfalltag in den Wechsel einsetzt. Er hat zwar auf längere Sicht hinaus die formale Stellung als Wechselgläubiger und damit Aussicht auf Erlangung der in dem Wechsel angeführten Geldsumme, aber beim Verkauf des Wechsels – und dazu ist er genötigt, weil der Geber ihm persönlich stets die Einrede der abredewidrigen Ausfüllung entgegenhalten kann – wird ihm ein erhöhter Diskontsatz auf den Kaufpreis in Anrechnung gestellt, möglicherweise wird sogar der Verkauf des Wechsels mit weit hinausgeschobenem Verfalltag Schwierigkeiten bereiten, da die Diskontbanken Wechsel nur dann ankaufen, wenn sie – vom Tage des Ankaufs gerechnet – innerhalb von drei Monaten fällig werden ⁴⁴⁾.

c) Die Angabe einer höheren Wechselsumme und einer falschen Verfallzeit

Eine erhebliche Abweichung von den Vereinbarungen zwischen Blankettgeber und Blankettnehmer liegt dann vor, wenn der Ausfüllungsberechtigte sowohl eine andere als die vereinbarte Wechselsumme als auch eine nicht vereinbarte Verfallzeit in den Blankowechsel einsetzt. Soll in einem solchen Fall eine Haftung des Blankettgebers dem Nehmer gegenüber begründet werden?

Eine wechselfmäßige Haftung des Blankettausstellers entsteht nur dann, wenn es sich um einen Wechsel von ihm handelt, zu dessen Ausfüllung er dem Blankettnehmer die Berechtigung erteilt hat. Liegt hingegen eine Wechselurkunde vor, die von ihrem verabredeten Inhalt völlig abweicht und nicht mehr als Wechsel des Gebers zu erkennen ist, dann muß eine Haftung ausgeschlossen sein. Die Einfügung einer falschen Wechselsumme und einer unrichtigen Verfallzeit macht das Blankett zu einem Wechsel, den der Blankettgeber nicht als von ihm stammend erkennen, geschweige denn anerkennen wird. In einem

42) RG 74/351.

43) Jacobi 1954 S. 494. Staub-Stranz Art. 10 Anm. 13, Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 2 A.

44) Obst-Hintner: Geld-, Bank- u. Börsenwesen 33. Auflage 1951 S. 403.

solchen Fall muß man von einem fremden Wechsel sprechen, dessen Inhalt durch die Blankettunterschrift nicht gedeckt wird. Eine Haftung des Gebers kann zumindest nicht dem ersten Nehmer gegenüber eintreten. Zwar ist der Blankettgeber mit der Blanketthingabe ein großes Risiko eingegangen und hat damit die Möglichkeit für die falsche Ausfüllung geschaffen, aber eine solche Ausfüllung weicht ganz und gar von den Vereinbarungen und von seinen Vorstellungen über die Form und den Inhalt des Wechsels ab. Allein seine Namensunterschrift kann eine Wechselobligation nicht begründen.

Man kann die von der Abrede völlig abweichende Ausfüllung eines Blankowechsels mit der Wechselfälschung (Art. 69 WG) vergleichen. In dieser Vorschrift ist der Gedanke des Verkehrsschutzes ebenfalls bemerkenswert eingeschränkt worden. Auch bei Berücksichtigung der Tatsache, daß die abredewidrige Ausfüllung leichter möglich sein wird, als die Verfälschung eines fertigen Wechsels, kann doch zwischen dem völligen Abweichen von den getroffenen Vereinbarungen und der nachträglichen Veränderung des Wechseltextes kein allzu großer Unterschied bestehen. In beiden Fällen legt der Täter ein Verhalten an den Tag, das von den gleichen verwerflichen Absichten geleitet wird. Ob nun die Fälschung nachträglich oder bereits vorher – zur Zeit des Blankettstadiums – geschieht, kann dann unbeachtlich sein, „wenn das Blankett so ausgefüllt ist, daß es von dem verabredeten Inhalt völlig abweicht und diesen in keiner Weise mitumfaßt, und wenn die Urkunde in ihrer vorliegenden Gestalt den vorgesehenen Anspruch den Blankettzeichner in keiner Weise deckt“⁴⁵⁾.

Es ist zwar zuzugeben, daß eine genaue Grenzziehung Schwierigkeiten bereiten kann, doch muß das in den Fällen in Kauf genommen werden, bei denen das Vertrauen des Blankettgebers in einem unglaublichen Maße mißbraucht worden ist. Man kann die hier vertretene Auffassung nicht allein deswegen ablehnen, weil der Blankettgeber durch die Blanketthingabe eine abredewidrige Ausfüllung und damit die Herstellung einer der Wirklichkeit nicht entsprechenden Wechselurkunde veranlaßt oder begünstigt habe. Der Blankettgeber geht im Augenblick der Blanketthingabe ohne Zweifel eine große Gefahr ein, aber dieses Risiko muß auch in etwa beschränkt sein. Sonst müßte man jedem Wechselzeichner die Gefahr dafür aufbürden, daß sein Wechsel späterhin einmal gefälscht werden könnte. Überschreitet die Ausfüllung des Blanketts die Vereinbarung in nicht so grober Weise, so daß der Wechsel in jedem Fall noch als Wechsel des Blankettgebers zu erkennen ist, dann entfällt bis zur Höhe der getroffenen Vereinbarung die Möglichkeit des Ausstellers, die Haftung abzulehnen. Ist aber der Wechsel ein ganz anderer, als der, den er durch den Blankettnehmer vervollständigt sehen wollte, dann muß ein Wechselanspruch des Ausfüllenden in jeder Höhe und zu jeder Zeit abgelehnt werden. Eine solche Überschreitung ist kein „Mehr“⁴⁶⁾, son-

45) Schumann: Fälschung S. 100, Rilk, Diss. S. 88, Hacmann S. 108 f, so auch schon Bernstein: Allg. Dt. u. Allg. Öst. WO, S. 63/64 bei effektiv anderem Wechselinhalt.

46) so Staub-Stranz Art. 10 Anm. 21.

dern etwas ganz anderes. Es ist eine neue Urkunde mit einem neuen Schuldverhältnis. Und dafür kann der Blankettgeber unmöglich haften.

d) Das Hinzufügen eines Domizilvermerkes

Neben der abredewidrigen Ausfüllung in Bezug auf Wechselsumme und Verfallzeit ist noch die Hinzufügung von Klauseln in Betracht zu ziehen, die zwar nicht zu den wesentlichen Bestandteilen eines Wechsels gehören, die aber zulässig sind.

Es kommt nicht selten vor, daß ein vom Wohnungsort des Bezogenen verschiedener Zahlungsort in dem Wechsel angegeben wird. Ein solcher Wechsel wird Domizilwechsel genannt. Beim Blankowechsel gibt es in dieser Hinsicht gewisse Schwierigkeiten.

Das Recht ein Wechselblankett auszufüllen schließt nicht unbedingt auch die Befugnis ein, einen Domizilvermerk einzusetzen⁴⁷⁾. Wann der Ausfüllungsberechtigte zusätzliche Klauseln hinzufügen darf, ist nicht allgemein zu bestimmen, sondern Tatfrage⁴⁸⁾. Hat der Blankettnehmer eine solche Befugnis erteilt bekommen und fügt er im Rahmen seiner Befugnisse einen Domizilvermerk oder einen sonstigen Zusatz hinzu, dann kann der Blankettgeber niemand die abredewidrige Ausfüllung entgegenhalten⁴⁹⁾. Problematisch hingegen ist die Lage, wenn der Ausfüllungsberechtigte unbefugt eine zusätzliche Klausel einfügt oder wenn er seine Befugnisse überschritten hat. Der Art. 10 WG gibt in seiner unklaren Fassung darüber keine Auskunft, wenn auch in den Genfer Beratungen zum Ausdruck kam, daß Art. 10 entsprechend anzuwenden sei, falls eine nicht wesentliche Klausel abredewidrig in das Blankett eingefügt worden sei⁵⁰⁾. Diese Meinung ist auch von vielen Autoren und Kommentatoren⁵¹⁾ widerspruchsflos aufgenommen worden. Dabei liegt die Möglichkeit, in einem solchen Fall Art. 69 WG anzuwenden und die abredewidrige Hinzufügung von fakultativen Bestandteilen als Fälschung zu bezeichnen, in nicht so weiter Ferne, wie angenommen wird.

Wird einem fertigen Wechsel (d. i. hier: ein Wechsel, der ursprünglich nicht als Blankett gegeben worden ist) der Domizil- oder Zahlstellenvermerk hinzugefügt, so ist das unstreitig ein Fall der Wechselfälschung mit all seinen Folgen nach Art. 69 WG. Eine solche Änderung des Wechsels wird nicht so häufig vorkommen wie bei einem Blankowechsel, dennoch mutet eine unterschiedliche Beurteilung merkwürdig an: Bei abredewidriger Hinzufügung zu dem Inhalt eines Wechselblanketts kann der Schuldner diese Regelwidrigkeit nur demjenigen entgegenhalten, der von dieser Abredewidrigkeit nichts

47) Jacobi 1955 S. 486, Staub-Stranz Art. 10 Anm. 12 mit weiteren Angaben.

48) Über diese Frage siehe eingehend: Schumann, Fälschung S. 104, Grünhut, Wechselrecht, Band I S. 447.

49) Schumann: Fälschung S. 104.

50) Redaktionsbericht: *comptes rendus* S. 131 Ziff. 36.

51) Staub-Stranz Art. 10 Anm. 12, Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 2 C, Quassowski in: *Zts. f. In- und Ausl. Privatrecht* 1930/777, Hupka: *Einh. WR* S. 39, Warneyer Art. 10 Anm. II, Ullmann: *Bankarchiv* 29/430, Grünberg S. 36/37, *RG JW* 01/451.

gewußt hat, demgegenüber ist der Wechselzeichner besser gestellt, dessen von Anfang an vollgültigem Wechsel nachträglich eine zusätzliche Klausel beigelegt wird. Es kommt nach der herrschenden Meinung also nur auf den Zufall an, ob der Wechsel als Blankett gegeben ist oder nicht. Ist der Wechsel ursprünglich als Blankett gegeben, dann findet Art. 10 WG Anwendung, so daß dem Wechselschuldner nur sehr beschränkt Einwendungen zur Seite stehen. War der Wechsel aber von jeher mit allen wesentlichen Bestandteilen versehen, dann spricht man von Fälschung, wenn jemand den Domizilvermerk hineinschreibt.

Das kann wohl kaum Sinn des Gesetzgebers gewesen sein. Es liegt vielmehr nahe, die Ansicht zu vertreten, daß bei abredewidriger Ausfüllung des Domizil- oder Zahlstellenvermerkes nicht Art. 10 WG anzuwenden ist, sondern daß dieser Fall als Wechselfälschung zu betrachten ist ⁵²⁾.

Der Blankettgeber kann also die abredewidrige Hinzufügung des Domizil- oder Zahlstellenvermerkes jedem Inhaber entgegenhalten. Die Bedenken, daß durch eine solche Regelung die Umlauffähigkeit des Wechsels beeinträchtigt werde, sind aus den gleichen Gründen zurückweisen wie für den Fall der Einfügung in einen bereits vollständigen Wechsel.

Die Hinzufügung anderer nicht wesentlicher Bestandteile, wie Rekta-klauseln usw. muß ebenso geregelt werden wie die Hinzufügung des Domizilvermerkes. Die abredewidrige Einfügung eines unwesentlichen Bestandteiles gibt dem Geber insoweit die exceptio falsi. Er bleibt nicht auf die beschränkte Einredemöglichkeit des Art. 10 WG verwiesen. Insofern zeigt sich auch hier ein bedeutender Unterschied zwischen unwesentlichen und wesentlichen Bestandteilen des Wechsels.

Zweiter Fall:

*Der erste Nehmer füllt abredewidrig aus
und begibt den Wechsel weiter*

a) Weitergabe an einen gutgläubigen Dritten

Das Wechselgesetz vom 21. Juni 1933 hat nur diesen Fall geregelt und dem gutgläubigen Erwerber eines abredewidrig ausgefüllten Blankowechsels Schutz zugebilligt. Er erwirbt den Wechsel so wie er sich aus dem Papier ergibt. Der Wechselschuldner (Blankettgeber) kann dem Inhaber nicht entgegenhalten, der Wechsel sei den getroffenen Vereinbarungen zuwider ausgefüllt. Dies ist eine Lösung, die sich aus dem Gedanken des Verkehrsschutzes ergibt. Sie ist gerecht, da der gutgläubige Dritterwerber im Interesse der Umlauffähigkeit des Wechsels grundsätzlich vor bestehenden Einreden geschützt sein muß.

52) Verfasser schließt sich hiermit den klaren Ausführungen von Schumann: Fälschung S. 103 ff an, der in ausführlichen Begründungen den Widerspruch der herrschenden Lehre aufdeckt. Gleicher Ansicht: Lenhoff: S. 9, Martin Wolff S. 455.

Unbedingte Voraussetzung für den Schutz nach Art. 10 WG ist die Gutgläubigkeit des Erwerbers. Der Begriff der Gutgläubigkeit ist im Wechselgesetz nirgendwo enthalten. Die Gutgläubigkeit in Art. 10 ist in wörtlicher Anlehnung an die Fassung des Art. 16 Abs. 2 WG bestimmt, in der der gutgläubige Erwerb des Wechseleigentums geregelt ist⁵³). Gutgläubig ist der Erwerb eines ursprünglich als Blankett gegebenen Wechsels, wenn er glaubte, daß der Wechselaussteller alle wesentlichen Wechselerefordernisse selbst in den Wechsel eingefügt hat (wie es in der Regel der Fall sein wird)⁵⁴). Ist dieser Fall gegeben, dann ist der Erwerber eines ursprünglichen Blankowechsels vor der Einrede abredewidriger Ausfüllung seitens des Wechselschuldners geschützt. Aber auch die grobe Fahrlässigkeit schließt neben dem bösen Glauben⁵⁵) einen rechtswirksamen Erwerb des Wechsels aus, so daß der Wechselzeichner auch dann Einreden geltend machen kann. Wann nun der Erwerber grob fahrlässig handelt, kann nicht allgemein gesagt werden. Weiß der Erwerber nicht, daß der Wechsel jemals als Blankett begeben worden ist, dann wird er normalerweise von dem Vorwurf der groben Fahrlässigkeit befreit sein⁵⁶). Zweifelhafte ist es aber dann, wenn er die ehemalige Blanketteigenschaft gekannt hat. Trifft ihn dann in jedem Falle die Pflicht, sich nach dem Umfange der Ausfüllungsbefugnis zu erkundigen⁵⁷), oder kann man diese Pflicht nur in besonderen Fällen von ihm verlangen⁵⁸).

Grob fahrlässig handelt, wer unter Verabsäumung der einfachsten im Verkehr notwendigen Sorgfalt einen Mangel nicht entdeckt⁵⁹). Der Erwerber muß die Vorsicht üben, deren Anwendung im gegebenen Fall ohne weiteres geboten erscheint⁶⁰). Oberster Grundsatz im Wechselrecht ist der Schutz und die Sicherheit des Wechselverkehrs. Gutgläubige Wechselwerber sollen in beträchtlichem Maße geschützt werden. Ein umfangreicher und gerechter Schutz kann ihnen aber nur dann gewährt werden, wenn sie selbst die möglichen und nötigen Vorsichtsmaßregeln beachtet haben. Empfängt jemand einen Wechsel, von dem er weiß, daß er einmal als Blankett in den Verkehr gekommen ist, so muß er von Anfang an damit rechnen, daß dieser Wechsel abredewidrig vervollständigt ist. Das ist zwar nicht für jeden Fall der Blanketthingabe anzunehmen, aber die Fälle der Verletzung des Ausfüllungsrechtes sind nicht so selten, als daß man sie als seltene Ausnahmefälle bezeichnen könnte. Immer wieder haben sich die Gerichte mit der abredewidrigen Ausfüllung von Blankowechseln zu beschäftigen. Wenn schon der Schutz des Wechselwerbers beachtet sein soll, dann muß man auch verlangen, daß dieser beim Erwerb des Wechsels die entsprechende Sorgfalt ausübt. Um also dem Vorwurf der groben

53) Staub-Stranz Art. 10 Anm.

54) Martin Wolff S. 454.

55) Der Begriff des bösen Glaubens ist hier anders geregelt als in § 932 BGB, wo die Fahrlässigkeit zum Begriff des bösen Glaubens zählt.

56) a. A. Bernstein: Vorlesungen S. 52.

57) so Schumann: Fälschung S. 101, M. Wolff S. 455.

58) Staub-Stranz Art. 10 Anm. 18, Mansfeld LZ 1909/186.

59) Baumbach-Hefermehl: Art. 16 Anm. 3 C.

60) RG 143/18, 166/101.

Fahrlässigkeit zu entgehen, hat sich der Erwerber beim Erwerb eines erkennbar als Blankowechsel gegebenen Wechsel zu vergewissern, daß das Ausfüllungsrecht eingehalten worden ist⁶¹⁾. Die Erwartung, daß der Blankowechsel der Abrede gemäß ausgefüllt worden ist⁶²⁾, beseitigt die grobe Fahrlässigkeit des Blankettnehmers nicht. Es muß von ihm gefordert werden, daß er sich — im Rahmen des Möglichen — nach der Einhaltung der Ausfüllungsbedingungen erkundigt. Diese Pflicht, sich nach dem Umfang des Ausfüllungsrechts zu erkundigen, kann im Handelsverkehr im besonderen Maße bestehen⁶³⁾, sie richtet sich jedoch jeweils nach dem Einzelfall.

b) Weitergabe an einen bösgläubigen Dritten

Gibt der erste Blankettnehmer den Wechsel nach Vervollständigung mit einem vereinbarungswidrigen Inhalt an einen Dritten weiter, dem die Nichteinhaltung der getroffenen Vereinbarungen bekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht bekannt ist, so erwirbt dieser einen Wechsel, dem der Wechselzeichner die Abredewidrigkeit entgegenhalten kann. Dabei hat der Blankettgeber die Überschreitung des Ausfüllungsrechtes und den bösen Glauben bzw. die grobe Fahrlässigkeit des Wechselinhabers zu beweisen. Dieser Fall braucht nicht eingehen-der behandelt zu werden, da seine Lösung sich aus Art. 10 WG. ergibt. Streitfragen können hingegen wieder auftauchen bei der Frage nach den Voraussetzungen und den Folgen der abredewidrigen Ausfüllung durch Dritte, d. h. durch solche Personen, die nicht unmittelbar vom Blanketturheber die Ausfüllungsbefugnis erlangt haben, sondern die vom ersten Nehmer mit der Ausfüllung der Blanketturkunde betraut worden sind.

§ 2

Die Ausfüllung durch einen legitimierten Dritten

Erster (dritter) Fall: ⁶⁴⁾

Der erste Nehmer gibt den Blankowechsel unausgefüllt an einen zweiten Nehmer weiter unter Mitteilung der tatsächlich vereinbarten Ausfüllungsbedingungen

Das nähere Eingehen auf diesen Fall setzt zunächst einige allgemeine Erörterungen über die Möglichkeit der Übertragbarkeit des Ausfüllungsrechtes voraus.

1. Die Übertragbarkeit des Ausfüllungsrechtes

Im Schrifttum⁶⁵⁾ und in der Rechtsprechung⁶⁶⁾ wird heute fast einhellig bejaht, daß das Recht, ein Wechselblankett auszufüllen, über-

61) a. A. Italienische Rechtsprechung bei v. Caemmerer S. 73.

62) so Martin Wolff: S. 454.

63) Schumann: Fälschung S. 100 mit Hinweisen.

64) Die Zahl in der Klammer bedeutet die fortlaufende Numerierung der Fälle.

65) Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 1 D, Staub-Stranz Art. 10 Anm. 0, Ulmer S. 197, statt vieler Siegel Blanketterklärung S. 57.

66) RG 33/49, 65/511, 129/338, JW 30/3752.

tragbar ist, nachdem die Gründe, die dagegen vorgebracht wurden, oft widerlegt worden sind ⁶⁷⁾).

Die Vertreter der Vollmachttheorie ⁶⁸⁾ konnten in der Übertragung des Ausfüllungsrechtes eine Übertragung der Vollmacht sehen. Zwar erkannte man, daß die durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht grundsätzlich nicht übertragbar sei, deshalb könne von einer Übertragung der Vollmacht im juristischen Sinne nicht gesprochen werden, aber in Wirklichkeit liege eine neue Bevollmächtigung, eine Ersatzbevollmächtigung ⁶⁹⁾, vor, die der alten inhaltlich sei ⁷⁰⁾.

Da es sich bei der Blanketthingabe nicht um eine Vollmacht handeln kann – wie noch darzulegen sein wird ⁷¹⁾ –, so kann diese Lösung auch nicht richtig sein. Es ist vielmehr nach einer anderen rechtlichen Grundlage für die Möglichkeit der Übertragung des Ausfüllungsrechtes zu suchen. Die Berufung auf die gewohnheitsrechtliche Übung und Anerkennung der Übertragbarkeit kann allein noch nicht genügen.

Nach § 413 BGB finden die Vorschriften über die Übertragung von Forderungen entsprechende Anwendung auf die Übertragung anderer Rechte. Für alle Rechte gilt entsprechend § 413 BGB die Übertragbarkeit, sofern nicht positive Vorschriften dies ausschließen ⁷²⁾. Das Ausfüllungsrecht beim Blankowechsel ist kein Anspruch, aber es ist ein Recht, dessen Unübertragbarkeit in keinem Gesetz kodifiziert ist und für dessen Nichtübertragbarkeit keine rechtspolitischen Erwägungen sprechen. Die Hingabe eines Blanketts ist zwar ein Akt größten persönlichen Vertrauens, bei dem es dem Geber durchaus nicht gleichgültig ist, wen er mit der Ausfüllung des Blanketts betraut und wer dem Blankowechsel den endgültigen Inhalt gibt. Da nun einmal der Wechsel aber zum Umlauf bestimmt ist, muß der Geber auch damit rechnen, daß ein Blankowechsel bereits von Hand zu Hand weitergegeben wird. Deshalb wird auch ein Blankettgeber grundsätzlich mit einer Weitergabe einverstanden sein. Will er die Weitergabe des Wechselblanketts ausschließen, so ist das durch eine rechtsgeschäftliche Vereinbarung zwischen Geber und erstem Nehmer nach § 399 BGB möglich (*pactum de non cedendo*). Dieser Ausschluß der Übertragung auf einen anderen kann – für Dritte ersichtlich – durch einen Vermerk auf der Blanketturkunde geschehen. Ein solcher Vermerk widerspricht nicht dem Wesen des Wechsels, da dadurch die Umlauffähigkeit der später vervollständigten Wechselurkunde nicht beeinträchtigt wird. Eine solche Notiz deutet nur an, daß der Blankettgeber das Ausfüllungsrecht nur dem ersten Nehmer hat einräumen wollen ⁷³⁾. Sie hat lediglich bürgerlich-rechtliche Bedeutung. Der Vermerk kann die Haftung des Blankettgebers für den Fall, daß ein Dritter den

67) Die Übertragbarkeit verneinten: Gad in ZHR 15/97 ff, Adler in: ZHR 60/116 ff, Siehe dagegen Jacobi 1954 S. 492.

68) darüber siehe S. 41 f.

69) Enneccerus-Nipperdey § 185 II.

70) Narjes Diss. S. 33, Siegel: Blanketterklärung S. 57.

71) Siehe S. 43 ff.

72) Erman-Groepper S. 413.

73) vgl. Jacobi 1954 S. 501.

Wechsel ausfüllt, nicht beschränken. Eine solche Klausel würde dem Wesen als unbedingtes Zahlungsversprechen widersprechen. Von Bedeutung kann aber ein solcher Vermerk dann sein, wenn ein Dritter den fertigen Wechsel (mit dem Vermerk) erhält und dem Wechselschuldner zur Zahlung vorlegt. Ein gutgläubiger Erwerb des Wechsels und damit die Beseitigung der Einrede der abredewidrigen Ausfüllung ist durch einen solchen Vermerk möglicherweise ausgeschlossen, da jeder Wechselserwerber aus der Wechselurkunde ersehen kann, daß der Wechsel ursprünglich als Blankett begeben worden ist und ihn der Vorwurf grober Fahrlässigkeit trifft, wenn er sich nicht danach erkundigt, ob das Ausfüllungsrecht eingehalten worden ist⁷⁴). Darüberhinaus hat aber eine solche Notiz keine wechselrechtliche Bedeutung.

Festzuhalten ist jedenfalls, daß das Ausfüllungsrecht übertragbar ist. Wie aber diese Übertragung geschehen soll, ob durch einfache Zession gemäß §§ 398 f BGB oder durch Indossament ist sehr streitig. Bei den Blanketten des bürgerlichen Rechts (Blankobürgschaft und Blankozession) ergibt sich ohne weiteres die Übertragbarkeit nach §§ 398 ff BGB durch formlose Abtretung. Dem scheint beim Blankowechsel der skripturrechtliche Charakter zu widersprechen.

Grundsätzlich ist mit der Übertragung des Ausfüllungsrechts die Übergabe des Wechselblanketts verbunden. Mit dieser Übertragung des Ausfüllungsrechtes auf den ersten Nehmer ist aber nicht automatisch auch der Eigentumsübergang an dem Wechselformular verknüpft, denn § 952 BGB ist hier nicht anwendbar. Es handelt sich hier nicht um eine Forderung im Sinne des § 952 BGB, über die ein Schuldschein ausgestellt ist. Hier wird nur ein Recht übertragen, das bei seiner Ausübung eine Forderung entstehen läßt, selbst aber noch keine Forderung darstellt. Vor der Ausfüllung ist eine Forderung noch nicht entstanden. Die Hingabe des Blanketts vom Aussteller an den Blankettnehmer ist deshalb ein selbständiges Element, sie ist Übereignung nach § 929 BGB. Demnach sind hier zwei rechtlich unabhängige Vorgänge auseinanderzuhalten: *die Übertragung des Ausfüllungsrechtes und die Übereignung des Papiers*. Daher hat auch die bloße Aushändigung des Blanketts nicht auch die Übertragung des Ausfüllungsrechtes zur Folge. Der Besitz der Urkunde legitimiert nicht ohne weiteres zur Ausfüllung der fehlenden Stellen⁷⁵). Zwar sind das Ausfüllungsrecht und das dingliche Recht insoweit gewöhnlich miteinander verbunden, als beide meistens zusammen einem bestimmten Nehmer übertragen werden. Dennoch ergibt sich das Recht zur Ausfüllung nicht aus dem Recht an dem Papier.

Betrachtet man den Charakter des Blankowechsels, so kommt man zu dem Ergebnis, daß eine Übertragung des Ausfüllungsrechtes durch Indossament nicht möglich sein kann. Ein Blankowechsel ist noch kein vollgültiger Wechsel, auf den alle wechselrechtlichen Vorschriften zur Anwendung kommen müssen. Bevor das Blankett nicht mit allen Essentialien versehen ist, kann von einem Wechsel und damit auch von

74) Siehe oben S. 18 f, a. A. Herzberg Diss. S. 86.

75) ROHG 14/55, Stranz-Stranz Art. 10 Anm. 11.

einem Indossament nicht gesprochen werden. Ein Indossament ist erst dann wirksam und seine wechselrechtlichen Funktionen können erst dann eintreten, wenn ein fertiger Wechsel vorliegt. Die Meinung von Staub-Stranz ⁷⁶⁾, die Übertragung des Rechts geschehe durch sog. Blankotradition, d. h. durch formlose Einigung über den Eigentumsübergang und Übergabe des Papiers, kann nicht überzeugen. Auch der Hinweis auf eine gewohnheitsrechtliche Übung, nach der der Verkehr das Papier trotz seiner Unvollständigkeit als Wertpapier betrachte, ist nur wenig stichhaltig, denn ein einfaches Stück Papier mit einer bloßen Unterschrift des Ausstellers oder Annehmers wird schwerlich einen Wertpapiercharakter offenbaren, woraus man die Umlauffähigkeit als Wechsel herleiten könnte. Man wird zugeben müssen, daß das Ausfüllungsrecht nicht gesondert übertragen werden kann, sondern daß es als ein Bestandteil des Rechtes an der Urkunde angesehen wird. Aber aus diesem Satz läßt sich nicht ohne weiteres durch Umkehrschluß folgern, durch die Übereignung des Wechselblanketts gehe das Ausfüllungsrecht automatisch mit über ⁷⁷⁾. Der Blankowechsel ist noch kein Wertpapier, so daß die Regel „das Recht aus dem Papier folgt dem Recht an dem Papier“ hier unanwendbar bleiben muß ⁷⁸⁾.

Trotz der damit verbundenen Folgen über die Einschränkung des gutgläubigen Erwerbs muß man aus rechtsdogmatischen Gründen von einer Übertragung des Ausfüllungsrechtes durch einfache Abtretung nach §§ 398 ff BGB sprechen ⁷⁹⁾. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Übergabe des Papiers Voraussetzung für die Ausübung des Rechtes ist, denn ohne diese Übergabe kann der Zessionar sein Recht nicht ausüben.

Mit diesen Darlegungen über die Möglichkeit und Form der Übertragung des Ausfüllungsrechtes ist die Grundlage gegeben für die weitere Betrachtung der Ausfüllung durch einen legitimierten Dritten. Ein Dritter ist dann befugt, das Wechselblankett auszufüllen, wenn ihm von dem ersten Nehmer das Ausfüllungsrecht wirksam übertragen worden ist, und eine Vereinbarung über den Ausschuß der Abtretung zwischen dem Blankettgeber und dem ersten Nehmer nicht bestand. Durch die Abtretung tritt der zweite Blankettnehmer in die Rechts-

76) Staub-Stranz Art. 10 Anm. 11.

77) Hauffmann Gruch. 58/304 Anm. 59, a. A. Stranz Art. 10, 6.

78) a. A. Oertzen in Arch. f. Bürgerl. Recht 33/136 u. 175, der dem Wechselblankett bereits Wertpapiereigenschaft zuschreibt und so zu der Überzeugung kommt, daß das Ausfüllungsrecht nur durch Indossament übertragen werden könne.

79) Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 1 D, Rilk Art. 10 Teil II Abschn. 2,4, Ulmer S. 197, Jacobi 1954 S. 492, RGJW 30/3752. Ebenso italienische Rechtspr. in v. Caemmerer S. 76/77: a. A. Staub-Stranz Art. 10 Anm. 11, Stranz-Stranz Art. 10,6; Mansfeld LZ 1909/177 ff kommt auf Grund seiner Offertentheorie zu einem anderen Ergebnis. Nach ihm findet keine Übertragung des Ausfüllungsrechtes statt, vielmehr soll der Wechselbewegungsvertrag unmittelbar zwischen dem Blankettgeber und dem Ausfüllenden geschlossen werden, wobei der erste Nehmer als Hilfsorgan des Gebers fungiere, indem er den Vertragsschluß vermittele. Siehe dagegen Jacobi 1954 S. 112.

stellung des ersten Nehmers ein. Er hat die Befugnis, den Wechsel in dem Sinne zu vervollständigen, wie es in den Abmachungen mit dem Blankettaussteller zum Ausdruck gekommen ist.

Zunächst sei im Folgenden erörtert, welche Wirkungen eintreten, wenn der zweite Nehmer unter Wahrung der vereinbarten Ausfüllungsbedingungen einen formgültigen Wechsel herstellt.

2. Der zweite Nehmer füllt richtig aus

Füllt der zweite Blankettnehmer das Blankett der getroffenen Abrede entsprechend aus, dann liegt ein formgültiger und wirksamer Wechsel vor. Durch seine Handlung wird der Blankettgeber ebenso verpflichtet, wie durch die Ausfüllung des ersten Nehmers. Es sind hier folglich die gleichen Überlegungen angebracht, wie im Falle der Vervollständigung durch denjenigen, mit dem der Blankoakzeptant die Ausfüllungsbedingungen besprochen hat. Es kann im einzelnen auf die Erörterungen auf Seite 10 ff verwiesen werden.

Hinzuweisen ist aber noch auf folgendes: Solange der zweite Blankettnehmer das Blankett noch nicht ausgefüllt hat, hat er einen wechselrechtlichen Anspruch nicht erworben. Er ist lediglich Eigentümer des Wechselblanketts und Inhaber des ihm gültig übertragenen Ausfüllungsrechtes. Diese Lage ändert sich aber in dem Augenblick, in dem er das Blankett vervollständigt. Damit ist er forderungsberechtigter Wechselgläubiger nach Maßgabe des Wechselinhalts geworden. Er hat aufgehört Zessionar des Ausfüllungsrechtes zu sein. Es kommen also für ihn nicht mehr die bürgerlich-rechtlichen Zessionsvorschriften in Betracht, vielmehr regeln sich seine Rechte und Pflichten von nun an allein nach dem Wechselrecht. Das ist insofern für ihn vorteilhaft, da wechselrechtliche Einreden nur in beschränktem Maße zulässig sind und er nicht der Gefahr der Anwendung des § 404 BGB ausgesetzt ist⁸⁰⁾.

3. Der zweite Nehmer füllt bösgläubig aus

Füllt der zweite Nehmer bei Kenntnis der wahren Ausfüllungsbedingungen den Blankowechsel abredewidrig mit einem anderen Inhalt aus, als er zwischen Blankettgeber und erstem Nehmer vereinbart worden ist, so hat er selbst einen Wechselanspruch, so wie er sich aus dem Wechselinhalt ergibt, nicht erlangt. Für ihn treffen die gleichen Überlegungen zu, die sich ergaben, als über die Rechtsstellung des ersten Nehmers bei abredewidriger Ausfüllung berichtet wurde⁸¹⁾.

All diese Erörterungen zwingen zu einer anderen Lösung für den Fall, daß der erste Nehmer das Blankett an einen zweiten Nehmer unter Mitteilung von falschen Ausfüllungsbedingungen weiterbegeben hat und dieser das Blankett vervollständigt.

80) vgl. RG 65/411, 68/420, Herzberg Diss. S. 43 f.

81) Siehe oben Seite 10 ff.

Zweiter (vierter) Fall:

Der erste Nehmer gibt den Blankowechsel unausgefüllt an einen zweiten Nehmer weiter unter Mitteilung von falschen Ausfüllungsbedingungen

1. Der zweite Nehmer füllt dabei gutgläubig aus

Seitdem der Blankowechsel im Wirtschaftsleben verwendet und von der Rechtslehre und später vom Gesetzgeber anerkannt worden ist, gehört es zu den strittigsten Punkten, ob ein gutgläubiger Erwerb des Ausfüllungsrechtes möglich ist. Dieser Streit ist durch die Jahrzehnte nie geklärt. Auch Art. 10 WG gibt keine Lösung an, ja nicht einmal in den Materialien zum Wechselgesetz ist eine Entscheidung darüber zu finden. Man ist deshalb auf allgemeine Überlegungen angewiesen. Eine rechtsdogmatisch einwandfreie Lösung muß davon ausgehen, welcher Grund einem gutgläubigen Erwerb gegeben ist. Gutgläubiger Erwerb besagt, daß der Erwerber etwas erwirbt, worüber der Veräußerer keine rechtmäßige Gewalt besaß. Kraft seines Vertrauens auf den Rechtschein des Besitzes an der Sache erlangt er gültiges Eigentum. Auf Grund des durch den Besitz hervorgerufenen Rechtscheins kann also ein Erwerb von einem materiell nicht legitimierten Dritten erfolgen. Hat jemand eine Sache im Besitz, so spricht die Vermutung dafür, daß er auch Eigentümer ist (§ 1006 BGB). Voraussetzung eines gutgläubigen Erwerbs ist also in erster Linie der Besitz oder aber auch andere Tatsachen, aus denen sich ein Recht zum Besitz herleiten läßt. Der Rechtschein spricht dann für den Besitzer.

Beim Blankowechsel bezeugt die Innehabung des Blanketts, daß der Inhaber auch Eigentümer des Blanketts durch Übergabe vom Blankettgeber geworden ist. Aber — wie wir gesehen haben ⁸²⁾ ist mit dem Eigentumserwerb allein ein Recht zur Ausfüllung nicht verbunden, sondern dazu ist eine Abtretung nach § 398 BGB erforderlich. Der Besitz an der Blanketturkunde dokumentiert lediglich das Eigentum, über das Vorhandensein des Ausfüllungsrechtes ist nichts gesagt. Mit der Aushändigung des Wechselblanketts schafft der Blankettgeber noch keinen äußeren Tatbestand, der die objektive Grundlage für das Vertrauen eines Dritten bildet, wie es bei einer fertigen Urkunde der Fall ist ⁸³⁾. Aus dem Blankett ergibt sich keinerlei Hinweis, ob ein Ausfüllungsrecht besteht, oder in welchem Umfang ein solches Recht zur Ausfüllung vorhanden ist. Die Urkunde bietet keine Anhaltspunkte für ein Ausfüllungsrecht und seinen Umfang und birgt insoweit keinen Rechtschein in sich ⁸⁴⁾. Zwar ist anzunehmen, und es wird dem gewöhnlichen Fall entsprechen, daß der jeweilige Eigentümer des Blanketts auch das Ausfüllungsrecht mit übertragen erhalten hat, doch genügt das nicht, um einen gutgläubigen Erwerb befürworten zu können. Wenn man die Übertragung des Ausfüllungsrechtes durch Abtretung verlangt, dann muß man auch die damit verbun-

82) Siehe oben Seite 21 f.

83) Wellspacher: S. 68, Jacobi: Legitimationsmittel S. 8 ff.

84) Schumann Fälschung S. 100.

denen Folgen berücksichtigen. Einen gutgläubigen Erwerb von Forderungen gibt es im bürgerlichen Recht grundsätzlich nicht, da der gute Glaube einen äußeren Rechtschein voraussetzt⁸⁵⁾. Bei dem Ausfüllungsrecht haben wir es zwar nicht mit einer Forderung zu tun, aber mit einem ähnlichen Recht, das nach den gleichen Vorschriften übertragen wird. Es ist daher unverständlich und widerspruchsvoll, wenn man einerseits bei der Übertragung des Ausfüllungsrechts von einer bürgerlich-rechtlichen Abtretung spricht, aber andererseits einen gutgläubigen Erwerb befürwortet⁸⁶⁾. Dabei kann auch der Hinweis der herrschenden Lehre nicht befriedigen, daß kein großer Unterschied bestehe zwischen dem Erwerb des bereits ausgefüllten Wechsels, von dem der Empfänger gewußt habe, daß er ehemals als Blankett begeben worden ist, und dem Erwerb eines Blanketts mit der Mitteilung der Ausfüllungsbedingungen. In beiden Fällen müsse der zweite Nehmer darauf vertrauen, daß sein Vormann die Befugnisse nicht überschritten habe.

Die hier vertretene Auffassung, daß ein gutgläubiger Erwerb des Ausfüllungsrechtes nicht möglich sein kann⁸⁷⁾ entspricht durchaus den Erörterungen über die Frage nach dem Vorliegen einer groben Fahrlässigkeit beim Erwerb von ehemaligen Blankowechseln. Dort wurde ausgeführt, daß dem Erwerber eines Blankowechsels der Vorwurf der groben Fahrlässigkeit gemacht werden muß, wenn er gewußt hat, daß der Wechsel, den er in Händen hält, als Blankett begeben worden ist, und er sich nicht nach dem Umfang des Ausfüllungsrechtes erkundigt hat. Die Sachlage ist hier und dort die gleiche: Ein gutgläubiger Erwerb ist nicht möglich, weil der Erwerber allein auf wörtliche Mitteilungen des Vormannes angewiesen ist und sich auf keinen Rechtschein verlassen kann, während der Erwerb eines vollständigen Wechsels bei Kenntnis der ehemaligen Blanketteigenschaft durch die allzu große Sorglosigkeit des zweiten Nehmers verneint werden muß.

Auch die Bemerkung Jacobis⁸⁸⁾, es sei eine zu „spitzige Unterscheidung“, wenn man den gutgläubigen Erwerber des gültig ausgefüllten Blanketts, nicht aber den Erwerber des unausgefüllt gebliebenen Blanketts schützen wolle, da dadurch nur diejenigen geschützt würden, die von dieser Unterscheidung wußten, ist durch die hier dargelegte Lösung hinfällig geworden. Als Ergebnis läßt sich also folgendes sagen: Ein gutgläubiger Erwerb des Ausfüllungsrechtes ist nicht möglich. Grob fahrlässig handelt ein Wechselerwerber dann, wenn er bei Erwerb des Wechsels gewußt hat, daß der Wechsel ursprünglich als Blankett begeben worden ist und er sich trotzdem nicht danach erkundigt hat, ob der Ausfüllende sich im Rahmen der Ausfüllungsbefugnis gehalten hat. Durch die hier vertretene Auffassung erübrigt sich, auf die heillose Streitfrage einzugehen, wann der gute Glaube vorhanden

85) vgl. Enneccerus-Nipperdey I. § 80 II.

86) Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 2 B.

87) vgl. Haußmann Gruch. 48/315 f.

88) Jacobi 1954 S. 496.

sein muß⁸⁹⁾. Ob auf den Zeitpunkt des Erwerbs oder der Ausfüllung des Blanketts abzustellen ist⁹⁰⁾.

Wendet man diese allgemeinen theoretischen Erörterungen auf die zu Anfang dieses Abschnittes gestellte Frage an, so ist folgende Schlußfolgerung zu ziehen:

Trotz der Annahme der Gutgläubigkeit des Blanketterwerbers und trotz Ausfüllung in der Meinung, sich im Rahmen der zwischen Blankettgeber und erstem Nehmer getroffenen Vereinbarungen zu halten, hat der Inhaber eines solchen von ihm selbst vervollständigten Wechsels einen Wechselanspruch nicht erlangt, wenn der Wechsel den Abmachungen widerspricht. Erwirbt jemand das Ausfüllungsrecht für einen Blankowechsel und empfängt er die Urkunde dazu, so kann er einen Wechselanspruch nur erlangen, wenn die Mitteilungen des ersten Nehmers der tatsächlichen Abrede entsprechen, oder wenn er sich beim Blankettgeber nach den Ausfüllungsbedingungen erkundigt und er demgemäß das Blankett ausfüllt. Durch diese Regelung mag die Umlauffähigkeit eines Wechselblanketts eingeschränkt sein⁹¹⁾, aber dadurch wird der Blankettgeber geschützt, dessen Schutz bei aller Sicherung des Wechselverkehrs nicht aus dem Auge gelassen werden sollte. Wer also ein Blankett nicht von dem Blankettgeber sondern von einem Blanketterwerber übertragen bekommt, geht ein gewisses Risiko ein, das nur durch eigene Vorsicht beseitigt werden kann⁹²⁾.

2. Der zweite Nehmer füllt bösgläubig aus

Ist dem zweiten Blankettnehmer zwar das Ausfüllungsrecht übertragen, stimmen aber die Mitteilungen des Vormannes mit den wirklichen Abmachungen nicht überein, und füllt der zweite Nehmer trotz Kenntnis der wahren Ausfüllungsbedingungen anders aus, so hat er einen Anspruch in der Höhe und in der Art, wie er sich aus dem Wechsel ergibt, nicht erlangt. Er hat die gleiche Stellung wie der erste Nehmer bei abredewidriger Ausfüllung. Der Blankettgeber kann ihm die Einrede der abredewidrigen Ausfüllung entgegenhalten. Gleich ist auch der Fall zu behandeln, wenn der zweite Nehmer die Mitteilung des ersten Nehmers für wahr gehalten hat, aber aus eigenem Entschluß einen anderen Inhalt in den Wechsel einfügt.

89) Siehe zu dieser Frage eingehend Jacobi 1954 S. 496.

90) Einen gutgläubigen Erwerb befürworten: Jacobi 1954 S. 496, Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 2 B, Staub-Stranz Art. 10 Anm. 16, Quassowski-Albrecht Art. 10 Anm. 15, Keßler Art. 10 Anm. 3, Stranz-Stranz Art. 10 Anm. 10, Wolff aaO Seite 455, Rüdiger in JR 34/183, Michaelis WO Art. 7 Anm. 10, Bernstein WO Seite 63, ebenso: RG 78/368, 65/411, 129/338, JW 30/3752; a. A. Hupka WR Seite 38, Lenhoff Seite 10, Haußmann Gruch. 48/315, Mansfeld LZ 1909/177, v. Schwerin Seite 48, eingehend Schumann Fälschung Seite 100 f, anscheinend auch früher Jacobi: Grundriß des Wertpapierrechts S. 40.

91) vgl. Mansfeld LZ 1909/187.

92) vgl. Haußmann Gruchot 48/321.

Dritter (fünfter) Fall:

*Der zweite Nehmer füllt mit falschem Inhalt aber gutgläubig aus
[Fall 2 (4)] und begibt den Wechsel weiter*

1. Weitergabe an einen gutgläubigen Dritten

Eine andere Lösung ist dann zu erwarten, wenn nicht der Ausfüllende selbst nach Erhalt vom ersten Nehmer den Wechsel zur Geltendmachung dem Wechselschuldner vorlegt, sondern ein gutgläubiger Dritter. Für einen solchen Fall wird Art. 10 WG Anwendung finden, obwohl er in erster Linie für die Fälle gedacht ist, bei denen der erste Nehmer den Wechsel den getroffenen Vereinbarungen zuwider ausgefüllt und an einen Dritten weiterbegeben hat. Grundsätzlich darf nur der den Wechsel ausfüllen, der durch eine Vereinbarung mit dem Blankettgeber dazu berechtigt ist. Aber trotz der hier vertretenen Meinung, daß ein gutgläubiger Erwerb des Ausfüllungsrechtes nicht möglich ist⁹³⁾, ist ein gutgläubiger Erwerb des vom zweiten Nehmer vollständigten Wechsels zu bejahen. Dem fertigen Wechsel ist es nicht anzusehen, wer ihn ausgefüllt hat: ob der Wechselschuldner oder der erste Blankettnehmer oder gar ein zweiter Nehmer. Für ihn ergibt die vollständige Urkunde den Rechtsschein, daß ein gültiger, mit wirksamen Wechselunterschriften versehener Wechsel gegeben ist. Auch die in Art. 10 WG geforderte Begebung liegt vor, da der erste Nehmer das Blankett zu Zwecken der Ausfüllung und zur Erlangung der Wechselforderung vom Blankettgeber wird übertragen bekommen haben. Es liegen keine Gründe vor, dem gutgläubigen Wechselerwerber in einem solchen Fall den Schutz zu versagen, selbst dann nicht, wenn man in Erwägung zieht, daß der Ausfüllende das Ausfüllungsrecht trotz Gutgläubigkeit nicht hat erwerben können. Die konsequente Anwendung der Rechtscheintheorie führt auch hier zu befriedigenden Ergebnissen.

Voraussetzung für einen Erwerb ist jedoch die Gutgläubigkeit des Erwerbers⁹⁴⁾. Sein guter Glaube ist dann ausgeschlossen, wenn er von der ursprünglichen Blanketteigenschaft gewußt, sich aber nicht nach der Einhaltung des Ausfüllungsrechtes erkundigt hat, da ihm dann grobe Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden muß. Fraglich ist aber, ob man dann noch von Gutgläubigkeit sprechen kann, wenn der Wechselinhaber die Übertragung des Ausfüllungsrechtes erfahren hat. Jedenfalls ist er dann gutgläubig, wenn er sich nach dem wirklichen Umfang des Ausfüllungsrechtes beim Blankettgeber erkundigt hat. Ob auch eine Nachfrage beim ersten Blankettnehmer als genügend anzusehen ist, kann nicht allgemein gültig entschieden werden. Man wird auf den Einzelfall abzustellen haben. Doch wird eine solche Nachfrage gewöhnlich nicht ausreichen, um die grobe Fahrlässigkeit auszuschließen. Ohne Zweifel fällt dem Erwerber dann grobe Fahrlässigkeit beim Erwerb zur Last, wenn er weiß, daß der erste Blankettnehmer seinem Nachmann bei der Übertragung des Ausfüllungsrech-

93) Siehe oben Seite 23 f.

94) Über den bösen Glauben beim Bankowechsel im allgemeinen siehe: Stanzl: Seite 73 ff.

tes falsche Angaben gemacht hat, die dieser aber als der Abrede entsprechend (gutgläubig) in den Wechsel eingefügt hat. In einem solchen Fall kann der Dritterwerber den im Wechsel bekundeten Anspruch niemals erworben haben.

Es ist aber festzuhalten, daß Art. 10 WG auch dann Anwendung findet, wenn nicht der erste Ausfüllungsberechtigte sondern ein Dritter, dem zwar nicht das Ausfüllungsrecht wirksam übertragen worden ist, der aber den Wechsel in gutem Glauben vervollständigt hat, die Wechselurkunde nach dem Hinzufügen der fehlenden Bestandteile einem Erwerber übergeben hat. Nur ist in solchen Fällen besondere Aufmerksamkeit auf das Vorliegen des bösen Glaubens oder der groben Fahrlässigkeit zu richten.

Die im zweiten Teil dieser Arbeit erfolgten Darlegungen haben bislang sich nur damit beschäftigt, welche Bedeutung und welche Wirkungen die abredewidrige Ausfüllung zunächst durch den ersten Blankettnehmer und dann durch einen zweiten Blankettnehmer hat. Das waren die Fälle der gewöhnlichen Verletzung des Ausfüllungsrechtes, die im Grundsätzlichen von Art. 10 WG geregelt worden ist. Im folgenden sind nun besondere Fälle der Regelwidrigkeit beim Ausfüllen von Wechselbanketts zu betrachten.

§ 3

Die Ausfüllung durch einen unbefugten Dritten

I. Erster (sechster) Fall:

Das Blankett wird dem Blankettaussteller gestohlen und von dem Dieb ausgefüllt

Es kann sich der Fall ereignen, daß dem Aussteller eines Wechselblanketts die Urkunde abhanden kommt, bevor er sie begeben hat. Wird sie gestohlen, so ist der Dieb Besitzer, ohne durch einen wirklichen Begebungsvertrag legitimiert zu sein. Mit den Folgen eines solchen Falles befaßt sich weder Art. 10 WG noch ergibt sich aus anderen Artikeln des Wechselgesetzes eine Lösung. Vielmehr ist man bei diesen Überlegungen auf allgemeine wechselrechtliche Besonderheiten angewiesen.

Art. 10 WG betrifft nur den Fall der abredewidrigen Ausfüllung eines Wechsels, der bei der ersten Hingabe an einen Nehmer unvollständig war⁹⁵⁾. Dies ergibt sich eindeutig aus dem Inhalt des Artikels. Steht man auf dem Standpunkt der Kreationstheorie, dann wäre bereits durch die Herstellung der Blankourkunde eine Haftung für den Blankettaussteller entstanden⁹⁶⁾.

Aber auch für das Blankoakzept genügt eine einfache einseitige Annahmeerklärung nicht, der Skripturakt allein verpflichtet nicht, vielmehr ist die Begebung Voraussetzung für die Haftung des Akzeptanten⁹⁷⁾.

⁹⁵⁾ Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 3.

⁹⁶⁾ Langen in: Festschrift für Zitelmann S. 30.

⁹⁷⁾ So die weit überwiegende Meinung. Siehe statt vieler: Schumann HR II S. 302.

Wenn schon für ein gewöhnliches Akzept ein Begebungsvertrag gefordert wird, so muß man erst recht für ein Blankoakzept die Begebung verlangen. Dies ist einhellige Meinung in der Literatur⁹⁸⁾ und auch vom Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung vertreten worden⁹⁹⁾. Diese Auffassung findet ihre Stütze auch in Art. 10 nach dem man von einem Blankowechsel nur dann sprechen kann, wenn dieser Wechsel bei „Begebung unvollständig“ war. Hiermit bringt auch der Gesetzgeber zum Ausdruck, daß für die Entstehung einer wechselmäßigen Haftung aus einem Blankowechsel die Begebung vorausgesetzt werden muß.

Ist also das Blankett dem Blanketturheber irgendwie abhandengekommen, fehlt es demnach an dem Begebungsvertrag, dann kann der Ausfüllende trotz der Ausfüllung keinen Wechselanspruch erlangen. Die formelle Legitimation als Wechselgläubiger reicht nicht soweit, um auch das Nichtvorhandensein des Begebungsvertrages auszugleichen. Der Dieb eines Wechselblanketts kann deshalb einen Wechselanspruch aus dem von ihm gestohlenen und vervollständigten Blankett nicht erwerben. Der Wechselaussteller ist nicht auf die Arglistenrede beschränkt. Er kann geltend machen, daß ein Wechselanspruch gar nicht entstanden ist.

Zweiter (siebter) Fall:

Der Dieb gibt nach Ausfüllung des Blanketts den Wechsel weiter

1. Weitergabe an einen gutgläubigen Dritten

Wird der von dem Dieb vervollständigte Wechsel an einen Dritten weitergegeben, dann erhebt sich die Frage, ob diesem Erwerber der Einwand des fehlenden Begebungsvertrages entgegengehalten werden kann. Auf jeden Fall kann aber nur dann von einem wirksamen Erwerb des Dritten gesprochen werden, wenn dieser gutgläubig ist. Ein bösgläubiger Dritter kann nicht erwerben. Bei der Lösung dieser Frage haben sich wieder zwei Meinungen herausgebildet. Von der einen Seite wird der Schutz des gutgläubigen Verkehrs, von der anderen Seite der Schutz des Wechselzeichners mehr berücksichtigt.

Baumbach-Hefermehl¹⁰⁰⁾ erklären die Berufung auf fehlende Begebung dem gutgläubigen Erwerber gegenüber für unzulässig, wobei sie sich auf Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts¹⁰¹⁾ und des Reichsgerichts¹⁰²⁾ zur Wechselordnung berufen. Da ein Wechselblankett zulässig sei, könne der Aussteller durch seine Unterschrift den Rechtsschein ordnungsgemäßer Blankettbegebung erweckt haben. Es sei deshalb billig, ihn gegenüber dem aus dem vervollständigten Wechsel legitimierten gutgläubigen Erwerber wechselmäßig haften zu lassen. Die Haftung setze allerdings voraus, daß der Blankettzeichner zumindest das Erklärungsbewußtsein gehabt habe, denn allein

98) Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 3, Rilk Diss. Seite 52.

99) RG 134/33, 77/353, 14/22, Warn. 1918/227.

100) Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 3, Mansfeld LZ 1909 Seite 77.

101) ROHG 25/16.

102) RG 14/24, 65/411.

die bloße Namensschrift könne den Anschein einer Wechselerklärung nicht veranlassen. Diese weitgehende Meinung wird zum Schluß auf die Fälle beschränkt, in denen sich das Papier leicht in einen Wechsel verwandeln läßt, insbesondere wenn das Blankett bereits als Wechsel bezeichnet war.

Selbst bei dieser Einschränkung müßte nach der in dieser Arbeit vertretenen Auffassung, daß zum Begriff des Blankowechsels unbedingt die Bezeichnung als Wechsel gehört dem Blankettaussteller, dem das Blankett gestohlen oder sonstwie abhandengekommen ist, der Einwand der fehlenden Begebung dem gutgläubigen Dritten gegenüber versagt sein.

Demgegenüber wird von Staub-Stranz der Schutz des Blankettunterszeichners in den Vordergrund gestellt und ihm der Einwand, daß das Blankett gestohlen worden sei (fehlende Begebung) zugebilligt. Sie stützen sich dabei auf die ständige Rechtsprechung des Reichsgerichts¹⁰³⁾, nach der zur Haftung aus einem Blankettakzept die Begebung des Papiers erforderlich sei. Das Reichsgericht hat dieses Erfordernis für das Blankoakzept aufgestellt, während es für das gewöhnliche Akzept die Kreationstheorie billigte¹⁰⁴⁾. Aus dieser Rechtsprechung folgern Staub-Stranz, daß der Einwand der fehlenden Begebung auch gutgläubigen Dritterwerbern entgegengehalten werden könne, weil es eben an einer Begebung fehle. Diese Meinung von Staub-Stranz ist die folgerichtige Weiterführung der Auffassung von der Entstehung einer Wechselverbindlichkeit, da dieser Kommentar grundsätzlich auf dem Boden der Vertragstheorie steht¹⁰⁵⁾. Es kann im Rahmen dieser Arbeit nicht darauf eingegangen werden, welcher Theorie über die Entstehung der Wechselobligation beizutreten ist und ob der Kreationstheorie¹⁰⁶⁾, der Vertragstheorie¹⁰⁷⁾, oder der Rechtscheintheorie¹⁰⁸⁾ der Vorzug zu geben ist.

Folgt man der heute immer mehr anerkannten Rechtscheintheorie, dann kann die fehlende Begebung einem gutgläubigen Erwerber eines gestohlenen und von dem Dieb vervollständigten Wechsels nicht eingewandt werden. Zwar lag im Augenblick des Diebstahls des Blanketts ein gültiger Wechsel noch nicht vor, auf dessen Rechtschein ein Dritter sich hätte verlassen können, aber der Aussteller des Blanketts hat durch seine Unterschrift, mit der er eine wechselrechtliche Verpflichtung einzugehen bereit war, einen Rechtschein veranlaßt. Dieser Anschein einer wechselfähigen Haftung wurde durch die nachfolgende Ausfüllung vervollständigt, obwohl der Wechsel von einem nichtberechtigten Dritten fertiggestellt worden ist. Doch kann sich ein gutgläubiger Dritterwerber darauf verlassen, daß alle wesentlichen

103) RG 74/353, 134/33, 143/207.

104) RG 24/77, 77/141, JW 1926/1817, 1932/740, 1934/480.

105) Staub-Stranz Allgem. Einleitg. Anm. 18.

106) Langen „Kreationstheorie“, dsbl. in: Festschrift für Zitelmann S. 30. Eine gemilderte Kreationstheorie bringt Ulmer S. 47 ff.

107) Insbesondere RG 14/22, Staub-Stranz Allg. Einleitung Anm. 18.

108) Jacobi: Wertpapiere S. 407, derselbe: 1954 S. 41 ff, Schumann HR Band II S. 305 f, Baumbach-Hefermehl Anleitung WG V 3, Herb. Meyer: Akzept S. 27 ff, v. Schwerin S. 33, BGH NJW 52/62.

Wechselbestandteile von dem Unterzeichner herrühren oder daß er einen anderen mit der Herstellung des Wechsels rechtswirksam be-
traut hat. Der Rechtsschein einer formgültigen und wirksamen Be-
gebung tritt dann zu Tage, wenn das Papier in die Hand eines redli-
chen Erwerbers gelangt. Der Gutgläubige wird so behandelt, als habe
er ein Papier erworben, das durch einen Begebungsvertrag in den
Wechselverkehr gelangt ist ¹⁰⁹⁾).

Man muß also auch einem gutgläubigen Erwerber eines gestohlenen
Blanketts, das durch irgendjemand ausgefüllt worden ist, den Schutz
vor Einreden des Wechselschuldners zubilligen ¹¹⁰⁾).

2. Weitergabe an einen bösgläubigen Dritten

Der Schutz vor dem Einwand fehlender Begebung kann nur dem Gut-
gläubigen zugewillt werden, nicht dagegen einem Bösgläubigen.
Bösgläubig ist der Erwerber dann, wenn er von dem Diebstahl (oder
dem sonstigen Abhandengekommensein) gewußt hat. Dem bösen
Glauben wird die grobe Fahrlässigkeit gleichgeachtet. Der Vorwurf
der groben Fahrlässigkeit trifft den Erwerber auch dann, wenn er
erkannt hat, daß der Wechsel ursprünglich ein Blankett gewesen ist
und von einem Nichtberechtigten (das braucht nicht immer der Dieb
gewesen zu sein) ausgefüllt worden ist. In einem solchen Fall kann
der Erwerber des vervollständigten Wechsels einen Wechselanspruch
nicht erlangen. Er ist vielmehr gemäß Art. 16 Abs 2 WG zur Heraus-
gabe des Wechsels verpflichtet.

Dritter (achter) Fall:

Der Dieb gibt das Blankett unausgefüllt an einen gutgläubigen Dritten weiter

Gibt der Dieb das unvollständige Blankett an einen gutgläubigen
Dritten weiter, so kann dieser trotz seines guten Glaubens das Aus-
füllungsrecht nicht erwerben. Wie oben ¹¹¹⁾ dargelegt worden ist, kann
ein gutgläubiger Erwerb des Ausfüllungsrechtes nicht befürwortet
werden, wenn der Ausfüllungsberechtigte sein Recht in den Mittei-
lungen an den Dritten anders schildert, als es ihm in Wirklichkeit
zusteht. Diese Regelung muß umso mehr gelten, wenn derjenige, der
im Besitz des Blanketts sich als Ausfüllungsberechtigter ausgibt, der
aber tatsächlich zur Ausfüllung nicht befugt ist, das Blankett einem
anderen übergibt und ihm damit angeblich auch die Befugnis erteilt,
das Blankett zu vervollständigen. Der gute Glaube kann in solchen
Fällen nicht geschützt werden, da kein Rechtsschein für das Vorhan-
densein des Ausfüllungsrechtes gegeben ist.,

109) Schumann HR II S. 306. Desgleichen im Ergebnis Herb. Meyer a. o. O.
Seite 86.

110) RG 65/410 ff, Grünhut, Lehrbuch, S. 109 f nimmt Fälschung an, wenn
ein zur Ausfüllung nichtberechtigter Nehmer des Blankowechsels aus-
füllt. Diese „Fälschung“ müßte demnach auch einem gutgl. Erwerber
entgegengehalten werden können.

111) Siehe oben Seite 24 f.

Dieses Ergebnis kann auf dem ersten Blick merkwürdig erscheinen, weil derjenige geschützt wird, der im guten Glauben von dem Dieb den fertigen Wechsel erwirbt, während der Erwerber des unvollständigen Blanketts der Schutz versagt bleibt. Doch führt die konsequente Durchführung des Rechtsscheinprinzips folgerichtig zu dieser Lösung, die in dieser Form gebilligt werden muß, zumal man das mit dem Erwerb eines Blanketts verbundene Risiko zu berücksichtigen hat. Demzufolge macht es keinen Unterschied ob der Dieb das Blankett an einen gutgläubigen oder an einen bösgläubigen (d. h. an jemand, der den Sachverhalt kannte) Dritten weiter übertragen hat, in keinem der beiden Fälle kann ein Schutz des Erwerbers bejaht werden, selbst dann nicht, wenn die Erwerber den Blankowechsel vervollständigen und sich somit als Wechselgläubiger legitimieren.

Eine andere Frage ist, ob nach Vervollständigung des Blanketts und nach erfolgter Weitergabe an einen gutgläubigen Dritten dieser nunmehr seinerseits vor Einreden geschützt ist. Auf einen solchen Fall läßt sich Art. 10 WG nicht anwenden, da ein „begebener“ Wechsel nicht vorliegt. Es fehlt durch den Diebstahl an einem gültigen Begebungsvertrag. Die Übergabe an den Ausfüllenden ist nicht als Begebung zu betrachten. Obwohl Art. 10 WG nicht anzuwenden ist, kommt man aber doch zu dem Ergebnis, daß ein gutgläubiger Erwerber in einem solchen Fall ebenso geschützt ist wie derjenige, der den von dem Dieb selbst vervollständigten Wechsel erwirbt. Wir hatten gesehen, daß aus Gründen des Rechtsscheins dem Blankettaussteller die Einrede des fehlenden Begebungsvertrages zu versagen ist. Eben diese Gründe gelten auch hier. Der gutgläubige Erwerber ist durch den Erwerb des Wechsels vollberechtigter Inhaber der Wechselforderung geworden und hat keine Einwendungen zu gewärtigen.

Daß aber dem bösgläubigen Erwerber eines solchen Wechsels Einreden entgegengehalten werden können, erscheint nach dem oben Dargelegten klar.

Vierter (neunter) Fall:

Der Blankettzeichner wird durch Irrtum oder arglistige Täuschungen zur Hingabe des Blanketts veranlaßt, und der Nehmer füllt abredewidrig aus

Hat sich bei Begebung des Blankowechsels der Blankettaussteller in einem nach § 119 BGB erheblichen Irrtum befunden oder ist er durch arglistige Täuschung oder Drohung zur Begebung des Blanketts veranlaßt worden, § 122 BGB, dann kann er seine Erklärung anfechten. Die Anfechtung hat die Nichtigkeit des Begebungsvertrages mit rückwirkender Kraft zur Folge. Diese Nichtigkeit kann als Einrede gegen den ersten Nehmer geltend gemacht werden.

Hündigt der Inhaber nach Ausfüllung des Blanketts einen solchen Wechsel einem gutgläubigen Dritten aus, dann kann sich der Blankettgeber gegenüber dem gutgläubigen Erwerber nicht auf fehlende Begebung berufen. Der Wechselschuldner hat durch die Unterzeich-

nung des Blanketts den Rechtsschein gültiger Verpflichtung veranlaßt, zumal hier äußerlich ein Begebungsvertrag vorliegt ¹¹²⁾.

§ 4

Sonderfälle der abredewidrigen Ausfüllung durch den ersten Nehmer

I. Ausfüllung nach Ablauf der Ausfüllungsfrist

Das Recht, einen Blankowechsel auszufüllen, kann durch eine geschäftliche Vereinbarung beschränkt werden. So ist es möglich, daß für die Dauer des Ausfüllungsrechtes ein Endtermin bestimmt worden ist, nach dessen Eintritt der Blankettempfänger zur Ausfüllung nicht mehr berechtigt sein soll. Ist bei der Einräumung des Ausfüllungsrechtes eine Frist für die Dauer vereinbart, so finden die für die auflösende Bedingung geltenden Vorschriften der §§ 163 und 158 Abs. 2 BGB Anwendung. Mit Ablauf der Frist endet das Ausfüllungsrecht ¹¹³⁾. Füllt der Blankettnehmer trotzdem das Blankett aus, so kann er einen Wechselanspruch nicht erwerben, weil er zur Ausfüllung nicht mehr berechtigt ist, selbst dann nicht, wenn er dem Wechsel den vereinbarten Inhalt gibt ¹¹⁴⁾. Der Blankettgeber kann ihm immer den Einwand der unzulässigen Ausfüllung entgegenhalten, wobei er aber selbst beweisen muß, daß das Ausfüllungsrecht zeitlich beschränkt war und daß mit Ablauf der Frist das Ausfüllungsrecht erloschen ist ¹¹⁵⁾. Dieser Beweis wird nicht einfach zu erbringen sein, wenn er sich nicht aus der Urkunde selbst ergibt.

Empfängt ein gutgläubiger Dritter den vom Nicht-Mehr-Berechtigten ausgefüllten Wechsel, so hat dieser einen vollwirksamen Wechselanspruch erworben, dem der Blankettgeber keine Einwendungen entgegensetzen kann, da der Rechtsschein gültiger Begebung und tatsächlich vorhanden gewesener Ausfüllungsbefugnis sich aus dem Wechsel ergibt ¹¹⁶⁾.

Hat jedoch der Empfänger des ausgefüllten Wechsels das Erlöschen des Ausfüllungsrechtes gekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht gekannt, dann kann er eine Wechselforderung wirksam nicht erlangt haben.

112) Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 3, Art. 17 Anm. 6 F, RG 87/367.

113) Bernstein: Vorlesungen Seite 51 trat dafür ein, daß ein zeitlich begrenztes Ausfüllungsrecht angebracht sei, da Wechsel für gewöhnlich nicht einem unangemessenen fernen Bedürfnis dienen sollen. Ob eine solche Regelung gesetzliche Anerkennung finden kann, erscheint sehr fraglich, obwohl es zu begrüßen wäre.

114) RG 74/48, Werneyer WG 1939 Art. 10 Anm. II, Jacobi Wertpapiere S. 199 Anm. 48, RG 87/367.

115) ROHG 21/330.

116) Bernstein: Vorlesungen Seite 65, Jacobi 1954 S. 488 Anm. 6 weist darauf hin, daß das ital. Gesetz das Recht zur Ausfüllung in drei Jahren von der Emission verjähren läßt.

II. Der erste Nehmer füllt zunächst abredgemäß aus und ändert nachträglich (aber vor Weitergebung) den Inhalt (und umgekehrt)

In den Kommentaren und Lehrbüchern zur Wechselordnung¹¹⁷⁾ und zum Wechselgesetz¹¹⁸⁾ und in sonstigen Schriften¹¹⁹⁾, die sich mit dem Blankowechsel beschäftigen, ist häufig der Satz zu finden: Das Ausfüllungsrecht ist den Gestaltungsrechten zuzurechnen. Wenn dieses der Fall ist und das Ausfüllungsrecht als Gestaltungsrecht anzusehen ist, dann muß man folgern, daß ein vervollständigtes Blankett nicht mehr abgeändert werden darf, da das einmal ausgeübte Gestaltungsrecht selbstverständlich erloschen ist¹²⁰⁾. Durch die Ausfüllung ist dann die Befugnis des Nehmers erschöpft und das Ausfüllungsrecht verbraucht. Der Blankettgeber wäre daher nicht mehr berechtigt, den Inhalt des einmal fertiggestellten Wechsels abzuändern und dadurch den mit dem Geber begründeten Wechselverhältnis einen anderen Inhalt zu geben.

Diese Folgerungen haben in der Tat etliche Autoren gezogen und die nachträgliche Änderung des vom Nehmer vervollständigten Blanketts als Fälschung nach Art. 69 WG bezeichnet¹²¹⁾. Auch das Reichsoberhandelsgericht¹²²⁾ und das Reichsgericht¹²³⁾ haben die Berechtigung, nachträglich noch eine Änderung vorzunehmen, ebenfalls verneint. Doch kann dieser Meinung bei genauer Betrachtung des Wesens des Ausfüllungsrechtes nicht gefolgt werden, denn das Ausfüllungsrecht ist nicht ein Gestaltungsrecht in dem Sinne, wie es gewöhnlich dargestellt wird. Man beruft sich stets auf eine Definition der Gestaltungsrechte von Seckel¹²⁴⁾, der unter Gestaltungsrecht das subjektive (konkrete) Privatrecht versteht, dessen Inhalt die Macht zur Gestaltung konkreter Rechtsbeziehungen durch einseitiges Rechtsgeschäft ist. Aus dieser Begriffsbestimmung ist eindeutig zu entnehmen, daß ein Gestaltungsrecht nur durch rechtsgeschäftliches Handeln ausgeübt werden kann. Es ist also — wenn man von einem Gestaltungsrecht im Sinne Seckels sprechen will — immer eine Willenserklärung des Handelnden erforderlich¹²⁵⁾. Wie aber eingehend dargelegt worden ist¹²⁶⁾ wird der Ausfüllende bei seinem Handeln nicht rechtsgeschäftlich tätig, sondern nimmt eine in die äußere Erscheinung tretende Handlung vor, ohne dabei von einem rechtsgeschäftlichen Willen gelenkt zu sein. Die Berufung auf diese Definition führt demnach irre. Das Ausfüllungsrecht ist nicht ein Gestaltungsrecht in diesem Sinne. Die These, daß es ein Gestaltungsrecht sei, kann nur dann aufrecht-

117) Michaelis Art. 7 Anm. 0, Karl Lehmann S. 642.

118) Staub-Stranz Art. 10 Anm. 36, Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. I D, Rilk Komm. Teil II Abschn. 2, Jacobi 1954 S. 488.

119) Hacmann S. 103, Herzberg Diss. S. 36.

120) Jacobi 1954 S. 489.

121) Quassowski-Albrecht Art. 10 Anm. 9, Rilk Komm. S. 55, des. Diss. S. 78, Voigtländer-Tetz-Warneyer Art. 10, II, Grünhut Bd. II S. 447.

122) ROHG 7/223, 32/70, 53/262.

123) RG 58/189, RG JW 1906/766, RG ZHR 31/391.

124) Seckel: Festschrift für R. Koch S. 210.

125) Erman-Groepper § 194 Anm. 9 b.

126) Siehe oben Seite 7 f.

erhalten werden, wenn man den Begriff für solche Rechte weiterfaßt, so wie es neuerdings Heinrich Lehmann¹²⁷⁾ und Nipperdey¹²⁸⁾ versuchen. Sie wollen die Möglichkeit für eine Rechtsänderung, die dem Träger der Macht gegeben ist, nicht auf einseitige empfangsbedürftige Willenserklärungen beschränken, sondern auch auf jedes rechtswirksame Handeln erweitern. Und nur so kann man von dem Ausfüllungsrecht als Gestaltungsrecht sprechen. Aber noch hat sich diese Begriffsbestimmung nicht durchgesetzt¹²⁹⁾, und die Autoren, die das Recht zur Ausfüllung als Gestaltungsrecht bezeichnen, berufen sich einmütig auf Seckel und Zitelmann¹³⁰⁾. Und das ist nicht folgerichtig. Deshalb kann es auch nicht richtig sein, das einmal ausgeübte Ausfüllungsrecht als erloschen anzusehen, weil das Gestaltungsrecht verbraucht sei.

Die Änderung eines nach Ausfüllung aller offengelassenen Stellen in den Verkehr gelangten Wechsels ist gewiß eine Verfälschung und schafft eine nach Art. 69 WG absolut wirkende Einrede. Von solchen Fällen ist aber die Möglichkeit zu unterscheiden, daß bereits der erste Nehmer, bevor er den Wechsel an einen Dritten weitergibt, den schon eingefügten Wechselinhalt ändert. Es ist hier fraglich, ob der Blankettnehmer das Blankett nur einmal ausfüllen darf und dies mit einem Male tun muß¹³¹⁾, oder ob ihm die Möglichkeit gegeben ist, die Ausfüllung noch später zu ergänzen, also dem Geschriebenen Neues zuzufügen oder das Geschriebene gar umzuändern. Es kann hier außer Betracht bleiben, wie die nachträgliche Hinzufügung eines Domizilvermerkes zu behandeln ist, da bereits solche Fälle als Wechselfälschung bezeichnet worden sind¹³²⁾.

Jacobi¹³³⁾ sieht den Inhalt des Ausfüllungsrechtes nicht so sehr in der Gestaltung eines fremden Rechtes und nicht nur im bloßen Ausfüllen durch Schreiben, sondern in dem Recht, den Blankettgeber durch seine Handlung zu verpflichten und sich selbst dadurch einen Wechselanspruch zu verschaffen. Das Schreiben sei nicht Inhalt des Ausfüllungsrechtes, sondern lediglich Mittel zu ihrer Erreichung. Auf diesem Wege kommt Jacobi durchaus zu dem gewünschten Ergebnis.

Man kann aber auch auf anderem Wege eine befriedigende Lösung finden, nämlich dann, wenn man fragt, wie lange das Ausfüllungsrecht dem Ausfüllungsberechtigten zusteht und ob es schon durch die bloße Vervollständigung erloschen ist. Faßt man das Ausfüllungsrecht — so wie es hier geschehen ist — nicht als Gestaltungsrecht im Sinne Seckels auf, weil es an der für ein Gestaltungsrecht erforderlichen rechtsgeschäftlichen Handlung des Ausfüllenden fehlt, dann ergibt sich, daß das bloße Schreiben nicht die Beendigung des Rechts bedeu-

127) H. Lehmann Lehrbuch S. 74.

128) Enneccerus-Nipperdey § 73 I 3.

129) vgl. Fenkart: Wesen und Ausübung der Gestaltungsrechte, in Ztschr. f. ausl. und int. Recht S. 130.

130) Zitelmann: Intern. Privatrecht Band 2 S. 32/44.

131) Jacobi 1954 S. 489.

132) Siehe S. 16 ff.

133) Jacobi 1954 S. 489.

ten kann. Solange der Ausfüllungsberechtigte nicht nach außen deutlich erkennbar gemacht hat, sein ihm zustehendes Recht ausgeübt zu haben, kann er seinem Tun noch einen anderen Inhalt geben und auch den bereits ausgefüllten Wechsel noch wieder ändern. Letzter Zeitpunkt für eine Änderung ist aber die Weitergabe des fertigen Wechsels, da der Ausfüllende damit zu erkennen gegeben hat, sein Ausfüllungsrecht ausgeübt und verbraucht zu haben. Bis zur Übertragung auf einen Dritten kann der Blankettnehmer sein schon teilweise oder ganz ausgefülltes Blankett noch ändern und verändern. Es ist nämlich nicht einzusehen, warum der Nehmer nicht berechtigt sein soll, das zunächst abredewidrig ausgefüllte Blankett, in das er möglicherweise eine höhere Wechselsumme eingesetzt hat, richtig zu stellen, um den Inhalt des Wechsels mit den tatsächlichen Abmachungen wieder in Einklang zu bringen. Es läßt sich sogar die Meinung vertreten, daß der Blankettnehmer verpflichtet ist, sein anfänglich unrechtmäßiges Handeln (abredewidrige Ausfüllung) durch eine vereinbarungsgemäße Ausfüllung wieder gutzumachen. Hat hingegen der Blankettausfüller ein geringere Summe als verabredet eingetragen — was ebenfalls eine abredewidrige Ausfüllung ist — so muß ihm auch dann das Recht zur Änderung eingeräumt werden, da er ja berechtigt ist, den Blankettgeber in größerem Ausmaße zu verpflichten. Man darf also nicht einseitig auf den Zeitpunkt der ersten Ausfüllung abstellen, sondern auf den Augenblick, in dem die Wechselurkunde in die Außenwelt tritt ¹³⁴⁾ „Ändert der Ausfüllungsberechtigte die von ihm vorgenommene Ergänzung, setzt er etwas hinzu oder streicht er etwas bevor das Papier zur Annahme oder Zahlung vorgelegt oder sonst in den Verkehr gelangt, so gilt Art. 10 WG, überschreitet er dabei seine Ausfüllungsbefugnisse, so kann das einem gutgläubigen Erwerber nicht entgegengesetzt werden ¹³⁵⁾.“

Der Blankettnehmer kann also bis zur Weitergabe des vervollständigten Wechsels durchaus Änderungen vornehmen, ohne daß eine solche Veränderung als Fälschung zu bewerten ist. Sobald aber der Wechsel in den Verkehr gelangt ist, ist eine eventuelle Änderung des Wechselinhalts auf jeden Fall Wechselfälschung mit all den in Art. 69 WG angeführten Folgen ¹³⁶⁾ ¹³⁷⁾.

§ 5

Die Ausfüllung im Konkurs

Nachdem im Vorhergehenden die Ausfüllung durch den ersten Nehmer, durch befugte und unbefugte Dritte durchgesprochen worden ist, soll im Folgenden dargelegt werden, welchen Einfluß der Konkurs auf das Bestehen des Ausfüllungsrechts hat und wer in einem solchen Fall ausfüllungsberechtigt ist.

134) u. 135) Schumann Fälschung S. 107/108.

136) so: Herzberg Diss. S. 109, Stranz-Stranz Art. 10 Anm. 5, Bernstein S. 64.

137) Ob die nachträgliche Änderung strafbar ist siehe RGST 4/412.

I. Das Ausfüllungsrecht im Konkurs des Blankettgebers

Fällt der Blankettgeber in Konkurs, bevor der Blankettnehmer den Wechsel vervollständigt hat, dann entsteht damit die Frage, ob der Blankettempfänger jetzt noch zur Ausfüllung berechtigt ist.

Über diese Frage ist schon oft und ausführlich geschrieben worden, so daß es dem Verfasser dieser Arbeit nicht ansteht, nochmals alle Meinungen und Ausführungen darzulegen. Erwähnt sei nur noch, daß man den Fortbestand des Ausfüllungsrechtes im Konkurs des Blankettgebers nicht einfach mit der lakonischen Feststellung bejahen darf, daß schon durch die Hingabe des Blanketts die Wechselobligation entstehe¹³⁸⁾. Die Wechselverpflichtung als solche kann erst perfekt sein, wenn alle Erfordernisse eines gültigen Wechsels vorhanden sind. Die Hingabe des Blanketts begründet nicht die Wechselschuld, wohl entsteht dadurch bereits eine gewisse Bindung des Blankettgebers, da das Ausfüllungsrecht in der Regel unwiderruflich erteilt wird. Wechselmäßig verpflichtet ist der Blankettaussteller jedoch erst im Augenblick der Vervollständigung des Blanketts.

Bis auf Hellmann¹³⁹⁾ der das Ausfüllungsrecht während des Konkurses des Blankettgebers nicht anerkennt, vertreten alle anderen namhaften Autoren¹⁴⁰⁾ die Ansicht, daß der Konkurs des Gebers keinen Einfluß auf das Recht des Ausfüllungsberechtigten haben kann und daß der Ausfüllungsberechtigte am Konkurs beteiligt ist. Über die Begründung für diese Meinung ist ein lebhafter Streit ausgebrochen, der immer neue Lösungsversuche gebracht hat, ohne endgültig die Sachlage geklärt zu haben. Es kann im einzelnen auf diese Arbeiten verwiesen werden¹⁴¹⁾, so daß es überflüssig erscheint, nochmals dazu Stellung zu nehmen. Festzuhalten ist jedenfalls daran, daß auch im Konkurs der Blankettnehmer zum Ausfüllen eines Blankowechsels berechtigt ist.

II. Das Ausfüllungsrecht im Konkurs des Ausfüllungsberechtigten

Besondere Fragen tauchen im Falle des Konkurses des Ausfüllungsberechtigten auf. Fällt dann das Ausfüllungsrecht zur Konkursmasse? Wem steht das Ausfüllungsrecht zu? Zur Konkursmasse gehört das gesamte, einer Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen des Gemeinschuldners, welches ihm zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens gehört, § 1 KO. Pfändbar ist das gesamte Vermögen des Schuldners, sofern nicht durch Gesetz einzelne Vermögensgegenstände für unpfändbar erklärt sind. Beim Ausfüllungsrecht handelt es sich nicht um eine Forderung oder um ein Gestaltungsrecht im Sinne Seckels, das der Pfändung unterliegen könnte, sondern um ein Recht ganz

138) Rilk Komm. Art. 10, II, 6. Staub-Stranz Art. 10 Anm. 7.

139) Hellmann S. 211.

140) Jaeger KO § 1 Anm. 1, Mentzel-Kühn KO § 1 Anm. 52, Oetker S. 152 f, Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 1 D, Staub-Stranz Art. 10 Anm. 7 RG 58/164.

141) Siegel LZ 1909 S. 531, des. Blanketterklärung S. 62, Rilk Diss. S. 62, Bornemann Diss. S. 41.

besonderer Prägung. Es hat einen vermögensrechtlichen Charakter ¹⁴²⁾, da der Ausfüllungsberechtigte durch die Ausfüllung eine Wechsel- (Geld-) Forderung schaffen kann. Dieses Recht muß auch pfändbar sein. Für eine Unpfändbarkeit sprechen keine stichhaltigen Gründe. Darüberhinaus deutet die Übertragbarkeit des Ausfüllungsrechtes auf die Pfändbarkeit hin. Abtretbare Rechte sind grundsätzlich auch pfändbar (Vgl. § 399 BGB, § 851 ZPO). Deshalb ist anzunehmen und zu folgern, daß das Ausfüllungsrecht vom Konkursverfahren umfaßt wird.

Durch die Eröffnung des Konkurses bleibt der Schuldner zwar Inhaber seines Vermögens, er verliert auch nicht seine Rechts- und Geschäftsfähigkeit, aber er verliert die Befugnis, sein Vermögen, soweit es zur Konkursmasse gehört, zu verwalten und darüber zu verfügen, § 6 KO. Der Gemeinschaftschuldner hat also nach Konkurseröffnung auch nicht mehr das Recht, ein ihm gehöriges Wechselblankett zu vervollständigen. Dieses Recht geht auf den Konkursverwalter über, der aber nicht Inhaber des Ausfüllungsrechtes wird, sondern nur das Blankett fertigstellen darf. Zwar wurden vereinzelt Stimmen laut ¹⁴³⁾, die dem Gemeinschaftschuldner im Konkursfalle das Ausfüllungsrecht belassen wollten; daneben sollte auch der Konkursverwalter das Recht zur Vervollständigung haben. Doch sind diese Ansichten ohne stichhaltige Gründe vorgetragen. Sie würden im Konkurs zu einem Durcheinander führen und verstoßen gegen grundsätzliche Bestimmungen der Konkursordnung, durch die dem Schuldner das Verwaltungsrecht entzogen ist.

Füllt der Konkursverwalter den Blankowechsel aus, so hat er die Bezeichnung „als Konkursverwalter“ oder einen ähnlichen seine Stellung als Vertreter kraft Amtes andeutenden Zusatz hinzuzufügen ¹⁴⁴⁾. Aus dem Wechsel muß klar und deutlich hervorgehen, daß er die Wechselsumme nicht für sich in Anspruch nehmen, sondern für die Konkursmasse verwerten will.

§ 6

Das Ausfüllungsrecht im Falle des Todes des Ausfüllungsberechtigten

Ebensowenig wie der Konkurs des Ausfüllungsberechtigten den Bestand des Ausfüllungsrechtes berührt, hat auch der Tod des Blankettnehmers einen Einfluß auf den Fortbestand der Ausfüllungsbefugnis. Das Recht, ein Blankett zu vervollständigen, geht mit dem Todesfall auf die Erben über, § 1922 BGB. Wie wir gesehen haben ist das Ausfüllungsrecht nicht höchstpersönlicher Natur, so daß es durchaus vererblich ist. Ist ein Einzelerbe vorhanden, so tritt dieser allein in die Stellung des Erblassers ein. Bei mehreren Erben ist nur die Erbgemeinschaft als solche berechtigt, den Wechsel zu vervollständigen.

142) Mansfeld LZ 1909 S. 177 f.

143) Latz Diss. S. 41, Sulzbach Diss. S. 39 f.

144) Jaeger KO § 1 Anm. 16, a. A. Rilk Komm. Art. 10 Teil II, 6.

Nach der Ausfüllung ist die Erbengemeinschaft Wechselgläubigerin geworden.

Stirbt vor Ausfüllung des Blankowechsels der Blankettgeber, so erlischt das Ausfüllungsrecht des Blankettnehmers nicht. Schon die Vertreter der Vollmachttheorie vertraten diesen Standpunkt, obwohl durchaus streitig ist, ob der Tod des Vollmachtgebers Erlöschungsgrund für die Vollmacht ist¹⁴⁵⁾. Es sprechen jedoch keine Gründe gegen die Annahme, daß auch im Falle des Todes des Blankettgebers das Ausfüllungsrecht des Blankettnehmers unberührt bleibt.

3. ABSCHNITT:

Andere rechtliche Möglichkeiten des Blankettgebers

§ 1

Weshalb andere Möglichkeiten?

Als durch das Wechselgesetz vom 21. Juni 1933 auch der Blankowechsel seine gesetzliche Anerkennung fand und damit zunächst die in Wissenschaft und Rechtsprechung viel erörterte Frage nach der Zulässigkeit von Blankounterschriften für das deutsche Rechtsgebiet beantwortet zu sein schien, war man tatsächlich der Lösung des Problems über die Behandlung von Wechselblanketten ein erhebliches Stück näher gekommen. Dennoch konnte man in keiner Weise sagen, alle strittigen Fragen durch Art. 10 WG beseitigt zu haben. Vielmehr wurde die Diskussion über dieses Rechtsinstitut niemals ganz beendet. Und das mit Recht!

Das Wechselgesetz enthält keine erschöpfende Vorschrift über den Blankowechsel, sondern regelt nur eine für ihn besonders wichtige Frage: den Einwand abredewidriger Ausfüllung gegenüber einem späteren Inhaber. Art. 10 WG gibt eine Sonderregelung¹⁴⁶⁾ der im übrigen nach Art. 16 WG zu beantwortenden Frage, welche Einwendungen dem Erwerber eines Wechsels entgegengehalten werden können¹⁴⁷⁾. Er gibt aber keine Auskunft darüber, welche Rechtsmöglichkeiten der Blankettgeber hat, wenn sein Vertrauen in den Blankettnehmer verletzt worden ist und welche Möglichkeiten er hat, um die Folgen einer abredewidrigen Ausfüllung zu beseitigen. Dieses zu erörtern ist schon deshalb wichtig, weil der Vertrauensbruch des Blankettnehmers den Blankettgeber in eine denkbar ungünstige Rechtsstellung bringen kann und dieser nicht allein auf die ihm durch Art. 10 WG gegebene Einrede beschränkt sein darf. Vor allen Dingen sind Erörterungen, die über Art. 10 hinausgehen, deshalb angebracht, weil Art. 10 lediglich die Rechtsstellung des Blankettgebers gegenüber

145) vgl. Palandt-Dankelmann § 168 Anm. 1.

146) Über die Frage, ob Art. 10 Sonderregelung oder unbeabsichtigte Doppelregelung ist, siehe Stanzl: S. 60.

147) Stranz-Stranz Art. 10/1.

Dritterwerbern regelt und nichts über das Verhältnis zwischen dem Geber und den ersten Nehmer aussagt.

Art. 10 WG zwingt also durch seine unvollkommene Regelung zu näheren Betrachtungen auf diesem Gebiet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Genfer Wechselrechtsabkommen eine möglichst weitgehende Rechtseinheit erstrebten und daß sich daraus Einschränkungen bei der Auslegung des Wechselgesetzes ergeben¹⁴⁸⁾. Die unmittelbare Anwendung anderer Gesetze ist damit aber nicht ausgeschlossen, sondern lediglich eingeschränkt. Das Wechselgesetz als solches ist ohne Hinzuziehung der Normen des allgemeinen bürgerlichen Rechtes nur unvollkommen wirksam, zumal es auf die Regeln des betreffenden Landes verweist¹⁴⁹⁾. Es muß jedoch bei den Überlegungen nach der Anwendbarkeit anderer Rechtssätze jeweils geprüft werden, ob gerade dieses Rechtsinstitut auf das Wechselgesetz übertragbar ist. Es soll im Folgenden eingehend erörtert werden, ob in der abredewidrigen Ausfüllung eines Blankowechsels eine Vollmachtüberschreitung oder eine Verletzung der Ermächtigung zu sehen ist. Weiter soll erörtert werden, ob der Blankettgeber seine Blanketterklärung, die durch die Handlung des Nehmers wirksam gemacht ist, anfechten kann, wenn nach außen erkennbar eine andere Erklärung abgegeben worden ist, als er in Wirklichkeit beabsichtigt hatte. Daran schließen sich Überlegungen über die Möglichkeiten einer Rückforderung des dem Blankettnehmer ausgehändigten, von diesem aber abredewidrig ausgefüllten Blanketts.

§ 2

Liegt in der abredewidrigen Ausfüllung eines Blanketts eine Vollmachtüberschreitung oder ist sie eine Verletzung einer Ermächtigung?

Die Beantwortung dieser Frage setzt kurze Erörterungen über das Wesen der Blanketthingabe voraus, da noch immer streitig ist, wie die Blanketthingabe zu erklären und unter welche gesetzliche Bezeichnung zu fassen ist.

I. Überblick über die vielen älteren Theorien

Seitdem in der Rechtspraxis das Problem der Blanketthingabe aufgetaucht ist, haben viele Autoren und hohe und höchste Gerichte versucht, die rechtliche Natur der Blankette zu erklären und speziell die Blanketthingabe unter einen vom Gesetz anerkannten Ausdruck zu fassen. Es kann sich im Rahmen dieser Arbeit erübrigen, im einzelnen auf die vielen älteren Theorien einzugehen, die im Laufe der Zeit aufgestellt worden sind. Sie seien deshalb nur kurz der Vollständigkeit halber erwähnt:

Das Reichsoberhandelsgericht¹⁵⁰⁾ und später das Reichsgericht¹⁵¹⁾ vertraten die Ansicht, die Hingabe eines Blanketts sei als Vorver-

148) Schumann HR II S. 335.

149) vgl. Art. 91, 92, 93 Abs. 2 WO.

150) ROHG 21/327, 14/59, 13/299, 27/55.

151) RG 2/90, 3/61, 8/58, 11/5, 28/63, ebenso Herzberg Diss. S. 66.

trag zu einem endgültigen durch die Ausfüllung zustande kommenden Wechselbegebungsvertrag zu betrachten.

Einige Schriftsteller ¹⁵²⁾ hingegen sahen in der Blankettübergabe eine Offerte auf Abschluß eines Wechselvertrages, die durch die Vervollständigung der Blankourkunde angenommen würde. Demgegenüber wurde von namhaften Autoren ¹⁵³⁾ die Meinung vertreten, der Blankoskripturakt erzeuge eine von der Potestativbedingung nachträglicher Fertigstellung abhängige Wechselverpflichtung.

Außerdem wurde noch die sogenannte Eigentumstheorie vertreten ¹⁵⁴⁾. Zu all diesen Theorien ist schon oft und ausführlich Stellung genommen worden, so daß es sich erübrigt, nochmals ihre Gründe und Gegengründe darzulegen ¹⁵⁵⁾.

Allerdings muß zur Vollmacht- und Ermächtigungstheorie eingehend Stellung genommen werden. Denn die Unterscheidung von Vollmacht und Ermächtigung ist in unserem Falle nicht eine Frage „von untergeordneter Bedeutung ¹⁵⁶⁾“, sondern für die weitere Behandlung der gestellten Aufgaben von Wichtigkeit, da die Unterscheidung dieser beiden Begriffe verschiedene Rechtsfolgen zeitigen kann. Während die „Vollmacht“ im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt ist, ist die „Ermächtigung“ im BGB nicht ausdrücklich erwähnt, sondern nur in einzelnen Bestimmungen angedeutet. Daraus ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Betrachtungen.

II. Die Vollmachttheorie

Ganz besonders hat sich Siegel in seinen Schriften ¹⁵⁷⁾ für die Vollmachttheorie eingesetzt und sie eingehend zu begründen versucht.

Seine Darlegungen basieren auf der Auffassung, daß der Ausfüllende zunächst eine Erklärung des Gebers „perfiziert“, daß also der Ausfüllungsberechtigte für den Geber tätig wird und durch seine Handlung den Blankettzeichner verpflichtet. „Der Ausfüllende kann (also) eine Willenserklärung des Ausstellers ins Leben rufen, er verwandelt die bis dahin noch bedeutungslose Unterschrift in ein Konventionalzeichen, woraus der Schluß auf den Willen gezogen wird. Derjenige, auf dessen Willen aus der Erklärung der Schluß gezogen wird, ist der Aussteller. Für ihn tritt die Bindung ein. Abgegeben wird diese Erklärung von dem Ausfüllenden, er ist derjenige, der als Erklärer tätig wird, aber ohne daß aus der Ausfüllung in seiner Person Rechte oder Pflichten entstehen ¹⁵⁸⁾“ Subjekt der Erklärung sei jedoch der Aussteller, für den folglich auch die Bindung eintreten müsse. Der Ausfüllende handle also so, daß die Rechtswirkungen des Geschäftes in

152) Mansfeld LZ 1909/177, Haußmann ZHR 73/205 f.

153) Grünhut WR I S. 445, H. O. Lehmann S. 406, wohl auch Langheineken S. 82.

154) Oertzen Arch. f. bürgerl. Recht, 33/135 ff.

155) Siehe dazu: Jacobi 1954 S. 112 ff, Siegel Blanketterklärung S. 6 ff und LZ S. 531 ff.

156) wie Voß, S. 427, anzunehmen glaubt.

157) Siegel: Blanketterklärung und in LZ 1909/531.

158) Siegel Blanketterklärung S. 18 f.

der Person eines anderen eintreten. Es sei „ein Handeln auf den anderen“. Dies sei Vollmacht.

Die Bedenken, daß zum Begriff der Vollmacht das Handeln in fremdem Namen erforderlich sei, sucht er mit einer Definition von Schloßmann¹⁵⁹⁾ zu zerstreuen, die lautet: „Kontrahieren im fremden Namen bezeichnet Kontrahieren unter der Vereinbarung, daß die Wirkungen nicht den Vertreter treffen sollen“. Siegel meint nun, diese Definition treffe für die Ausfüllung von Blanketten zu, denn normalerweise sollte derjenige aus der Urkunde haften, der sie geschrieben habe. Doch ein Tatbestandsmoment (nämlich die Unterschrift des Ausstellers) ließe die obligierende Wirkung des Schriftstückes nicht in der Person des Ausfüllenden, sondern in der des Ausstellers zur Entstehung gelangen. Der Ausfüllende handle demnach nicht im eigenen Namen, sondern im fremden Namen¹⁶⁰⁾.

Den gleichen Standpunkt vertreten Voß¹⁶¹⁾, Hacmann¹⁶²⁾ und ebenso Voigtländer-Tetzner¹⁶³⁾ mit mehr oder weniger variierenden Begründungen, ohne dabei aber gewisse Widersprüche beseitigt zu haben¹⁶⁴⁾. Die Vollmachttheorie hat sich lange behaupten können, bis man schließlich durch einen neuen Ausdruck dem Problem näher gekommen zu sein glaubte, indem man die Blanketthingabe unter diesen neu aufgetauchten Begriff subsumierte. Dieser neue Ausdruck war die „Ermächtigung“.

III. Die Ermächtigungstheorie

Diese Theorie sieht in dem Handeln des Ausfüllungsberechtigten ein Handeln in eigenem Namen, das folglich nicht Vollmacht im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches sein könne.

Dieses Handeln im eigenen Namen sei vielmehr Ermächtigung. Dabei war in der Wissenschaft keineswegs eindeutig klar, was eigentlich unter „Ermächtigung“ zu verstehen sei: So wurde zunächst die Ermächtigung als ein übergeordneter Begriff für Vollmacht, Zustimmung und Einwilligung angesehen. Andererseits sah man in der Ermächtigung einen Gegensatz zur Vollmacht, wobei die Vollmacht auf die Fälle des Handelns im fremden Namen beschränkt sei, während die Ermächtigung das Handeln im eigenen Namen und aus eigenem Recht umfasse¹⁶⁵⁾. Diese letztgenannte Auffassung hat sich im Laufe der letzten Jahre auch in der Praxis durchgesetzt, denn auch das Reichsgericht¹⁶⁶⁾ erwähnt die Ermächtigung und meint dabei zweifellos die soeben angeführte Bedeutung.

159) Schloßmann Stellvertr. I S. 135 ff/170.

160) Siegel Blanketterklärung S. 20.

161) Voß, S. 423.

162) Hacman, S. 103.

163) Voigtländer-Tetzner, Diss. S. 20 f.

164) Siehe darüber unten S. 73 ff.

165) Ludewig S. 2, Krückmann Festgabe S. 79 f, Enneccerus-Nipperdey § 204 I Anm. 4. Siehe auch Krückmann AcP 137/167, der überall dort Ermächtigung annehmen will, wo das subjektive Recht versagt (S. 169).

166) RG 108/340, 136/207.

Ohne nähere Erklärung haben viele Kommentare und Lehrbücher zum Wechselgesetz und bereits zur Wechselordnung diese Meinung übernommen und sprechen beim Ausfüllungsrecht von Ermächtigung oder sagen, daß der Ausfüllungsberechtigte „ermächtigt“ sei ¹⁶⁷⁾. Nach ihrer Diktion handelt der Ausfüllungsberechtigte im eigenen Namen und aus eigenem Recht, wenn er das Blankett für den Blankettgeber vervollständigt.

IV. Eigener Standpunkt

Bei genauer Betrachtung, die davon ausgehen muß, daß der Ausfüllende eine Willenserklärung des Blankettgebers „perfiziert“, wird man zu dem Ergebnis kommen, daß in der Blanketthingabe weder eine Vollmacht noch eine Ermächtigung gesehen werden kann, obwohl von beiden Begriffen mehr oder weniger Kriterien vorhanden sind. Will man die Vollmachttheorie genau analysieren, so ist zunächst von dem gesetzlichen Begriff der Vollmacht auszugehen.

Vollmacht ist „die durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht“ (§ 166 Abs. 2 BGB). Sie gibt dem Vertreter die Macht, den Vollmachtgeber durch Rechtsgeschäfte, die in seinem (des Vollmachtgebers) Namen abgeschlossen werden, unmittelbar zu berechtigen und zu verpflichten ¹⁶⁸⁾.

Es ist der Vollmachttheorie zuzugeben, daß der Ausfüllende durch seine Handlung den Blankettgeber wechselfähig verpflichtet, da erst im Augenblick der Vervollständigung des Wechsels die Haftung des Blankettgebers endgültig wird. Aber wie bereits ausführlich dargelegt wurde, wird der Blankettnehmer nicht rechtsgeschäftlich tätig, wie es zum Begriff der Vollmacht erforderlich ist. Er nimmt eine Handlung vor, die mit der Tätigkeit eines Boten vergleichbar ist. Es handelt sich also im Falle der Blankettausfüllung nicht um rechtsgeschäftliche Vertretung, nämlich deshalb nicht, weil ein „Vertreter“ nach § 164 BGB eine Willenserklärung namens des Vertretenen abzugeben hat, während die ausgefüllte Urkunde, weil sie die Unterschrift des Gebers trägt, eine Willenserklärung nicht des Ausfüllenden, sondern des Unterschreibenden verkörpert ¹⁶⁹⁾. Zwar hat der Ausfüllende einen größeren Rahmen für seine Handlungen als der Bote, da er möglicherweise sogar den Remittenten auszuwählen berechtigt ist, doch kann das nichts an der Tatsache ändern, daß er selbst keine eigene Willenserklärung abgibt, also nicht rechtsgeschäftlich handelt. Es fehlt demnach schon an der mindesten Voraussetzung für die Annahme einer Vollmacht.

Dies haben anscheinend auch die Vertreter der Ermächtigungstheorie nicht erkannt, denn in den Versuchen zur Ablehnung der Vollmacht-

167) Baumbach-Hefermehl Art. 10 Anm. 1 B, Staub-Stranz Art. 10 Anm. 4, Ulmer S. 197, Quassowski-Albrecht Art. 10 Anm. 5, Stranz-Stranz Art. 10 Anm. 2, Schumann Fälschung S. 98, Haußmann Gruch 48/297, Jacobi 1954, S. 480 ff.

168) H. Lehmann S. 297.

169) v. Tuhr Unwiderrüfl. Vollmacht S. 93.

theorie wird auf diesen Widerspruch nicht hingewiesen. Sie wollen die Vollmachttheorie deswegen ablehnen, weil sie glauben, der Ausfüllende „handle im eigenen Namen“ und das könne unmöglich Vollmacht sein. Dieses Handeln im eigenen Namen sei nur unter den Begriff der Ermächtigung zu fassen.

Hätte man bei diesen Überlegungen das Wesen der Handlungen bei Ausfüllung des Blanketts stärker berücksichtigt, dann wäre sofort aufgefallen, daß auch diese Theorie nicht haltbar ist. Allein darauf abzustellen, in wessen Namen der Ausfüllende tätig wird, kann nicht genügen. Zum nun wohl als herrschend zu bezeichnenden und von der Wissenschaft und der Praxis überwiegend anerkannten Begriff der Ermächtigung gehört – ebenso wie zum Begriff der Vollmacht – ein rechtsgeschäftliches Handeln. Unter Ermächtigung versteht man heute die Erteilung der Macht, im eigenen Namen auf einen fremden Rechtskreis durch *Rechtsgeschäft* einzuwirken¹⁷⁰⁾. Dieser sog. engere (technische) Begriff hat sich im allgemeinen durchgesetzt¹⁷¹⁾. Daß rein tatsächliches Einwirken auf einen fremden Rechtskreis aus dem Begriff der Ermächtigung auszuschneiden habe, betont ausdrücklich Ludewig¹⁷²⁾, der die allein gebliebene Ansicht von Regelsberger¹⁷³⁾ verwirft, der auch tatsächlich Eingriffe in fremdes Recht als Ermächtigung betrachtete.

Außerdem scheint die These, daß der Ausfüllende im eigenen Namen tätig wird, gar nicht so stichhaltig, wie allgemein angenommen wird. Handeln im eigenen Namen bedeutet, daß der Erklärende als solcher in Erscheinung tritt. Nach außen muß erkennbar sein, wenn der Erklärende nicht für sich selbst und nicht für einen anderen (als Stellvertreter) tätig sein will. Bei der Ausfüllung eines Blankowechsels ist

170) H. Lehmann Alg. Teil S. 313.

171) Ludewig S. 2, Köhler S. 1, Hupka Stellvertretung S. 21.

172) Ludewig S. 3.

173) Regelsberger Pandekten I § 163. Wollte man dieser Ansicht von Regelsberger folgen und den weiteren Ermächtigungsbegriff für den Blankowechsel anerkennen, weil der Ausfüllende durch seine Handlung wirklich real tätig wird, so müßte man fragen, um was es sich bei der Blanketthingabe handelt, welche Art der Ermächtigung vorliegen soll: Es werden drei Fälle der Ermächtigung unterschieden: die Verfügungs-ermächtigung, die Einziehungsermächtigung und die Verpflichtungsermächtigung. Die beiden ersten Möglichkeiten haben für unseren Fall von vornherein unberücksichtigt zu bleiben, denn der Ausfüllende soll weder eine Verfügung noch eine Einziehung vornehmen. Es bliebe also nur die dritte Möglichkeit, die Verpflichtungsermächtigung, da der Blankettnehmer durch die erfolgte Ausfüllung den Blankettgeber zu verpflichten imstande ist. Von der herrschenden Meinung wird jedoch die Verpflichtungsermächtigung nicht anerkannt, denn das Recht, durch ein im eigenen Namen vorzunehmendes Rechtsgeschäft den Ermächtigenden zu verpflichten, würde dem Offenheitsgrundsatz des § 164 BGB widersprechen. Doch erübrigen sich diese Überlegungen beim engeren Ermächtigungsbegriff, dem der Vorzug zu geben ist (vgl. Enneccerus-Nipperdey § 204 3 b, H. Lehmann S. 313, Krückmann RG Festgabe S. 81, Köhler S. 20, demgegenüber anderer Ansicht: Ludewig S. 72, neuerdings auch Bettermann JZ 51/321, vgl. auch RG 80/395).

aber gewöhnlich nicht zu erkennen, wer das Blankett vervollständigt hat, weil man es dem fertigen Wechsel oft nicht ansehen kann, daß er als Blankett begeben worden ist. Vielmehr wird angenommen, daß der Unterzeichner (Akzeptant oder Aussteller) die erforderlichen Bestandteile selbst eingefügt hat, zumal das der gewöhnliche Gang bis zur Schaffung einer Wechselobligation ist.

Das Handeln im eigenen Namen mag vielleicht bei der Blankobürgschaft und bei der Blankozession erkennbar sein, weil dort der Zessionar oder der Hauptschuldner aus der Bürgschaft den Sachverhalt kennt. Beim Blankowechsel hingegen tritt der Ausfüllende nicht in Erscheinung.

Ferner ist noch zu beachten, daß die rechtsgeschäftliche Erklärung, die ein Ermächtigter (oder auch ein Bevollmächtigter) abgibt, einem Dritten gegenüber notwendigerweise erklärt werden muß. Die Ausfüllung eines Blankowechsels geschieht aber in den meisten Fällen ohne Beteiligung eines Dritten. Dabei ist eine solche Wechselerklärung auch nicht ohne weiteres als eine Erklärung an die Allgemeinheit zu betrachten. Ohne Adressat kann von einer abgegebenen Willenserklärung jedoch nicht gesprochen werden ¹⁷⁴⁾.

All diese Überlegungen führen zu dem Ergebnis, daß weder der Vollmachttheorie noch der Ermächtigungstheorie zu folgen ist. Es wäre ratsam, daß der anscheinend inhaltleere Satz: „Bei der Ausfüllung eines Blankowechsels handelt es sich um eine Ermächtigung“, in den Kommentaren und Lehrbüchern nochmals intensiv geprüft würde, da er – wie dargelegt – nach der hier vertretenen Auffassung vom Wesen der Ausfüllungshandlung nicht richtig sein kann.

Nach Ablehnung all dieser aufgezählten Theorien ist nicht beabsichtigt, zusätzlich eine neue Theorie aufzustellen. Die Hingabe eines Blankowechsels ist etwas Besonderes, was nicht unter dem Begriff der Offerte, des Vorvertrages, der Vollmacht oder der Ermächtigung etc. zu fassen ist. Für eine Blankounterschrift fehlt bislang eine gesetzliche Regelung. Das Charakteristikum der Blankohingabe ist darin zu sehen, daß der Blankettgeber mit der Übergabe des leergelassenen, nur seine Unterschrift enthaltenden Papiere dem Nehmer das Recht einräumt, durch seine Handlung (Vervollständigung des Wechsels) ihn wechselmäßig zu verpflichten. Dieses Recht wird durch eine botenähnliche Tätigkeit ausgeübt, ohne daß aber der Ausfüllende Bote im Sinne des § 120 BGB zu sein braucht.

An diese Darlegung über die Rechtsnatur der Hingabe von Wechselblanketten knüpft sich die Folge, daß die abredewidrige Ausfüllung von Blankowechseln nicht als Verletzung der „Ermächtigung“ oder als Vollmachtüberschreitung zu betrachten ist.

174) Daß in der Blanketthingabe keine Ermächtigung zu sehen ist, haben zuerst: Müller Diss. S. 36 und Wächter Diss. S. 33 für Blankette des bürgerlichen Gesetzbuches erwähnt.

Möglichkeiten der Anfechtung

Will jemand einem anderen das Recht einräumen, ein von ihm gezeichnetes Wechselblankett zu vervollständigen und einen verabredeten Inhalt zu geben, so geschieht das in der Regel durch Hingabe des Blanketts. Wie schon oben dargelegt¹⁷⁵⁾, ist in der Übergabe des Blankowechsels die Eigentumsübertragung zu sehen. Die Blankett-hingabe ist jedoch noch nicht die fertige Wechselerklärung, aus der jemand verpflichtet wird. Die Übereignung des Papiers schafft zwar für den Blankettgeber eine Bindung, da er grundsätzlich das einmal erteilte Ausfüllungsrecht nicht widerrufen und folglich das Blankett auch nicht wieder zurückfordern kann. Die Erklärung, aus dem Wechsel in der angegebenen Höhe und an dem angegebenen Tage zahlen zu wollen, wird endgültig erst durch die Handlung des Blankettnehmers festgelegt. Vorher kann von einer wechselrechtlichen Erklärung noch nicht gesprochen werden. Es sind daher zwei verschiedene Zeitpunkte auseinanderzuhalten: Zunächst der Zeitpunkt der Hingabe des Blanketts und dann der Augenblick der Ausfüllung durch den Blankettnehmer. Spielen bei jeder dieser beiden Vorgänge Willensmängel mit, so knüpfen sich daran möglicherweise unterschiedliche Folgen. Beide Fälle müssen folglich getrennt betrachtet werden.

I. Anfechtung der Blanketthingabe

Die Blanketthingabe ist die Verschaffung des Ausfüllungsrechtes und zugleich Übereignung des Wechselpapieres. Bei diesem Vorgang können Willensmängel eine Rolle spielen. So ist es möglich, daß sich der Blankettgeber in einem Irrtum befunden hat oder von dem Blankettnehmer durch arglistige Täuschung oder Drohung zur Verschaffung des Ausfüllungsrechtes und zur Aushändigung des Blankowechsels bestimmt worden ist. Ein Irrtum kann z. B. auch darin liegen, daß der Blankettgeber sich über eine wesentliche Eigenschaft der Person des Erklärungsgegners geirrt hat, oder daß er eine Übereignung gar nicht gewollt hat. In solchen Fällen ist eine Anfechtung möglich. Voraussetzung für eine Anfechtung ist dabei die Annahme, daß der Blankoaussteller eine solche Erklärung bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde.

Hat der anfechtungsberechtigte Blankettgeber seine Erklärung d. h. die Übereignung des Papiers und zugleich die Einräumung des Ausfüllungsrechtes angefochten, so ist sie als von Anfang an nichtig anzusehen, § 142 BGB. Die Übereignung wird mit der Anfechtung nichtig und auch das Ausfüllungsrecht ist mit rückwirkender Kraft vernichtet. Daraus ergibt sich, daß der Blankettgeber nach Anfechtung der Blanketthingabe wieder Eigentümer des Blankopapieres geworden ist und daß der zunächst ausfüllungsberechtigte Blankettnehmer von dem Zeitpunkt der Anfechtung das Blankett nicht mehr vervollständigen darf. Der Geber kann demnach das Blankett zurückfordern.

175) Siehe S. 21.

Wenn jedoch der Blankettnehmer vor der Anfechtung das Blankett vervollständigt und an einen gutgläubigen Dritterwerber weitergegeben hat, dann hat die Anfechtung für dessen Erwerb keine Bedeutung. Dem gutgläubigen Inhaber kann der Blankettgeber nur solche Einreden entgegenhalten, die nach Artikel 10 WG statthaft sind.

Aber auch die Ausfüllung nach der erfolgten Anfechtung und die sich daran gewöhnlich anschließende Weitergabe an einen Gutgläubigen ist für diesen gültigen Erwerb ohne Einfluß, da die Einrede der angefochtenen d. h. nichtigen Begebung einem gutgläubigen Erwerber nicht entgegengehalten werden kann.

Eine Anfechtung der Blanketthingabe gegenüber einem Dritterwerber (entweder gutgläubig oder bösgläubig) des von dem ersten Nehmer vervollständigten Wechsels ist nicht möglich, da der Erwerber nicht Anfechtungsgegner ist. § 143 Abs. 4 bleibt unanwendbar. Der Erwerber erlangt durch die Blanketthingabe nicht unmittelbar einen rechtlichen Vorteil. Deshalb ist die Anfechtung der Blanketthingabe nur solange möglich, wie der erste Blankettnehmer das Blankett oder den bereits fertiggestellten Wechsel in Händen hält. Mit der Weitergabe an einen Dritten erlischt zwar nicht das Anfechtungsrecht dem ersten Blankettnehmer gegenüber, aber eine Anfechtung hat dann keinen Einfluß mehr auf den gutgläubigen Erwerb eines Dritten. Außerdem ist eine Anfechtung dem Dritten gegenüber unstatthaft.

II. Möglichkeit der Anfechtung der Blanketterklärung

Es sind – wie bereits angedeutet – der Zeitpunkt der Blanketthingabe und der Zeitpunkt der Ausfüllung scharf auseinanderzuhalten. Die Blanketthingabe bedeutet lediglich die Übertragung des Ausfüllungsrechtes und damit verbunden die Übereignung des Blankoformulars. Eine Wechselverbindlichkeit ist damit noch nicht entstanden¹⁷⁶⁾. Es fehlt noch an der unbedingten Voraussetzung der Vervollständigung des Wechsels. Die Ausstellung des Blanketts und die Übergabe an den Blankettnehmer ist zwar ein wechselrechtlicher Akt, durch sie wird nicht „bloß ein Teil der zu einem wechselrechtlichen Akt nötigen Form vollzogen, sondern bereits die Erklärung abgegeben, daß der Zeichner nach der Ermächtigung entsprechenden Ausfüllung wechselrechtlich haften will“¹⁷⁷⁾. Diese Erklärung ist unbestimmt aber bestimmbar. Die Ausstellung führt für sich noch keine wechselmäßige Verpflichtung herbei, aber das tut sie später, nämlich in Verbindung mit der nachfolgenden Ausfüllung. Die Wechselerklärung, d. i. die Erklärung aus dem Wechsel in bestimmter Höhe und an einem bestimmten Tage zur Zahlung aus dem Wechsel verpflichtet zu sein, wird erst mit der Fertigstellung des Wechsels endgültig und damit verpflichtend. Diese Erklärung des Ausstellers wird durch die Handlung des Ausfüllenden perfekt. Füllt der erste Nehmer der Abrede entsprechend

176) Rilk Komm. S. 52, Siegel AcP 111/114, dslb. Blanketterklärung S. 30, demgegenüber: v. Cämmerer S. 65 Nr. 3.

177) Jacobi 1954 S. 482, Bernstein JW 30/3752 entgegen Staub-Stranz, der bereits in der Blanketthingabe die Grundlage der wechselrechtlichen Haftung sieht, Art. 10 Anm. 7, vgl. auch RG 8/57, 11/8.

aus, dann ist ein Wechsel entstanden, so wie er von dem Blankettgeber gewollt und beabsichtigt war. Bei abredewidriger Ausfüllung hingegen liegt ein Wechsel vor, dessen Inhalt mit dem Willen des Ausstellers nicht übereinstimmt. Damit taucht dann die Frage auf, ob in diesem Nichtübereinstimmen von Wille und Wechselinhalt ein Irrtum zu sehen ist, der dem Blankettgeber das Recht gibt, seine sich aus dem Wechsel ergebende Erklärung anzufechten und damit seine wechselfmäßige Haftung – wie sie aus dem Wechsel zu ersehen ist – zu beseitigen.

Bevor auf dieses spezielle Thema der Anfechtung von Blanketterklärungen beim Wechsel näher eingegangen wird, ist zunächst allgemein die Frage zu beantworten, ob überhaupt Wechselserklärungen angefochten werden können und welche Überlegungen dabei anzustellen sind.

1. Allgemein:

Die Möglichkeit der Anfechtung von Wechselserklärungen

Die Bedeutung und der Einfluß von Willensmängeln auf die wechselrechtlichen Erklärungen war von jeher sehr umstritten. Einerseits wurde die Meinung vertreten, Willensmängel könnten im Wechselrecht eine Anfechtung nicht begründen, während andererseits die Anfechtungsmöglichkeit bejaht wurde. Die letzte Meinung hat im Verlaufe der Jahre immer mehr Anhänger gefunden, so daß kaum noch andere Ansichten vertreten werden. Nur bei den Begründungen zu dieser Annahme ist man wieder verschiedener Auffassung. Das ergibt sich aus der jeweils vertretenen Theorie über die Entstehung einer Wechselverbindlichkeit. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wenn im einzelnen auf alle Möglichkeiten eingegangen würde. Es sei lediglich die anerkannte Begründung von Jacobi¹⁷⁸⁾ angeführt, daß eine Anfechtung von Wechselserklärungen deshalb zu bejahen sei, weil die Wechselserklärung eben nicht eine Erklärung an die Öffentlichkeit ist¹⁷⁹⁾. Außerdem beeinträchtigt eine Anfechtung der Wechselserklärung nicht die Beziehungen zu gutgläubigen Dritterwerbenden, da der Schuldner durch die Unterzeichnung des Wechsels einen Rechtsschein

178) Jacobi Wertpapiere S. 306 ff.

179) Die Anfechtung bejahen: Staub-Stranz Art. 17 Anm. 20, Baumbach-Hefermehl Art. 17 Anm. 6 F, Locher: Recht der Wertpapiere S. 89 ff, Schumann: Handelsrecht II/2 S. 404, Quassowski-Albrecht Art. 17 Anm. 22, Schlickum S. 70, Siegel AcP 111/110 f, Langen Kreationstheorie S. 126 ff, Gähler S. 24.

Anderer Ansicht: Wieland S. 101. Nach Ulmer (S. 48 ff) ist eine Berufung auf Willensmängel, insbesondere die Anfechtung wegen Irrtums, arglistiger Täuschung oder Drohung grundsätzlich ausgeschlossen. Der Unterzeichner könne zwar den Begebungsvertrag anfechten. Der Schriftakt als solcher bliebe aber gültig und entfalte seine Wirksamkeit, wenn der Wechsel in die Hand eines redlichen Dritten gelange. Ulmer kommt zu diesem Ergebnis auf Grund seiner variierten Kreationstheorie und seiner Meinung, daß der Verkehrsschutz im Wechselrecht einer stärkeren Berücksichtigung bedarf. Im Ergebnis ebenso: Stranz-Stranz Art. 17 Anm. 12, RGZ 14/22 ff, OLG E 32/342, Keßler Art. 17 Anm. 1 ad a., Klausung WP S. 50 f, v. Schwerin WP S. 45, Hueck WP S. 87.

gültiger Verpflichtung veranlaßt hat ¹⁸⁰⁾. Es wird auch in dieser Arbeit davon ausgegangen, daß eine Wechselerklärung trotz ihres skripturrechtlichen Charakters gleichwohl angefochten werden kann.

2. Besonders:

Die Anfechtung der Blanketterklärung

Die Möglichkeit der Anfechtung einer Wechselerklärung ist — wie dargelegt — mit der herrschenden Meinung zu bejahen. Durch die Anfechtung wird die Erklärung, aus dem Wechsel verpflichtet zu sein, als von Anfang an nichtig angesehen.

Besondere Schwierigkeiten ergeben sich aber bei der Frage nach der Anfechtungsmöglichkeit einer Wechselblanketterklärung. In der rechtswissenschaftlichen Literatur ist darüber wenig ausgeführt worden und in der Rechtsprechung kaum erwähnt ¹⁸¹⁾. Bekannt geworden sind lediglich zwei Schriften von Siegel ¹⁸²⁾ und Voß ¹⁸³⁾, die aber beide zu verschiedenen Ergebnissen kommen, obwohl beide auf dem Boden der Vollmachttheorie stehen. Weil hier im einzelnen die Grundlagen der Anfechtungsmöglichkeit untersucht werden, soll zu diesen Ansichten von Siegel und Voß Stellung genommen werden.

Bei näherer Betrachtung taucht zunächst die Frage auf, was denn eigentlich angefochten werden soll. Man spricht allgemein nur von der Anfechtung bzw. Anfechtbarkeit von Blanketterklärungen. Was darunter aber zu verstehen ist, erscheint durchaus zweifelhaft. Der Lösungsversuch muß schon hier beginnen.

Eine Interpretation des Begriffes „Anfechtbarkeit von Blanketterklärungen“ ergibt, daß die „in blanco“ gegebene Willenserklärung durch das Gestaltungsrecht der Anfechtung vernichtbar sein kann. Wird damit die Blanketthingabe oder der Begebungsvertrag oder aber beides für anfechtbar erklärt?

Wie oben ¹⁸⁴⁾ dargelegt wurde, hat man unter Blanketthingabe die Übereignung des unfertigen Wechselformulars und damit zugleich die Einräumung des Ausfüllungsrechtes zu verstehen. Die Blanketthingabe und die Blanketterklärung sind zwei ganz verschiedene Vorgänge, die zeitlich getrennt sein können. Die Blanketterklärung ist die Erklärung, aus dem später einmal vervollständigten Wechsel skripturmäßig haften zu wollen. Sie ist endgültig erst dann erklärt, wenn der Ausfüllungsberechtigte die Wechselsumme oder einen anderen wechselrechtlich wesentlichen Bestandteil in das Blankett eingefügt hat.

180) Baumbach-Hefermehl Art. 17 Anm. 6, F. A. A. Quassowski-Albrecht Art. 17 Anm. 24, Stranz-Stranz Art. 17 Anm. 22, Doppelte Lösung bei Staub-Stranz Art. 17 Anm. 41.

181) Soweit ersichtlich hat sich das RG nur einmal mit der Möglichkeit der Anfechtung einer Blanketterklärung beschäftigt RG 105/185 — HRR 1930/1719.

182) Siegel: Blanketterklärung.

183) Voß: Die Anfechtbarkeit von Blanketterklärungen, in Ihering Band 56/451 ff.

184) Siehe dazu S. 46.

Wenn man von der Anfechtung einer Wechselerklärung spricht, dann meint man in der Regel die Anfechtung des Begebungsvertrages. Dabei ist es durchaus nicht unstrittig, was eigentlich unter Begebungsvertrag verstanden werden muß. Der Ausdruck wird in doppeltem Sinne gebraucht. Man kann darunter den dinglichen Vertrag, gerichtet auf Übereignung des Wechselformulars und der in ihm verkörperten Rechte, verstehen, aber auch den schuldrechtlichen Vertrag, der zur Begründung einer Wechselverpflichtung notwendig ist¹⁸⁵⁾. Diese schon für das allgemeine Wechselrecht problematische Frage ist für das Recht des Blankowechsels von besonderer Bedeutung. Bei einem Blankowechsel liegt die dingliche Übereignung im Augenblick der Übergabe des Wechselblanketts vor, während die schuldrechtliche Verpflichtung aus dem Wechsel nicht schon mit dieser Übergabe des Blanketts entsteht, wenn auch bereits in diesem Augenblick für den Blankettgeber eine Bindung eintritt. Die wechselmäßige Haftung wird erst in dem Zeitpunkt der Vervollständigung des Blankowechsels wirksam.

Steht man auf dem Standpunkt, daß unter Begebungsvertrag der dingliche Vertrag auf Verschaffung des Eigentums an dem Wechselpapier gesehen werden muß, dann hat man zu folgern, daß bei einem Blankowechsel die Blanketthingabe der Begebungsvertrag ist, während man bei Durchführung der anderen Ansicht zu dem Schluß kommt, daß die durch den Blankettnehmer zur Wirksamkeit gebrachte Erklärung des Blankettgebers als Begebungsvertrag anzusehen ist. Es führt jedoch zu einer Wortklauberei, wollte man den Begriff des Begebungsvertrages auch hier in die Darlegungen einflechten. Es genügt, wenn man den Augenblick der Blanketthingabe von dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Wechselerklärung scharf trennt. Jedenfalls wird hier unter Begebungsvertrag nicht die Blanketthingabe verstanden, die in erster Linie Voraussetzung für die spätere Ausübung des Ausfüllungsrechtes und damit Voraussetzung für die wechselmäßige Haftung ist. Die Frage nach der Anfechtbarkeit der Blanketterklärung kann sich nur auf die Willenserklärung beziehen, die eine wechselmäßige Haftung des Blankettgebers mit und durch die Fertigstellung des als Blankett gegebenen Wechsels begründet.

Überprüft man die Wechselklärungen genauer, so darf dabei der Charakter des Wechsels als Umlaufpapier nicht aus den Augen gelassen werden. Der Wechsel ist dazu geeignet und bestimmt, von Hand zu Hand weitergegeben zu werden. Dabei ist es immer von Bedeutung, wer Inhaber des Wertpapiers ist, ob noch der erste Nehmer oder bereits andere Erwerber. Es knüpfen sich daran gewöhnlich unterschiedliche Betrachtungen. So ist auch hier zunächst der Fall zu erörtern, daß noch der erste Nehmer (Blankettnehmer), der den Wechsel endgültig hergestellt hat, im Besitz des Wechsels ist und daß die Anfechtung ihm gegenüber erklärt wird.

Füllt der Blankettnehmer das ihm vom Blankettgeber mit der Bestimmung zur Ausfüllung übergebene Blankett der Abrede zuwider

185) Baumbach-Hefermehl WPR Einf. ins WG VI 5.

mit einem anderen Inhalt aus, so entsteht dennoch der Anschein, als habe sich der Wechselschuldner in Wirklichkeit in der aus dem Wechsel ersichtlichen Weise verpflichten wollen, während er tatsächlich etwas anderes beabsichtigt hatte. Der Blankettnehmer wird bei der Ausfüllung des Blanketts als Gehilfe des Gebers tätig. Er ist aber nicht Stellvertreter, da er eine eigene Willenserklärung nicht abgeben will. Vielmehr vervollständigt er durch sein Handeln eine Willenserklärung dessen, der sich aus und durch den Wechsel wirksam verpflichten will¹⁸⁶⁾.

Nachdem durch Siegel die Möglichkeit einer Irrtumsanfechtung (nach § 119 BGB) einer Wechselserklärung befürwortet und eingehend begründet worden war, fanden und finden sich in den Kommentaren und Lehrbüchern zum Wechselgesetz die Hinweise, daß bei abredewidriger Ausfüllung eines Blanketts durch den Blankettnehmer die Erklärung wegen Irrtums oder Betruges anfechtbar sei. Man scheint sich dabei allgemein an die Konstruktion von Siegel zu halten, ohne näher auf die Richtigkeit seiner These einzugehen.

Siegel geht bei seiner Darlegung von der von ihm vertretenen Vollmachttheorie¹⁸⁷⁾ aus, indem er zu beweisen versucht, daß der Blankettnehmer in rechtsgeschäftlich erteilter Vertretungsmacht für den Blankettgeber tätig wird. Seine Theorie ist nicht zu halten, weil der Ausfüllende selbst eine Willenserklärung nicht abgeben will und auch nicht abgibt, wie es zum Begriff der Stellvertretung erforderlich ist¹⁸⁸⁾.

a) Irrtumsanfechtung gemäß § 119 BGB

Eine Anfechtung wegen Irrtums ist dann möglich, wenn der Erklärende eine Erklärung dieses Inhalts nicht abgeben wollte (Inhaltsirrtum) und anzunehmen ist, daß er sie bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben hätte. Urheber einer wechselrechtlichen Erklärung ist derjenige, der sich durch den Wechsel verpflichten wollte. Urheber einer Blanketterklärung ist der Blankettgeber, d. h. derjenige, der einen anderen mit der Ausfüllung des seinen Namen tragenden Blanketts betraut. Hat der Blankettnehmer dem Blankett einen anderen Inhalt gegeben, so stimmt diese Erklärung, die ja Erklärung des Blankettgebers ist, nicht mit dem wirklichen Willen des Gebers überein. Eine solche Erklärung hat er nicht gewollt, denn der Wille des Ausstellers (Gebers) reichte nur soweit, als er dem Nehmer das Ausfüllungsrecht erteilt hat. „Wenn bei schriftlichen Willenserklärungen die Divergenz zwischen Wille und Erklärung auf ein Verschreiben zurückzuführen ist, so findet unstreitig § 119 BGB Anwendung, nicht minder greift diese Bestimmung Platz, wo versehentlich eine Unterschrift unter einen bereits bestehenden Text gesetzt wird¹⁸⁹⁾. Was für die versehentliche Unterschrift unter einen vorhandenen Text gilt, das muß auch für Blankette gelten. Auch hier wird die Unterschrift gegeben im Hinblick auf einen

186) Siehe dazu eingehend oben 7 f.

187) Siehe oben S. 42 f.

188) vgl. RG 105/185, 138/269.

189) Plank 3. Auflage § 119 Anm. 2a.

vorgestellten Text, d. h. in der Absicht, eine bestimmte Erklärung als seinige an den Tag treten zu lassen, und wie bei der versehentlichen Unterschrift unter den vorhandenen Obertext, zeigt die zur Entstehung gelangte Erklärung eine Abweichung von der gewollten Erklärung¹⁹⁰). So erklärte Siegel die von ihm begründete Möglichkeit der Anfechtung einer Blanketterklärung wegen Irrtums.

Unverständlich erscheint bei diesen Überlegungen, warum Siegel „die Bestimmungen des § 119 BGB analog anwenden“ will und nicht direkt¹⁹¹). Die analoge Anwendung eines Rechtsatzes ist dann erforderlich, wenn eine passende gesetzliche Bestimmung nicht vorhanden ist. Wenn man jedoch sagt, daß die durch die Vervollständigung des Wechsels deutlich werdende Erklärung (z. B. aus dem Wechsel in Höhe von 500 DM verpflichtet zu sein) eine Erklärung des Wechselblankettgebers ist, und daß bei einer abredewidrigen Ausfüllung der Wille nicht mit der Erklärung übereinstimmt, dann ist das ein genauer Fall des § 119 BGB, so daß sich eine Analogie erübrigt.

Siegel bejaht die Anfechtungsmöglichkeit auf Grund seiner Theorie, nach der der Ausfüllende bevollmächtigter Stellvertreter ist. Er kommt demzufolge auch zur (analogen) Anwendung des § 119 BGB, während eine Anwendung des § 120 BGB richtiger zu sein scheint.

b) Anfechtung nach § 120 BGB

Nach § 120 BGB ist eine Willenserklärung, welche durch die zur Übermittlung verwendete Person oder Anstalt unrichtig übermittelt worden ist, unter den gleichen Voraussetzungen anfechtbar, wie nach § 119 BGB eine irrtümlich abgegebene Willenserklärung.

§ 120 BGB ist eine Erweiterung des in § 119 BGB gegebenen Grundgedankens der Vernichtbarkeit einer Willenserklärung bei Nichtübereinstimmung von Wille und Erklärung. Er bildet einen besonderen Anwendungsfall des § 119 BGB durch unrichtige Übermittlung einer Erklärung durch einen Boten¹⁹²). Der theoretische Ausgangspunkt für diesen Sondertatbestand der Irrtumsanfechtung ist die Erwägung, daß es für den Urheber der Erklärung eben seine Erklärung ist, um die es sich handelt, da der Mittler im Verkehr nur als sein Werkzeug auftritt, dessen er sich freiwillig bedient und für dessen unrichtiges Funktionieren er einzustehen hat: die in seiner Einflußsphäre liegende Gefahr muß ihn treffen¹⁹³).

Seltsamerweise hat selbst Siegel¹⁹⁴) in seiner Arbeit eine Ähnlichkeit der Stellung des Ausfüllenden eines Blanketts mit der eines Boten festgestellt. Trotzdem hat er aber nicht daran gedacht, § 120 BGB anzuwenden. Diese Tatsache erweckt den Eindruck, als wenn er nicht scharf genug die beiden sich ausschließenden Begriffe der Stellvertretung und der Botenschaft auseinandergehalten hat. Wenn jemand

190) Siegel Blanketterklärung, S. 45/46.

191) Siehe Blanketterklärung, S. 119.

192) Enneccerus-Nipperdey § 167 Anm. I 2.

193) Staudinger-Riezler Bd. I § 120 Anm. 3.

194) Siegel Blanketterklärung S. 46.

Stellvertreter ist, kann er in der gleichen Angelegenheit nicht Bote sein.

Nach der in dieser Arbeit vertretenen Auffassung von der Tätigkeit des Ausfüllenden ergibt sich, daß der Ausfüllende eine botenähnliche Stellung einnimmt. Ein Bote übermittelt eine fertige Willenserklärung eines anderen und schafft damit eine Bindung für den Erklärenden. Bei der Ausfüllung eines Blanketts ergibt sich diese botenähnliche Tätigkeit daraus, daß der Ausfüllende (d. i. der legitimierte Blankettnehmer) die Erklärung des Blankettgebers, in einer bestimmten Höhe, zu einer bestimmten Zeit und einer bestimmten Person gegenüber verpflichtet zu sein, zur Wirksamkeit verhilft, indem er die ihm aufgetragenen Bestimmungen in das Blankett einträgt. Zwar ist zuzugeben, daß die wechselrechtliche Erklärung des Blankettgebers im Augenblick der Blankettübergabe — also im Zeitpunkt der Bestellung des Nehmers (Boten) — noch nicht endgültig wirksam ist. Aber eine Erklärung liegt ohne Zweifel vor, die übermittelt werden kann. Man darf also nicht gegen § 120 BGB ins Feld führen, es läge noch gar keine Willenserklärung vor, um von einer Übermittlung sprechen zu können. Seinen Willen, aus dem später vervollständigten Wechsel verhaftet zu sein, hat der Blankettgeber in dem Augenblick der Aushängung des Blanketts an den Nehmer erklärt, wechselrechtlich wirksam wird diese Erklärung aber erst dann, wenn sie in die Wechselurkunde eingetragen worden ist. Mit der Hingabe des Blanketts bekundet er nicht lediglich, daß er mit der Herstellung des Wechsels jemand anders betrauen will, sondern er dokumentiert dadurch schon seinen Willen zur skripturmäßigen Haftung aus dem Wechsel.

Nun wird bei Darlegungen über die Stellung des Blankettnehmers eingewandt, der Ausfüllende wolle nicht nur ein unselbständiger Schreibgehilfe sein¹⁹⁵⁾, der wie ein Erklärungsgehilfe rein mechanisch tätig werde¹⁹⁶⁾, sondern der mit der Selbständigkeit eigenen Entschlusses das Blankett vervollständigen wolle¹⁹⁷⁾. Er selbst entscheide über Ausfüllung oder Nichtausfüllung. Wenn man diese nicht ganz unbegründeten Einwände hört, könnte man Zweifel hegen, ob die Tätigkeit des Ausfüllenden mit der Tätigkeit eines Boten vergleichbar ist. Grundsätzlich kommt es bei der Unterscheidung zwischen Stellvertretung und Botenschaft auf das Maß eigener Entschlußfreiheit des Boten beim Abschluß und bei der Gestaltung des Geschäfts an¹⁹⁸⁾. Manche Autoren¹⁹⁹⁾ meinen, durch Gewährung irgendwelchen Spielraumes werde der Bote zum Vertreter und umgekehrt durch Entziehung jeden Spielraumes der Stellvertreter zum Boten. So sagt neuerdings Götz Hueck²⁰⁰⁾: Nur dann kann von Übermittlung einer Willenserklärung die Rede sein, wenn diese bis in die kleinste Einzelheit vom Geschäftsherrn ausgeht . . . Sobald in irgendeiner Bezie-

195) Voß, S. 417.

196) Müller Diss. S. 29.

197) Nischik Diss. S. 18.

198) Enneccerus-Nipperdey § 178 II a.

199) Rosenberg Stellvertr. S. 178 Anm. 1.

200) AcP 1952/436.

hung der eigene Wille des Gehilfen entscheiden soll, ist er als Vertreter anzusehen ²⁰¹⁾).

Wollte man diese Gedanken für den Ausfüllenden eines Blanketts anwenden, dann dürfte man in der Ausfüllung eines Blanketts keine Botentätigkeit sehen, sondern man müßte den Ausfüllenden als Stellvertreter des Blankettgebers bezeichnen. Mit diesem Hinweis hat auch Siegel seine Vollmachttheorie zu erklären versucht und deshalb gegen alle Angriffe verteidigt ²⁰²⁾).

Aber diese Meinung kann nicht als richtig angesehen werden. Sie wird auch nicht der Bedeutung der Botenschaft im täglichen Leben gerecht. Viele Autoren ²⁰³⁾ billigen mit Recht auch dem Boten einen gewissen Einfluß auf die übermittelte Willenserklärung zu, verkennen aber nicht, daß eine solche Ausdehnung nicht zu weit führen und nicht verallgemeinert werden dürfte. Man habe allenfalls auf den Einzelfall abzustellen.

Der Blankettnehmer hat mit der Übertragung des Ausfüllungsrechtes die Möglichkeit erhalten, den Blankettgeber wechselrechtlich zu verpflichten, indem er die vom Geber übertragene Willenserklärung in den Blankowechsel einträgt. Sein Recht ist durch die getroffenen Vereinbarungen über Art der Ausfüllung insbesondere über die Höhe der Verpflichtungssumme beschränkt. Dennoch sind Fälle denkbar, in denen er Spielraum für sein Handeln erhalten hat. So kann er z. B. einen Remittenten auswählen, oder eine Summe bestimmen, die noch bei Hingabe des Blanketts nicht genau bekannt war. Auch in diesen oder ähnlichen Fällen ist der Ausfüllende mit einem Boten nach § 120 BGB zu vergleichen, wobei berücksichtigt werden muß, daß es sich um den gewöhnlichen Fall des Blankowechselgeschäftes handelt. Natürlich kann ein Wechselgeber auch jemanden beauftragen, einen Wechsel von ihm zu vervollständigen, indem er als sein Stellvertreter (§ 164 BGB) auftritt. Solche Fälle haben hier auszuscheiden, sie werden nach den allgemeinen bürgerlich-rechtlichen Vorschriften der Stellvertretung und in Sonderfällen nach Art. 8 WG behandelt.

Der Blankettnehmer verhilft einer Willenserklärung des Blankettausstellers zur Wirksamkeit. Sie bleibt trotz der Handlung des Nehmers eine Erklärung des Gebers. Füllt nun der Blankettempfänger den Blankowechsel der Abrede zuwider aus, dann „übermittelt“ er die Willenserklärung des Blankettgebers falsch. Der Wechsel gibt nach Vervollständigung eine wechselrechtliche Erklärung des Ausstellers oder Akzeptanten wieder, die dieser in Wirklichkeit nicht hat abgeben wollen. Er zeigt eine vom Willen des Wechselschuldners abweichende Erklärung. Hat demnach der Ausfüllende dem Blankowechsel irrtümlich einen falschen Inhalt gegeben, hat er sich z. B. über die Höhe der Wechselverpflichtungssumme geirrt, dann kann man dem Blankettgeber bedenkenlos das Anfechtungsrecht nach § 120 BGB zubilli-

201) vgl. Motive Band 1/223.

202) Siegel LZ 1909/276.

203) Enneccerus-Nipperdey § 178 II, 1a, Leonhard Allg. Teil S. 269, Planck Band I S. 284, Kohler Bd. I S. 431, a. A. Fleck, in A. f. b. R. Band 15/348, Staudinger-Riezler § 120 Anm. 4.

gen, sofern die Voraussetzungen des § 119 BGB gegeben sind, auf den § 120 BGB verweist.

Zu Bedenken Anlaß gibt aber die absichtliche falsche Ausfüllung, mit der wir es im Rahmen dieser Arbeit zu tun haben.

Wo es sich um die Übertragung oder Überbringung einer Erklärung handelt, besteht die dringende Gefahr, daß der Überbringer die ihm zur Übermittlung aufgetragene Erklärung aus irgendeinem Grunde unrichtig wiedergibt. Für diesen Fall, daß der Bote die Erklärung in nicht ordnungsgemäßer Weise übermittelt, hat der Gesetzgeber § 120 BGB geschaffen und dem Geschäftsherrn eine Anfechtungsmöglichkeit eingeräumt. § 120 BGB gilt aber nur dann, wenn überhaupt eine Willenserklärung übermittelt wurde. Ob man noch vom Übermitteln einer Willenserklärung sprechen kann, wenn der Ausfüllende absichtlich und zu seinem eigenen Nutzen dem Wechselblankett einen falschen Inhalt gibt, ist zweifelhaft. Dabei ist die Frage zu beantworten, wann die Erklärung, die der Ausfüllende in botenähnlicher Stellung für den Blankettgeber vervollständigt, noch eine Erklärung des Blankettausstellers ist und in welchen Fällen sie nicht mehr als eine Erklärung des Blankettgebers zu betrachten ist. Diese – gerade für den Boten – problematische Frage hat in der Literatur verschiedene Ansichten hervorgebracht. Hauptsächlich werden aber zwei Theorien vertreten: Nach der objektiven Theorie ²⁰⁴⁾ ist das vom Boten Erklärte solange eine Erklärung des Geschäftsherrn, wie sie der Art nach nicht eine ganz andere Erklärung darstellt, wobei geringfügige Veränderungen nicht ins Gewicht fallen sollen. Die subjektive Theorie ²⁰⁵⁾ hingegen meint, daß dann von einer Willenserklärung des Geschäftsherrn nicht mehr die Rede sein kann, wenn der Bote die Erklärung bewußt verfälscht oder einen anderen Inhalt gibt.

Wollte man diese letzte Theorie auf die abredewidrige Ausfüllung von Blankowechseln unverändert mit all ihren Folgen gelten lassen, so würde damit eine Verletzung des Charakters eines Wechsels als skripturmäßiges Wertpapier erfolgen. Der Ausfüllende hätte dann zwar – selbst bei geringfügigen Änderungen – einen äußerlich formgerechten Wechsel hergestellt, dessen daraus ersichtlicher Wechselschuldner (Blankettgeber) aber nicht haften würde, weil die Wechselerklärung eben nicht von ihm stammt, sondern als eine Erklärung des Ausfüllenden zu betrachten wäre, was wiederum nicht aus dem Text der Urkunde ersichtlich ist. Diese Folgerung kann deshalb nicht richtig sein, weil sie gegen die Grundprinzipien des Wechselrechtes verstößt. Außerdem würde sie dem oben Dargelegten widersprechen, nach dem der Blankettgeber selbst dem abredewidrig Ausfüllenden in der Höhe der Abmachung verpflichtet bleibt.

Man muß demzufolge auch hier den skripturrechtlichen Charakter des Wechsels beachten, um so zu einer wechselrechtlich haltbaren Lösung zu kommen.

204) Oertmann S. 413 b, Rosenthal § 120 Anm. 8 a, Biermann § 69 Anm. 2 a, Soergel § 120, Fleck a. o. O. 15/397, Planck S. 292 Anm. 1 a.

205) Enneccerus-Nipperdey § 167 III 2, H. Lehmann S. 243 f, Warneier § 120, Dernburg S. 440, Erman-Westermann § 120 Anm. 1.

Knüpft man an die oben erörterten Fälle an, so ergibt sich Folgendes: Auch bei abredewidriger Ausfüllung eines Blankowechsels kann von einer Erklärung des Blankettgebers gesprochen werden, selbst dann, wenn der Ausfüllende — was gewöhnlich der Fall sein wird — absichtlich seine Befugnisse überschreitet. Dies ergibt sich nicht aus seiner botenähnlichen Stellung, sondern aus dem Gedanken, daß der Blankettgeber den später eingefügten Text als von ihm stammend anerkennen will. Dieser Wille des Blankettgebers geht aber nicht so weit — wie Siegel²⁰⁶⁾ anzunehmen glaubt — daß er jeden darüber stehenden Text erklärt. Dort liegt vielmehr die Grenze, wo von einer Erklärung des Blankettausstellers nicht mehr gesprochen werden kann. Insofern ist also in solchen Fällen eine Anfechtung nicht mehr vonnöten, wenn sich der Wechsel nicht mehr als ein Wechsel des Gebers darstellt. Das ist dann der Fall, sobald der Wechselinhalt derart verändert worden ist, daß der Blankettgeber den ehemals als Blankett gegebenen Wechsel nicht mehr als den seinen erkennen und anerkennen kann, z. B. bei unbefugter Ausfüllung in Bezug auf Wechselsumme *und* Verfallzeit. In allen anderen Fällen muß man jedoch den Inhalt des fertigen Wechsels als eine Erklärung des Wechselschuldners ansehen. Der Blankettgeber hat sich durch die Blanketthingabe der Gefahr ausgesetzt, durch abredewidrige Ausfüllung des Blankowechsels anders als gewollt verpflichtet zu werden. Innerhalb eines nicht ganz abwegigen Rahmens muß er folglich auch die Erklärung als seine Erklärung anerkennen.

Die nach außen erkennbare Wechselerklärung hat der Geber des Blanketts aber nicht erklären wollen. Durch die falsche Ausfüllung seitens des Blankettnehmers liegt eine andere Erklärung vor, als sie vom Aussteller geplant war. Der Ausfüllende hat die ihm aufgetragene Willenserklärung des Wechselverpflichteten falsch übermittelt, so daß diesem gemäß § 120 BGB die Möglichkeit offensteht, diese Erklärung anzufechten²⁰⁷⁾.

Diese Lösung zeigt für den praktischen Fall ein befriedigendes Ergebnis: Hat z. B. der Ausfüllungsberechtigte anstatt der vereinbarten Summe von 500 DM eine Summe von 1000 DM in dem Wechsel angegeben, so kann der Blankettgeber die sich aus dem äußeren

206) Siegel Blanketterklärung S. 45.

207) Die Anfechtung einer Blanketterklärung bejahen: Enneccerus-Nipperdey § 167 Anm. II 1, H. Lehmann: S. 205, Palandt-Dankelmann: § 126 Anm. 3b, Oertmann § 9 126 Anm. drei alpha, betta, betta, Planck-Flad: § 119 Anm. 2, 3, RGJW 1910/958, RG 105/184, Siegel Blanketterklärung S. 45 ff, LZ 1909/543 ff, Nischik Diss. S. 18, Müller Diss. S. 27, Ehrenzweig in: Österreich. Priv. Recht S. 267. Für den Blankoscheck bejaht James Breit § 1 Anm. 111 die Anfechtung, jedoch nur wegen arglistiger Täuschung. Vgl. auch Arch. f. ziv. Praxis Band 102/270, Staudinger § 119. Anm. 12. Die Anfechtbarkeit verneint: Voß: Iher. Jahrb. Band 56/412 ff. Er kommt zu diesem Ergebnis auf Grund der Annahme, daß der Ausfüllende eine eigene Willenserklärung abgebe, nicht aber eine Willenserklärung des Gebers vervollständige. Der Geber könne wegen Fehlens einer eigenen Erklärung nicht anfechten. Ebenso Bornemann Diss. S. 39, Mansfeld LZ 1909 S. 185.

Wechselinhalt ergebende Erklärung dem Blankettgeber gegenüber anfechten.

c) Bedeutung der Anfechtung auf die wechselfmäßige Haftung

Wird eine anfechtbare Willenserklärung angefochten, so ist sie von Anfang an nichtig, § 142 BGB. Für die Blanketterklärung bedeutet das, daß die Erklärung, aus dem Wechsel verpflichtet sein zu wollen, rückwirkend vernichtet worden ist. Der Wechselschuldner braucht dann — solange jedenfalls der erste Nehmer noch den Wechsel in Händen hält —, dem, der falsch ausgefüllt hat, nicht zu leisten. Oben auf Seite 9 ff ist dargelegt worden, daß eine Haftung des Gebers dem Blankettnehmer gegenüber über die getroffene Vereinbarung hinaus nicht eintritt, daß aber der Blankettgeber die Summe zu zahlen verpflichtet ist, die verabredet worden ist. Sobald der Blankettgeber seine Anfechtungsmöglichkeit genutzt und die Anfechtung erklärt hat, ist seine Haftung aus dem Wechsel insgesamt entfallen, so daß er dem Blankettnehmer in keiner Weise mehr verpflichtet ist. Zwar hat der Nehmer den urkundlichen Rechtsschein für sich, aber dem wechselrechtlichen „Anspruch“ des Nehmers steht die Einrede der Nichtigkeit der Verpflichtungserklärung entgegen.

3. Die Anfechtung, wenn ein gutgläubiger Dritter im Besitz des Wechsels ist

Eine Anfechtung der Blanketterklärung ist solange möglich, wie der erste Nehmer den fertigen Wechsel im Besitz hat. Durch die Anfechtung vernichtet der Blankettgeber seine sich aus dem Wechselinhalt ergebende Verbindlichkeit. Jedoch ist der Einwand der Anfechtung einem gutgläubigen Wechselserwerber nicht entgegenzuhalten.

Dem Charakter des Wechsels als Zirkulationspapier entspricht es, daß er von Hand zu Hand weitergegeben wird, ohne lange in der Hand eines Besitzers zu bleiben. Durch die Weitergabe an einen Dritten wird aber die Möglichkeit der Anfechtung abgeschnitten. Vom Standpunkt der Rechtsscheintheorie kann die Anfechtung der Wechselerklärung gegenüber einem gutgläubigen Wechselserwerber nicht befürwortet werden, da die Anfechtbarkeit nicht mit dem Veranlassungsprinzip übereinstimmt²⁰⁸⁾. Der gutgläubige Erwerber erlangt den Wechsel frei von bestehenden Einreden, die sich nicht aus der Urkunde selbst ergeben. Auch würde die Anfechtung deshalb scheitern, weil der Wechselserwerber nicht der Anfechtungsgegner sein kann. § 143 Abs. 4 BGB, auf den sich einige Autoren berufen²⁰⁹⁾, kann für die Anfechtung eines Wechsels keine Anwendung finden, da es sich bei einem Wechsel nicht um ein „einseitiges Rechtsgeschäft anderer Art“ handelt. Außerdem erlangt der Wechselserwerber nicht „unmittelbar“ einen rechtlichen Vorteil. Die Anfechtung würde in diesem Fall auch eine Durchbrechung des Art. 10 WG sein.

208) Baumbach-Hefermehl Art. 17 Anm. 6 f, Stranz-Stranz Art. 17 Anm. 22, Schlickum S. 66 ff, Jacobi Wertpapiere S. 81 f, RG 57/95, 75/76, 93/87, a. A. Quassowski-Albrecht Art 17/22.

209) Jacobi Wertpapiere, S. 307, Daseking Diss. S. 24 f.

Wollte man die Anfechtbarkeit der Wechselerklärung auch einem gutgläubigen Dritterwerber gegenüber bejahen, dann würde das in Widerspruch zu dem stehen, was oben²¹⁰⁾ über die Möglichkeit der Einwendung der angefochtenen Erklärung gesagt worden ist. Der Wechselwerber wäre dann zwar vor dem Einwand der — durch Anfechtung — nichtigen Wechselverpflichtung geschützt, müßte aber jederzeit die Anfechtung der Blanketterklärung erwarten. Das wäre ein reichlich widerspruchsvolles Ergebnis. Der Wechselwerber stände dann in dem Falle besser, wenn bereits angefochten wäre (er die Anfechtung aber nicht kannte). Dem Wechselschuldner hingegen bliebe die Möglichkeit offen, solange mit der Anfechtung zu warten, bis ein Dritter in Besitz des Wechsels ist, um dann auch diesem gegenüber die Anfechtung geltend machen zu können.

4. Die Anfechtung, wenn ein bösgläubiger Dritter im Besitz des Wechsels ist

Bösgläubig bedeutet hier, daß der Wechselwerber von dem Vorhandensein eines Anfechtungsgrundes gewußt oder infolge von Fahrlässigkeit nicht gewußt hat. Hat z. B. der Erwerber des vervollständigten Blanketts von der abredewidrigen Ausfüllung durch den Blankettnehmer gewußt oder durch Außerachtlassen einer erhöhten Sorgfaltpflicht (grobe Fahrlässigkeit) davon nicht gewußt, dann ist er als bösgläubig zu betrachten. In einem solchen Fall kann nach Art. 10 WG der Blankettnehmer dem Erwerber die Nichteinhaltung der Vereinbarung entgegenhalten. Für den Fall, daß jemand die Anfechtbarkeit eines Rechtsgeschäftes kannte oder kennen mußte, ergibt § 142 Abs. 2 BGB die Regel, daß dieser so behandelt wird, wie wenn er die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts gekannt hätte oder hätte kennen müssen. Voraussetzung ist die erfolgte Anfechtung. § 142 BGB sagt aber nichts über die Zulässigkeit der Anfechtung überhaupt, so daß man auch hier zu dem Ergebnis kommen muß, daß eine Anfechtung nicht möglich ist, weil § 143 Abs. 4 BGB nicht anwendbar sein kann. Dem Blankettgeber verbleibt die Möglichkeit, dem ersten Nehmer gegenüber anzufechten und dem bösgläubigen Erwerber die Einrede der Anfechtung entgegenzuhalten, wobei eine Haftung des Gebers im Ganzen entfällt. Ficht er nicht an, so ist der Blankettgeber dem Wechselinhaber im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen verhaftet, weil kein Grund ersichtlich ist, die Haftung insgesamt zu versagen. Will der Geber also in keiner Weise haften, dann ist er zur Anfechtung der Blanketterklärung gezwungen, womit ihm dann der Einwand der durch die Anfechtung erfolgten Nichtigkeit gegeben ist. Dies entspricht durchaus praktischen Erwägungen und steht in keinem Gegensatz zu der Regel des Art. 10 WG.

Mit diesen Darlegungen soll die am Anfang dieses Abschnittes gestellte Frage nach der Anfechtbarkeit der Blanketterklärung abgeschlossen sein. Im folgenden Abschnitt der Arbeit wird erörtert, welche weiteren rechtlichen Möglichkeiten der Blankettgeber hat, wenn der Nehmer das Blankett der Abrede zuwider vervollständigt.

210) Siehe S. 56 f.

Die Möglichkeiten für eine Rückforderung eines falsch ausgefüllten Wechsels

I. Die Rückforderung vom ersten Nehmer

1. Rückforderungsanspruch aus Wechselrecht

In fast wörtlicher Übereinstimmung mit dem früheren § 74 der Deutschen Wechselordnung von 1908 erwähnt Art. 16 Abs. 2 WG die Herausgabe eines Wechsels, ohne jedoch erschöpfend über diese Möglichkeit Auskunft zu geben. Nach Art. 16 Abs. 2 WG ist der Wechselinhaber nur dann zur Herausgabe des Wechsels verpflichtet, wenn der Wechsel dem früheren Inhaber irgendwie abhandengekommen ist und er den Wechsel im bösen Glauben erworben hat oder ihm beim Erwerb grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

Der Begriff des Abhandenkommens hat im Wechselrecht eine weitergehende Bedeutung als im § 935 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Er umfaßt nicht nur die Fälle des unfreiwilligen Besitzverlustes, sondern auch die Fälle des freiwilligen Besitzverlustes²¹¹⁾. Diese Ansicht findet ihre Grundlage in der weiten Fassung des Art. 16 WG, der durch die Hinzufügung des Wortes „irgendwie“, das in § 935 BGB nicht enthalten ist, einen möglichst weiten Rahmen für den gutgläubigen Erwerb schaffen wollte²¹²⁾. Das Wechselgesetz hat ebensowenig wie das bürgerliche Gesetzbuch eine generelle Begriffsbestimmung hierüber gegeben. Es wird aber nahezu einhellig die Meinung vertreten, daß Wechsel dann abhandengekommen sind, wenn sie ohne rechtswirksamen Begebungsvertrag in andere Hände gelangen²¹³⁾. Ein gültiger Begebungsvertrag liegt z. B. dann nicht vor, wenn der Vertrag wegen Irrtums nach § 119 BGB, Täuschung oder Drohung nach § 123 BGB angefochten wird²¹⁴⁾.

Welche Konsequenzen sich aus dieser Regel für den Blankowechsel ergeben, sollen folgende Überlegungen zeigen:

Mit der Feststellung, daß dem Blankettgeber im Falle der abredewidrigen Ausfüllung ein Anfechtungsrecht nach § 120/119 BGB zusteht, war gesagt, daß nach erfolgter Anfechtung eine wechselfähige Haftung des Gebers nicht mehr besteht. Die Willenserklärung, aus dem Wechsel verpflichtet zu sein, die also zu einer wechselfähigen Verbindlichkeit führte, ist durch die Anfechtung rückwirkend erloschen. Nach der Anfechtung ist eine Wechselschuld nicht mehr vorhanden.

211) Unstreitig: Schumann II S. 366, Jacobi 1956 S. 59 ff, Baumbach-Hefermehl Art. 16, 3 B.

212) Rilk JW 37/1414.

213) RG 55/49, 74/185, 57/391, BGH NJW 1951 S. 402/598, Baumbach-Hefermehl Art. 16 Anm. 3 B, Stranz-Stranz Art. 16 Anm. 17, Rilk Komm. S. 87. Dslb. JW 1937/1414, Hefermehl NJW 51/598, Knur-Hammerschlag Art. 16/6, Jacobi 1954 S. 89, Quassowski-Albrecht Art. 16 Anm. 17.

214) Rilk Komm. S. 88.

Eine Wechselverbindlichkeit entsteht grundsätzlich durch Vertrag und Begebung (Begebungsvertrag). Wenn nun durch die Anfechtung seitens des Blankettgebers die Wechselschuld rückwirkend erloschen ist, könnte man folgern, daß der Begebungsvertrag nichtig sei, so daß dementsprechend der Wechsel infolge der Nichtigkeit des Begebungsvertrages als abhandengekommen gelten müßte. Daraus würde sich dann der Herausgabeanspruch gemäß Art. 16 Abs. 2 WG unter den gegebenen Voraussetzungen ergeben.

Doch ist diese Schlußfolgerung irrig, weil beim Blankowechsel unter Begebungsvertrag der zur Schaffung des Wechselrechts notwendige *Übereignungsvertrag* zu verstehen ist²¹⁵). Der *Übereignungsvertrag* liegt in der Blanketthingabe. Ein Irrtum bei der Blanketthingabe gibt dem Blankettgeber ein Anfechtungsrecht, durch dessen Geltendmachung die Übereignung des Wechselformulars für nichtig erachtet wird, so daß in einem solchen Fall der Wechsel als abhandengekommen gilt. Aber die bei abredewidriger Ausfüllung erfolgende Anfechtung der Blanketterklärung betrifft in keiner Weise die Blanketthingabe. Es sind zwei völlig verschiedene Vorgänge. Ein Irrtum im Augenblick der Ausfüllung — abredewidrige Ausfüllung ist falsche Übermittlung im Sinne des § 120 BGB — bezieht sich nicht auf den Zeitpunkt der Blanketthingabe. Deshalb kann bei der Anfechtung der Blanketterklärung, die die Nichtigkeit dieser Erklärung zur Folge hat, nicht von einem abhandengekommenen Wechsel die Rede sein. Der Begebungsvertrag wird durch die Anfechtung der Blanketterklärung nicht betroffen, so daß ein Herausgabeanspruch nach Art. 16 Abs. 2 WG im Falle der Anfechtung der Blanketterklärung wegen abredewidriger Ausfüllung nicht bestehen kann. Insoweit hat die Anfechtung der Blanketterklärung lediglich die Wirkung, daß der Blankettgeber dem ersten Nehmer gegenüber in keiner Weise zu haften braucht, sondern ihm immer die Einrede der nichtigen Erklärung entgegenhalten kann. Aber aus anderen Überlegungen ergibt sich eine Lösung dieses Problems:

Hat ein Blankettnehmer den erhaltenen Blankowechsel der Abrede zuwider ausgefüllt, dann besteht für den Blankettgeber eine denkbar schwierige Lage, da er formell Wechselschuldner gemäß dem Wechselinhalt ist. Er läuft stets Gefahr, durch Weitergabe des fertigen Wechsels die Einrede der abredewidrigen Ausfüllung, bzw. nach erfolgter Anfechtung die Einrede der nichtigen Wechselserklärung gegenüber einem gutgläubigen Wechselserwerber zu verlieren. Solange aber der Wechsel noch nicht weitergegeben worden ist, legitimiert er sogar den Blankettfälscher als formell berechtigten Wechselgläubiger, während in Wirklichkeit eine Wechselschuld nicht mehr besteht. Er ist im Besitz einer Urkunde, durch dessen Weitergabe dem Unterzeichner ein beträchtlicher Schaden entstehen kann. Deshalb besteht für den Blankettgeber eine praktische, wirtschaftliche Notwendigkeit dafür, den Wechsel wiederzuerlangen. Hat er nicht selbst den Schein in Händen, ist eine Anfechtung im Ergebnis wirkungslos, weil sie wohl die Haftung gegenüber dem ersten Nehmer (dem Blankettfälscher)

215) vgl. Hefermehl NJW 1951/598, Warneyer Art. 16 Anm. II.

beseitigt, nicht aber den gutgläubigen Erwerb durch Dritte vereiteln kann.

Schon aus dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit muß sich rechtlich ein Weg finden lassen, der dem Blankettgeber einen Rückgabeanspruch gewährt.

Außer Art. 16 Abs. 2 WG erwähnen auch Art. 39 und 50 WG die Rückgabe eines Wechsels. Art. 39 spricht von Aushändigung des quittierten Wechsels, wenn der Bezogene dem Inhaber die Wechselsumme zahlt. Sinn und Zweck des Art. 39 WG ist die Sicherung des Wechselschuldners vor nochmaliger Inanspruchnahme durch den Wechselinhaber. Solange er nicht den Wechsel ausgehändigt bekommt, kann er den Wechsel nochmals zur Zahlung vorgelegt bekommen. Nach Untergang der Wechselschuld durch Zahlung soll der Zahlende geschützt sein. Dieser Schutz ist aber nicht nur dann angebracht, wenn durch Zahlung die Schuld erlischt, sondern er muß auch auf solche Fälle ausgedehnt werden, bei denen auf andere Weise die Schuldnerverpflichtung beseitigt ist. Was nützt einem Wechselschuldner die Erledigung der Schuld und die damit erlangte Einrede, daß eine Wechselschuld nicht mehr bestehe, wenn Dritte noch im Besitz einer die Schuld tatsächlich dokumentierenden Urkunde sind? Deshalb muß bei jedem Untergang der Wechselschuld das Eigentum am Papier dem Schuldner zustehen²¹⁶⁾. Weil bei den Wertpapieren, besonders bei den Inhaberpapieren und den technischen Orderpapieren der Untergang des Rechts der Urkunde die Bedeutung als Rechtsträger und damit als Wertpapier nicht nimmt, sondern der Urkunde der wertpapierrechtliche Charakter wegen ihre Bedeutung für den Rechtsverkehr verbleibt, kann zur Wiederherstellung einer gerechten und richtigen Rechtslage nach Untergang des Rechts dem jeweiligen Schuldner die Möglichkeit zur Erlangung des Papiers nicht versagt sein. Die Rechtsgrundlage dafür ist *in der analogen Anwendung der Art. 39 und 50 WG zu sehen*, die bei Erlöschen der Wechselschuld dem Schuldner das Recht auf Aushändigung der Schuldurkunde zubilligen und ihn so vor erneuter Inanspruchnahme sichern. Dieser Rechtsgedanke kann für die hier zu erörternden Fälle bei abredewidriger Ausfüllung die Lücke des Gesetzes ausfüllen und so zu einer befriedigenden Lösung führen. Der von Jacobi aufgestellte Satz kann deshalb für das Recht des Blankowechsels ohne Bedenken übernommen werden, wenn er auch dazu keine Rechtsgrundlage anführt, die hier in den Art. 39 und 50 gesehen wird.

Demnach muß auch dem Blankettgeber, dessen Blankett vom Blanketternehmer abredewidrig ausgefüllt worden ist, und der seine Blanketterklärung angefochten hat, trotz der mit der Hingabe des Blanketts erfolgten Eigentumsübertragung an dem *Blankett* das Eigentum an dem *Wechsel*, dessen Forderung erloschen ist, zustehen. Nur durch eine Aushändigung des verfälschten Blanketts ist eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes gewährleistet.

216) Jacobi 1954 S. 38, vgl. auch v. Schwerin S. 37 und 48 ff, Ulmer S. 72 ff.

2. Rückforderungsmöglichkeit wegen positiver Vertragsverletzung

Mit der falschen Ausfüllung des Blankowechsels hat der legitimierte Blankettausfüllende das ihm geschenkte Vertrauen verletzt. Dieser Vertrauensbruch ist aber auch ein Verstoß gegen das ihm eingeräumte Recht der Ausfüllung. Das abredewidrige Ausfüllen eines Blankowechsels ist nicht als Vollmachtüberschreitung und auch nicht als Verletzung der Ermächtigung anzusehen, es ist vielmehr ein Verstoß gegen den zwischen dem Blankettgeber und dem Blankettnehmer geschlossenen Vertrag, dem sog. Ausfüllungsvertrag. Dieser Vertrag ist ein Vertrag besonderer und eigener Art, dessen Wirkungen sich darin zeigen, daß der Geber dem Nehmer das Recht zur Ausfüllung eines Blanketts einräumt, während der Nehmer zwar nicht zur Ausfüllung rechtsgeschäftlich verpflichtet ist²¹⁷⁾, aber im Falle der Ausfüllung weisungsgemäß die Interessen des Blankettgebers wahrnehmen muß. Mit dieser Interessenwahrung hat der Nehmer gleichzeitig eine Treuepflicht übernommen, dessen Verletzung einen Schadensersatzanspruch ergeben kann, denn eine positive Vertragsverletzung kann auch darin bestehen, daß Treue- und Fürsorgepflichten verletzt werden, die überall dort gegeben sind, wo jemand fremde Interessen wahrzunehmen hat²¹⁸⁾. Die Folge einer positiven Vertragsverletzung ist die Pflicht zum Ersatz des entstandenen Schadens. Der Schädiger hat dem Geschädigten das sog. negative Interesse zu ersetzen, d. h. er muß den Geschädigten in die Lage versetzen, in der dieser ohne das schädigende Verhalten gewesen wäre.

Nun erleidet der Blankettgeber durch das falsche Ausfüllen nicht einen ziffernmäßigen Schaden, sondern er kommt in eine schwierige Situation, weil der Wechsel etwas anderes widerspiegelt als tatsächlich vereinbart war. Die Vervollständigung des Blanketts hat für den Blankettgeber eine Verbindlichkeit geschaffen, die zwar nach der Anfechtung materiell erloschen ist, die aber urkundlich (formell) im Inhalt der Urkunde weiterbesteht. Auch die Schaffung einer Verbindlichkeit ist als Schaden anzusehen²¹⁹⁾. Dies gilt umso mehr dann, wenn aus dieser Verbindlichkeit eine unmittelbare Vermögensgefährdung durch Inanspruchnahme von gutgläubigen Dritterwerbern droht²²⁰⁾. Ein Wechselgläubiger hat stets damit zu rechnen, daß er aus dem gegebenen Wechsel in Anspruch genommen wird. In einem entstehenden Wechselprozeß ist der formell berechtigte Wechselinhaber günstiger gestellt als der Wechselschuldner, da der Inhaber sich lediglich auf den urkundlichen Inhalt des Wechsels zu berufen braucht. Der Schuldner seinerseits muß hingegen mit anderen Urkunden beweisen, daß eine Verbindlichkeit nicht mehr besteht. Gewöhnlich ist das nicht sehr einfach. Deshalb befindet sich auch ein Blankettgeber in einer unangenehmen Situation, die als ein bereits eingetretener Schaden anzusehen ist.

217) weil grundsätzlich weder Auftrag noch Dienstvertrag gewollt sein wird.

218) Esser, Schuldrecht S. 157, Erman-Groepper § 276 Anm. 7 cc.

219) Palandt-Dankelmann § 249 Anm. 1.

220) RGZ 91/107, 56/286, 60/19.

Diesen Schaden hat der Blankettfälscher — solange er noch im Besitz des vervollständigten Wechsels ist — zu ersetzen und dem Blankettgeber seine ursprüngliche Lage wieder zu verschaffen. Nach § 249 BGB ist der Zustand wiederherzustellen, der ohne das schädigende Ereignis bestehen würde.

Bei der abredewidrigen Ausfüllung eines Blankowechsels kann der Zustand, der vor der falschen Ausfüllung bestand, nur schwer geschaffen werden. Zwar ist eine Beseitigung der Eintragung im Wechselformular möglich, doch ist das bei den heutigen mechanisierten Schreibmöglichkeiten mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, so daß die Beseitigung des Schadens praktisch nur dadurch vorstatten gehen kann, daß der falsch ausgefüllte Wechsel an den Blankettgeber zurückgegeben wird, in dessen Belieben dann die weitere Verwendung liegt. Zu beachten ist dabei aber, daß in den Normalfällen der Blankettgeber seinerseits verpflichtet ist, — z. B. infolge des der Wechselbegebung zugrunde liegenden Vertrages — dem Blankettgeber neue Wechsel auszuhändigen. Das ist jedoch eine grundsätzliche Frage des Kausalverhältnisses und betrifft nicht die Rückgabe des falschen Wechsels.

3. Ansprüche des Blankettgebers nach § 812 BGB

Durch die Hingabe eines Wechselblanketts und durch die darauf folgende, wenn auch abredewidrige Ausstellung des Blanketts erlangt der Blankettausfüllende eine formelle Rechtsstellung als Wechselgläubiger, obwohl nach erfolgter Anfechtung eine Wechselverbindlichkeit nicht mehr besteht. Der Schein legitimiert ihn Dritten gegenüber als berechtigten Inhaber, denn die Innehabung des Wechselformulars verschafft ihm nach draußen eine Rechtsposition, die ihm jedoch in Wirklichkeit nicht zusteht.

Diese Gründe sprechen von der Warte des Blankettgebers ohne Zweifel für eine Kondizierbarkeit der Wechselurkunde. Doch scheint dieses Verlangen keine gesetzliche Grundlage zu haben.

Die nach § 812 BGB erforderliche Bereicherung des Blankettnehmers kann auch in der Erlangung einer verbesserten Rechtsstellung gesehen werden²²¹⁾. Der Vermögenszuwachs muß nicht unbedingt in einer zahlenmäßigen Bereicherung liegen²²²⁾. Vielmehr können auch der Besitz beweisender Urkunden und alle Umstände, durch die ein Rechtsschein begründet wird, eine Verbesserung der Vermögenslage darstellen, da durch die Erbringung eines Beweises ein Vermögensvorteil erzielt werden kann²²³⁾.

221) Palandt-Gramm § 812, 5 e, v. Mayr, Bereicherung S. 115, Erman-Seiler § 812 Anm. 2, Staudinger-Lechner § 812 Anm. 14.

222) Leonhard II S. 459.

223) Höchststrichterliche Rechtsprechung bejaht ebenfalls, daß in der Erlangung einer besseren Rechtsposition bereits eine Bereicherung liegt. Doch beziehen sich die namhaften Entscheidungen auf eine günstigere Rechtsstellung, die durch die Eintragung in das Grundbuch oder in sonstige öffentliche Register erlangt sind, vgl. RGJW 1931/2723, KGHR 1938 Nr. 1528.

Der Wechsel begründet für den Blankettnehmer nach der Ausfüllung durch ihn die tatsächliche Wahrscheinlichkeit berechtigter Inhaber zu sein, obgleich er in Wirklichkeit nach der Anfechtung nicht mehr legitimer Gläubiger der „Wechselforderung“ ist. Wenn auch diese Rechtsposition kein eigentliches Recht darstellt, so ist sie doch als ein Zuwachs zum Vermögen und als Bereicherung im Sinne des § 812 BGB zu betrachten.

Durch die Innehabung eines formell gültigen Wechsels, dessen ersichtliche Wechselforderung aber durch die Anfechtung nichtig geworden ist, ist eine Beeinträchtigung der Vermögenslage des Blankettgebers eingetreten. Sie ist ebenso sehr eine Benachteiligung des Blankettgebers, wie die Verbesserung der Rechtsstellung des Blankettnehmers eine Bereicherung ist. Das in den Händen eines unredlichen Blankettnehmers befindliche Blankett (nach Ausfüllung vollgültiger Wechsel) bringt den Geber in die Gefahr nach einer Indossierung von einem gutgläubigen Erwerber in der in dem Wechsel angegebenen Höhe in Anspruch genommen zu werden.

Trotz der ersichtlichen Bereicherung und Entreicherung kann aber eine Kondiktion des falsch ausgefüllten Wechsels nicht befürwortet werden. Der Blankettnehmer hat seine Rechtsstellung, die sich aus der Innehabung des Wechselformulars ergibt, auf Grund der Blanketthingabe also auf Grund der Eigentumsübertragung erlangt. Allein schon die Übergabe des Blanketts verschaffte ihm diese Rechtsposition, so daß der Besitz der Urkunde Ausfluß seines Eigentumsrechtes ist. Da aber die Anfechtung der Blanketterklärung normalerweise die Blanketthingabe — umfassend sowohl die Übereignung des Papiers als auch Einräumung des Ausfüllungsrechtes — unberührt läßt, ist also der Blankettnehmer nicht „ohne Rechtsgrund“ bereichert. Zwar ist er durch die Erlangung einer günstigeren Rechtsstellung besser gestellt, diese Stellung ist aber mit der Innehabung der Urkunde unlösbar verbunden, die ihrerseits Folge des wirksamen Eigentumserwerbes ist.

Damit ist klargelegt, daß dem Blankettgeber im Falle der abredewidrigen Ausfüllung und der anschließenden Anfechtung der Wechselerklärung ein Kondiktionsanspruch nicht zusteht. Dieses Ergebnis mag einer natürlichen Betrachtung widersprechen, doch würden alle Versuche, dem Blankettgeber den Anspruch aus § 812 BGB zuzubilligen, contra legem — also unstatthaft — sein.

4. Die falsche Ausfüllung als Urkundenfälschung und die zivilrechtlichen Folgen

Bis zum 29. Mai 1943 war die sogenannte Blankettfälschung in § 269 des Reichsstrafgesetzbuches von 1947²²⁴⁾ gesondert geregelt. Art. 11 der Strafrechtsangleichungsverordnung von 1943 wurde dieser Paragraph gestrichen, weil er sich neben der eigentlichen Urkundenfäl-

224) § 269 lautet: Der fälschlichen Ausfertigung einer Urkunde wird es gleichgeachtet, wenn jemand einem mit der Unterschrift eines anderen versehenen Papiere ohne dessen Willen oder dessen Anordnung zuwider durch Ausfüllung einen urkundlichen Inhalt gibt.

schung in § 267 als überflüssig erwiesen hatte. Darin ist eine sachliche Änderung nicht zu erblicken. Vielmehr ist jetzt die abredewidrige Ausfüllung eines Blanketts als Herstellung einer unechten Urkunde und damit als Urkundenfälschung nach § 267 StGB zu betrachten.

Aus dieser Folgerung ist aber nicht ohne weiteres zu schließen, daß eine strafrechtliche Verurteilung des Blankettnehmers wegen falscher Ausfüllung eines Blankowechsels gleichzeitig eine Schadenersatzpflicht gemäß § 823 Abs. 2 BGB zur Folge haben muß, denn es liegt nicht klar auf der Hand, ob § 267 StGB ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB ist.

§ 267 StGB ist nur dann als Schutzgesetz anzusehen, wenn er nicht nur dem Schutze der Allgemeinheit, sondern vornehmlich dem Schutz eines einzelnen oder eines bestimmten Personenkreises dient²²⁵⁾. Nicht ist genügend, daß das Gesetz einer Person nützt, sondern Inhalt und Zweck müssen Schutz des einzelnen oder der Gesamtheit der Staatsbürger als Summe der einzelnen sein²²⁶⁾.

§ 267 StGB schützt den Rechts- und insbesondere den Beweisverkehr²²⁷⁾, nicht geschützt wird die Urkunde im Interesse des Ausstellers oder Eigentümers. Der einzelne ist dadurch also nicht unmittelbar geschützt. Jedoch dient der § 267 StGB mittelbar jedem Staatsbürger dadurch, daß die Sauberkeit und Sicherheit der Beweisführung geschützt werden. Jeder einzelne Bürger soll sich darauf verlassen können, daß nur echte Urkunden in den Verkehr gesetzt und gebraucht werden. Wenn also § 267 StGB den Schutz aller am Rechtsverkehr teilnehmenden Personen bezweckt, so ist damit mittelbar jeder einzelne selbst geschützt. Dieser mittelbare Schutz des einzelnen genügt, um § 267 StGB zu einem Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB zu machen, wenn auch diese Norm in erster Linie der Allgemeinheit dienen soll.

Mit falscher Ausfüllung eines Blankowechsels macht sich der Ausfüllende nach § 267 StGB strafbar²²⁸⁾, zugleich begründet die Verfälschung gemäß § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 267 StGB einen Schadenersatzanspruch, der auf Rückgabe des falsch ausgefüllten Blanketts gerichtet sein kann, weil in der Regel der dem Blankettgeber durch die falsche Ausfüllung entstandene Schaden (bedrohliche Rechtsposition) nur durch die Wiederaushändigung des falschen Wechsels beseitigt werden kann. Ist darüberhinaus dem Blankettgeber weiterer Schaden entstanden, so ist auch dieser zu ersetzen.

II. Die Rückforderung von Dritterwerbern

Die Rückforderung eines falsch ausgefüllten Blankowechsels von einem gutgläubigen Dritterwerber ist nicht möglich, da er den Wechsel auf Grund seines guten Glaubens frei von bestehenden Einreden erwirbt.

225) RGZ 128/300, 138/165 und 219.

226) Palandt-Gramm § 823 Anm. 9 b.

227) LK Nagler Vorbem. § 267 II, Schönke § 267.

228) Ob die abredewidrige Ausfüllung auch den § 266 StGB erfüllt (Treu-
bruchstatbestand), läßt sich nur im Einzelfall entscheiden.

Für den bösgläubigen Erwerber eines Wechsels sanktioniert Art. 16 Abs. 2 WG die Herausgabepflicht, wenn der erworbene Wechsel dem früheren Inhaber irgendwie abhandengekommen ist. Diese Regelung gilt auch für Blankowechsel. Ist also dem Blankettunterzeichner die Blankourkunde irgendwie abhandengekommen oder ist die dingliche Übereignung des Formulars infolge Anfechtung oder aus sonstigen Gründen nichtig, was ebenfalls unter den Begriff des Abhandenkommens fällt, und hat ein bösgläubiger Dritter den später vervollständigten Wechsel erworben, so ist er dem Geber gegenüber zur Herausgabe der Wechselurkunde verpflichtet.

Zu einer anderen Lösung führt es aber, wenn der Blankowechsel auf Grund einer gültigen Begebung, d. h. Übereignung in den Wechselverkehr gelangt. Selbst wenn die Wechselverbindlichkeit durch die Anfechtung wegen falscher Ausfüllung erloschen ist und wenn selbst der Dritterwerber die abredewidrige Ausfüllung oder die Anfechtung kennt oder hätte kennen müssen, ist eine Rückforderung nach Art. 16 Abs. 2 trotz des vorhandenen bösen Glaubens nicht gegeben, weil der Wechsel auf Grund einer gültigen Begebung in den Verkehr gelangt ist, also nicht als abhandengekommen gelten kann. Mit dem Empfang der Wechselurkunde, der mit Indossament erfolgt, ist der Dritterwerber, auch wenn er in bösem Glauben ist, förmlich berechtigter Wechselinhaber geworden. Er ist förmlich legitimiert, weil er seine Berechtigung aus dem gültigen Indossament herleiten kann. Andererseits steht ihm aber nicht die Wechselobligation zu. Obwohl er das Wechselformular trotz bösen Glaubens erworben hat, ist er nicht sachlich legitimierter Inhaber der Wechselforderung geworden. Dieser Satz widerspricht nicht unbedingt dem Charakter des Wertpapiers, nach dem das Recht am Papier dem Recht aus dem Papier folgt²²⁹⁾.

Mit der unbestreitbar gültigen Übergabe des Blankowechsels an den ersten Nehmer erlangt dieser Eigentum daran, das auch durch die später möglicherweise erfolgende Anfechtung der Wechselerklärung nicht rückgängig gemacht wird, da der Irrtum im Zeitpunkt der Ausfüllung sich nicht zurückbeziehen kann auf den Augenblick der dinglichen Übereignung. Nach der Anfechtung besteht jedoch keine Wechselverbindlichkeit mehr, solange der Wechsel noch nicht an einen gutgläubigen Dritten weitergegeben worden ist. Aber das Eigentum an dem Formular steht dem Nehmer zu. Diese Trennung von dinglicher und obligatorischer Berechtigung ist durchaus nicht ungewöhnlich. Der verbreitete Satz, daß dem Recht an dem Papier das Recht aus dem Papier folge, gilt nur für den Erwerb des Rechts aus dem Papier, nicht aber für den Fortbestand der Obligation. Es ist nicht unmöglich, daß die obligatorische Verbindlichkeit erlischt — sei es durch Anfechtung oder aus sonstigen Gründen —, während die sachenrechtlichen Beziehungen bestehen bleiben. So ist es beim Blankowechsel, der bewußt in den Verkehr gelangt ist. Er ist nicht abhandengekommen. Auch die spätere Anfechtung der Wechselerklärung ändert an dieser Tatsache nichts. Es ist selbst gegen einen bösgläubigen Erwerber ein Rückforderungsanspruch nach Art. 16 Abs. 2 WG nicht gegeben.

229) Siehe statt vieler: Schumann: Wertpapiere S. 5.

Aber wie bereits oben bei der Erläuterung der Beziehungen zwischen Blankettgeber und dem ersten Nehmer dargelegt wurde, steht dem Blankettgeber nach der Anfechtung, die das Erlöschen der Wechselverbindlichkeit zur Folge hat, ein Anspruch auf die Rückgabe des falsch ausgefüllten Wechsels zu. Dies gilt auch hier, wenn ein bösgläubiger Dritter nur das Wechselformular nicht aber die verbriefte Forderung wegen seines bösen Glaubens erwerben kann. Nach Untergang der Forderung kann ein Bösgläubiger die Forderung, wie sie sich noch aus dem Papier ergibt, nicht gegen den Schuldner geltend machen, er ist vielmehr an analoger Anwendung der Art. 39 und 50 WG zur Herausgabe der Urkunde verpflichtet. Hat der Blankettgeber seine Blanketterklärung nicht angefochten, so ist ein Rückgabeanspruch nicht gegeben. Bis zur Höhe der mit dem ersten Blankettnehmer getroffenen Vereinbarungen ist eine Wechselverbindlichkeit entstanden, die selbst von einem bösgläubigen Wechselerwerber geltend gemacht werden kann. Wegen des darüber hinausgehenden Wechselinhalts steht dem Geber aber der Einwand der abredewidrigen Ausfüllung zu. Demzufolge ist einem Blankettgeber stets zu raten, im Falle der abredewidrigen Ausfüllung von dem möglichen Anfechtungsrecht Gebrauch zu machen, um dadurch die nachteiligen Folgen so gut wie möglich zu beseitigen. Gegen einen gutgläubigen Erwerber des falsch ausgefüllten Wechselblanketts ist er auch nach erfolgter Anfechtung machtlos.

LEBENS LAUF

Der Verfasser wurde am 2. 11. 1930 als Sohn des Bäckermeisters Bernhard Möller und seiner Ehefrau Maria, geb. Jungehülsing, in Bramsche, Kreis Lingen/Ems, geboren.

Er besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.

Die Reifeprüfung legte er am 21. 2. 1951 am staatlichen Gymnasium Georgianum Lingen/Ems ab.

Anschließend studierte er an den Universitäten Freiburg/Brg. (3 Semester) und Münster (4 Semester) Rechts- und Staatswissenschaften.

Die erste juristische Staatsprüfung bestand er am 19. 2. 1955 vor dem Prüfungsamt bei dem Oberlandesgericht in Hamm/Westf.

Die mündliche Doktorprüfung fand am 28. November 1958 statt.

— — —

